

# Stadtparlament Winterthur

Protokoll der **10. und 11. Parlamentssitzung**  
des Stadtparlamentes im Amtsjahr 2022/2023  
vom 26. September 2022

von 16.15 - 18.30 Uhr und von 20.00 – 21.55 Uhr

Parlamentssaal Rathaus, Marktgasse 20, Winterthur

Vorsitz: R. Diener (Grüne)

Protokoll: A. Furrer

Entschuldigt: 10. Sitzung: R. Kappeler (SP), U. Glättli (GLP), M. Bänninger (EVP)  
11. Sitzung: L. Jacot (SP)  
10./11. Sitzung: G. Porlezza (FDP), R. Perroulaz (FDP), Z. Dähler (EDU),  
R. Hugentobler (AL), SR K. Bopp

## Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1		Protokoll der 6./7. Sitzung	
2	22.62 (DKD)	Verpflichtungskredit von Fr. 2,5 Mio. für die Ausführung der grosszyklischen Sanierung des Theaters Winterthur (Projekt-Nr. 13220)	<b>M. Gross</b>
3	17.161 (DB)	Kenntnisnahme von der Umsetzung der Verkehrsanordnung für eine verkehrsberuhigte Stadthausstrasse und Abschreibung der Motion betr. Verkehrsberuhigung Stadthausstrasse	<b>A. Geering</b>
4	22.72 (DTB)	Jährlich wiederkehrende Mehrausgaben für den Bezug des Stromproduktes «KlimaGold» durch die Stadtverwaltung Winterthur	<b>U. Bänziger</b>
5	22.80	Fragestunde (19. September, Beginn 20.00 Uhr)	
6	22.66 (DKD)	Begründung der Motion N. Wenger (Grüne), M. Gnesa (SP), B. Huizinga (EVP) und N. Ernst (GLP) betr. Mutterschaftsurlaub für werdende Mütter	
7	22.79	Begründung der Parlamentarischen Initiative Ch. Maier (FDP), G. Stritt (SP), D. Roth-Nater (EVP), N. Holderegger (GLP) und Ch. Griesser (Grüne/AL) betr. Neuauflage der Kulturförderungsverordnung	

- 8        20.122    Antrag und Bericht zur Motion R. Kappeler (SP), U. Glättli (GLP), B. Huizinga (EVP) und N. Wenger (Grüne/AL) betr. Offenlegung der Finanzierung von politischen Parteien und Kampagnen (DKD)
- 9\*       20.58     Antrag und Bericht zum Postulat A. Steiner (GLP), K. Frei Glowatz (Grüne), B. Huizinga (EVP) und L. Jacot-Descombes (SP) betr. Biolandwirtschaft (DFI)
- 10\*      20.57     Antrag und Bericht zum Postulat F. Heer (Grüne/AL), U. Bänziger (FDP), A. Gütermann (GLP), B. Huizinga (EVP), L. Jacot-Descombes (SP) und H. R. Hofer (SVP) betr. Pyrolyse - negative Emissionstechnologie (DSU)
- 11\*      20.54     Antrag und Bericht zum Postulat B. Helbling-Wehrli (SP), F. Heer (Grüne/AL), B. Huizinga (EVP), M. Reinhard (SVP), S. Kocher (GLP), U. Bänziger (FDP) und A. Geering (CVP/EDU) betr. Pandemieplanung, Führung eines Notfall-Lagers (Schutzanzüge, Masken, Desinfektionsmittel etc.) (DSU)
- 12\*      20.74     Antrag und Bericht zum Postulat I. Kuster (CVP), R. Keller (SP), A. Rellstab-Schneider (FDP) und A. Steiner (GLP) betr. Wochenmärkte – Coronavorteile übernehmen (DSU)
- 13\*      19.134    Beantwortung der Interpellation M. Reinhard (SVP) betr. Velokontrollen und Verkehrsregeln in der Stadt Winterthur (DSU)
- 14\*      19.139    Beantwortung der Interpellation G. Gisler (SVP), S. Müller (EVP), A. Zuraikat (CVP) und Y. Gruber (FDP) betr. Videoüberwachungssystem für das Schulhaus Gutschick (DSS)
- 15\*      19.108    Antrag und Bericht zum Postulat M. Steiner (SP), T. Leemann (FDP), K. Gander (Grüne/AL) und S. Müller (EVP) betr. Angebot einer qualitativ hochwertigen Prüfungsvorbereitung für die Kantons- und Berufsmaturitätsschulen an allen Schulen der Stadt (DSS)
- 16\*      20.79     Beantwortung der Interpellation Ch. Maier (FDP), M. Wäckerlin (PP), G. Gisler (SVP), A. Zuraikat (CVP/EDU) und D. Roth-Nater (EVP) betr. Positive Corona-Erfahrungen sichern und für Schul-Regelbetrieb nutzen (DSS)
- 17\*      20.115    Beantwortung der Interpellation A. Zuraikat (CVP), M. Wegelin (SVP), M. Della Vedova Mumenthaler (GLP), K. Gander (AL), D. Roth-Nater (EVP) und Ch. Maier (FDP) betr. Generationen im Klassenzimmer – Seniorinnen und Senioren in der Schule (DSS)
- 18\*      21.15     Beantwortung der Interpellation M. Wegelin (SVP), A. Zuraikat (Die Mitte), M. Della Vedova Mumenthaler (GLP) und Ch. Maier (FDP) betr. Schaffung der rechtlichen Grundlagen für die Anstellung von Klassenassistenten für die Förderstufe 2 (DSS)
- 19\*      21.26     Beantwortung der Interpellation G. Stritt (SP), D. Roth-Nater (EVP), K. Gander (AL/Grüne) und M. Della Vedova Mumenthaler (GLP) betr. Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Anschlusslösung (DSS)
- 20\*      17.146    Antrag und Ergänzungsbericht zum Postulat Ch. Meier (SP), B. Zäch (SP), R. Diener (Grüne), M. Bänninger (EVP) und M. Nater (GLP) betr. Energiewende in Winterthur: Strategie und Vorhaben nach dem Aquifer-Verzicht (DTB)

21*	20.22 (DTB)	Antrag und Bericht zum Postulat F. Künzler (SP) betr. zeitgemässes Strom-Tarif-Modell entsprechend den Produktionszyklen
22	20.23 (DTB)	Antrag und Bericht zum Postulat K. Frei Glowatz (Grüne/AL), D. Roth-Nater (EVP), G. Stritt (SP), I. Kuster (CVP) und M. Zehnder (GLP) betr. Comeback des Laubrechens
23	19.57 (DTB)	Antrag und Ergänzungsbericht zum Postulat M. Nater (GLP), Ch. Grieser (Grüne), M. Bänninger (EVP), R. Heuberger (FDP) und G. Stritt (SP) betr. Optimierung der öffentlichen Strassenbeleuchtung zur Reduktion der Lichtverschmutzung und des Energieverbrauches
24	21.79 (DTB)	Beantwortung der Interpellation A. Gütermann (GLP), M. Nater (GLP), K. Frei Glowatz (Grüne), M. Bänninger (EVP), F. Landolt (SP), R. Heuberger (FDP), I. Kuster (Die Mitte) und Ch. Hartmann (SVP) betr. nachhaltige und krisensichere Stromversorgung für Winterthur

*\*an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

**Parlamentspräsident R. Diener:** Ich begrüsse Euch ganz herzlich zur 10. und 11. Sitzung des Amtsjahres 2022/23, zur ersten Sitzung nach der legendären Abstimmung zum Parlamentssaal – wir werden davon noch hören.

## Mitteilungen

**Parlamentspräsident R. Diener:** Wie immer vorab einige Informationen.

Ich habe eine ganze Reihe von Abmeldungen erhalten: Abgemeldet haben sich Raphael Perroulaz (FDP), Gioia Porlezza (FDP), Zeno Dähler (EDU) und Roman Hugentobler (AL). Kurzfristig abmelden aus Krankheitsgründen musste sich auch Stadtrat Kaspar Bopp. Er wird heute Abend vertreten von Mike Künzle.

Für die Nachmittagssitzung abgemeldet haben sich Michael Bänninger (EVP), Urs Glättli (GLP) und Roland Kappeler (SP).

Etwas verspätet tauchen noch auf Nicole Holderegger, Markus Nater und Nina Wenger.

Ich habe noch eine kleine Information: Es ist noch jemand von Tele Top hier, der Aufnahmen im Saal machen wird. Es geht, wie nicht anders erwartet, nochmals um einen kleinen Beitrag zur Abstimmung, die wir am Wochenende hatten.

Weitere Informationen von meiner Seite: Ich möchte nochmals darauf hinweisen und nochmals betonen: Wir haben ja noch keine Mikrofone. Auch wenn wir beschlossen haben, dass es welche geben wird – heute haben wir noch keine, ausser mir. Wenn Ihr die Voten haltet, dann steht bitte auf, sprecht laut und deutlich, damit es für das Protokoll auch nachvollziehbar ist. Wir hatten wieder Fälle, bei denen es sehr schwierig war.

Wenn immer möglich, schickt doch im Voraus oder auch im Nachhinein (wenn es einigermassen dem entspricht, was Ihr gesagt habt) das Votum noch elektronisch der Protokollführerin oder der Parlamentsleitung, damit es für das Protokoll etwas einfacher wird. Vielen Dank für die Unterstützung.

Weitere Informationen habe ich für heute Abend nicht, was das Allgemeine anbelangt.

## Fraktionserklärungen

**Parlamentspräsident R. Diener:** Es liegen mir zwei Fraktionserklärungen vor. Als erste hat sich angemeldet die EVP, Franziska Kramer-Schwob hat das Wort zum Thema Klimatag.

**F. Kramer-Schwob (EVP):** Als Partei, die sich seit ihrer Gründung vor 100 Jahren für das Klima einsetzt, jammert man nicht über Regenwetter, das nötigen Regen bringt. Auch wenn es den lang ersehnten Klimatag betroffen hat. Was uns sehr freute: Die Winterthurerinnen und Winterthurer haben sich nicht abschrecken lassen und haben sich trotz dem Regen auf die autofreie Technikumstrasse gewagt. Und sie waren mit Eifer dabei.

Wir haben als EVP das gut durchdachte Angebot und Programm sehr geschätzt, zum Beispiel:

- das Street Racket Ball, das wie gemacht ist für autofreie Strassen
- die Slackline-Violonistin, die mit ihren ruhigen Tönen und der einfachen Ausstattung faszinierte
- der Spielbus, der viel Spass brachte
- das Tauschmobil, das neu zu Winterthur gehören wird und gestern an der Technikumstrasse Halt machte (und wo meine Kinder übrigens einen Globus «ergattern» konnten, den sie mit leuchtenden Augen heimgetragen haben).

Wo möglich ist es gestern simpel gehalten worden: Hasan Sandwich, die Grepery und die Ässbar sind die Lokalen, die eingebunden wurden. Die gewollte Schlichtheit des Klimatags hat uns als EVP sehr gut gefallen. Auch bei den autofreien Sonntagen geht es nicht um Multieffekt und einen gigantischen Aufwand, sondern um das Zusammensein, Strassenraum neu erleben und eine neue Art der Mobilität eingewöhnen zu können. Diese Anliegen haben wir gestern super umgesetzt gefunden.

Natürlich wissen wir, dass hinter dem gestrigen Klimatag trotz der Schlichtheit sehr, sehr viel Arbeit gesteckt hat. Und die hat sich auch gelohnt: Es ist alles super organisiert und liebevoll durchdacht gewesen. Das UGS war präsent und hat dem Anlass einen guten Stempel aufgedrückt. An dieser Stelle ein ganz herzliches Dankeschön dafür! Es war uns als EVP eine Ehre und Freude, dass mir mit dem Kafivelo Teil dieses Klimatages sein konnten.

Wenige Exponenten anderer Parteien hätten ein Volksfest erwartet. Das war aber nie Aufgabe und Ziel der Sache. Mit den autofreien Sonntagen wollen wir nicht bespassen, sondern Raum schaffen. Wir möchten anregen dazu, neue Mobilitätsformen einzuüben und diese im Sinne von Suffizienz zu guten Gewohnheiten werden zu lassen. In diesem Sinne freuen wir uns auf die autofreien Sonntage, die sicher (zumindest zum Teil) anders und noch viel einfacher werden als der gestrige Klimatag. Vom Klimatag können wir aber viel Inspiration dafür mitnehmen! Als Einzelne und als Stadt. Und vielleicht lässt sich ja auch der Klimatag - im Rahmen eines autofreien Sonntags? - mal wiederholen. Wir würden das begrüßen.

**Parlamentspräsident R. Diener:** Danke, Franziska. Möchte sich der Stadtrat noch äussern dazu?

**Stadträtin K. Cometta:** Danke vielmal, Franziska. Auch wir durften gestern einen sehr gelungenen Anlass erleben. Auch uns hat das sehr gefreut. Ich glaube, es war genau der Mix des Programms, der bestochen hat. Es ist ein bisschen etwas gelaufen, aber nicht zu viel. Es war ein bisschen Spass – Du hast das ganze Kinderprogramm angesprochen – aber auch sehr viel Information.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit einfach noch darauf hinweisen, dass nicht nur das UGS vor Ort war, sondern auch sehr viele andere Departemente. Es hatte einen Stand von Stadtwerk mit der Energieberatung; Christa Meier hat «bewegte Gespräche» geführt, die auch auf Resonanz gestossen sind; auch Herbert Elsener vom Verkehr hat auch «bewegte Gespräche» geführt. Es ist ganz wichtig, finde ich, an dieser Stelle zu betonen, dass eben Klimaschutz alle angeht und dass die ganze Stadt dahintersteht.

Danke vielmals. Wir nehmen das gerne mit und ich leite das gerne weiter.

**Parlamentspräsident R. Diener:** Danke auch für diese Ergänzungen aus Sicht des Stadtrates.

Es wurde noch eine zweite Fraktionsmitteilung angekündigt, von der SVP. Das Wort hat Michael Gross zum Thema Parlamentssaal.

**M. Gross (SVP):** Gestern hat die Winterthurer Stimmbevölkerung den Zusatzkredit für die Auffrischung des Stadtparlamentssaals von 947'000 Franken mit 63% klar abgelehnt. Und das, obwohl die meisten von Euch hier drinnen dafür waren.

Die bereits vorgängig beschlossene Instandsetzung von 371'000 Franken ist von dieser Abstimmung natürlich nicht betroffen. Die moderate Erneuerung kann damit selbstverständlich sofort in die Hand genommen werden. Heute muss man sich aber fragen, ob wir nicht alle ungebundenen Kosten hätten abstimmen lassen sollen – so klar war das Resultat.

Im April dieses Jahres hat die bürgerliche Minderheit das Parlamentsreferendum ergriffen. Damals haben wir von der linken Seite dann gehört, dass wir schlechte Verlierer seien. Man hat uns auch vorgeworfen, unser Verhalten sei undemokratisch, es sei doch klar, dass die Mehrheit diese Veränderung wolle. Zum Glück hat die Bevölkerung jetzt anders entschieden. Wenn wir heute aber lesen, wie die Verlierer argumentieren, dann macht man sich schon Sorgen um das Demokratieverständnis der Verlierer. Reto Diener lässt sich im Landboten zitieren, dass man jetzt schauen müsse, ob trotzdem eine Variante mit Live-Stream umsetzbar sei. Er glaube, dass vor allem die Million die Bevölkerung abgeschreckt habe.

Lieber Reto, woher weisst Du das? Hast Du da mehr Informationen als wir? Die Bevölkerung hat sich gestern ganz klar gegen Eure Sonderausbauwünsche entschieden. Jetzt gilt es, den Parlamentssaal kostengünstig und ohne technischen Schnickschnack zu modernisieren. Und Nein – auch wenn der Landbote fordert, dass man ein Live-Streaming macht – die Live-Streaming-Variante ist mit dem gestrigen Entscheid vom Tisch. Aus unserer Sicht kann man jetzt generell über die Videoanlage diskutieren, denn die Frage ist: Ohne Live-Streaming – braucht es dann überhaupt noch eine Videoanlage? Aber das sollen die Experten da entscheiden.

Falls der Parlamentssaal günstiger instandgesetzt werden kann, sind diese Mittel einzusparen. Das war der Wille der Parlamentarier und Parlamentarier, die gegen Eure Luxus-Lösung waren.

Vielen Dank für die Kenntnisnahme.

**Parlamentspräsident R. Diener:** Danke, Michael Gross. Ich kann Dir versichern, dass wir uns diese Gedanken machen werden. Wir haben das auch bereits schon diskutiert. Selbstverständlich setzen wir nicht etwas um, das viel kostet und dann nicht den Nutzen bringt, den wir tatsächlich sehen. Und es ist tatsächlich so, diese Thematik mit dem Live-Stream, das habe ich auch so kommuniziert, schauen wir nochmals an. Es ist nicht sicher, ob wir das umsetzen können und wollen in der Form, wie es in der ersten Variante geplant war, denn da gibt es noch viele offene Fragen. Wir werden das diskutieren und anschauen.

Gibt es vom Stadtrat noch Bedarf für eine Antwort? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

## Traktandenliste

**Parlamentspräsident R. Diener:** Wir kommen zur Traktandenliste.

Wir setzen die Traktandenliste dort fort, wo wir letzten Montag geschlossen haben, wir fahren jetzt weiter mit dem Traktandum 9. Das Traktandum 8 hatten wir noch erledigt. Das Traktandum 4 ist noch nicht behandlungsreif, es gab ja zwischendurch noch keine Kommissionstermine, deshalb ändert sich da nichts.

Wir fahren jetzt weiter mit dem Traktandum 9.

## 9. Traktandum

### **Parl.-Nr. 2020.58: Antrag und Bericht zum Postulat A. Steiner (GLP), K. Frei Glotz (Grüne), B. Huizinga (EVP) und L. Jacot-Descombes (SP) betr. Biolandwirtschaft**

---

**Parlamentspräsident R. Diener:** Antrag und Bericht zum Postulat betreffend Biolandwirtschaft. Als erste hat das Wort die Erstpostulantin Annetta Steiner (GLP).

**A. Steiner (GLP):** Die Grünliberalen sind über die Postulatsantwort des Stadtrates sehr enttäuscht.

Der Stadtrat hält zwar am Anfang fest, dass ihm die Biodiversität auch sehr wichtig sei. Was dann aber folgt, ist alles andere, was irgendwie auch nur in die Richtung geht, dass man Biodiversität verbessern würde. Es sind tausend Ausreden, warum die drei verbliebenen Landwirte, die von der Stadt die Höfe pachten, nicht auf Bio umstellen sollen – oder irgendwann am Sankt-Nimmerleins-Tag.

Dabei wird der Nutzen der Biolandwirtschaft aus meiner Sicht extrem abgewertet. Das Spritzen von Herbiziden und das Spritzen von Pestiziden beeinträchtigt extrem die Bodenbaulage. Biodiversität haben wir nicht nur über dem Boden, sondern eben auch im Boden drinnen. Unzählige Kleinlebewesen gehen zugrunde durch das Gift, das verspritzt wird.

Wir haben hier vorne ein Bild, das ich schon bei der Überweisung aufgezeigt habe. Das ist Glyphosat, das den Boden kaputt macht. Boden, der uns Steuerzahlenden gehört und wo wir letztendlich auch darüber bestimmen wollen, ob das für uns in Ordnung ist oder nicht.

Uns enttäuscht, dass die Existenzsicherung dieser drei Landwirte so übermässig gewichtet wird gegenüber der, der gesunden Böden. Das ist für die Grünliberalen nicht nachvollziehbar. Als Sachargument wird unter anderem aufgeführt, man hätte für Bioprodukte keinen Absatz. Dies ist absoluter Habakuk. Tatsächlich hat Bio Swiss eine kurze Zeit keine zusätzlichen Betriebe aufgenommen für Biomilch. Das war a) eine kurze Zeit und b) gibt es ganz viele andere Abnehmer, die Biomilch entgegengenommen hätten. So zahlen heute Aldi und Lidl für Biomilch wesentlich mehr als Coop und Migros. Also man hätte sogar ein Geschäft machen können. Innovative und kreative Bauern hätten das gewusst, aber den Landwirtschaftsbetrieben, die nach alter Schule (u.a. auch der Strickhof) wirtschaften, denen entgehen solche Sachen. Biolandwirtschaft kann sehr wohl ertragsreich sein. Insbesondere, wenn man Spezialprodukte (zum Beispiel Hülsenfrüchte, Gemüse, Beeren) anpflanzt oder wenn man auf Direktvermarktung setzt. Ein gutes, innovatives Beispiel haben wir mit den Holaboxen, die in Winterthur bereits verbreitet sind.

Dass Biolandwirtschaft sich lohnt, sieht man alleine an der Tatsache, dass Pachtland extrem gesucht wird. Insbesondere von Biolandwirten. Es gibt ganz viele Biolandwirte, die gerne Biolandwirtschaft betreiben würden, aber nicht können, weil man eben auf dem Pachtland hocken bleibt und es immer noch den konventionellen Bauern vergibt. Also wenn wir wirklich auch den Markt spielen lassen wollen, dann lassen wir ihn am richtigen Ort spielen! Und das ist bei der Vergabe des Pachtlands. Genau damit können wir auch der Verweigerungshaltung dieser drei Landwirte entgegenwirken.

Wir werden jetzt heute keinen Zusatzbericht verlangen, weil wir aus unserer Sicht da nichts Zielführendes erreichen. Sondern wir wollen mit einem zusätzlichen Vorstoss nachdoppeln, dass das Pachtland in Zukunft denjenigen vergeben wird, welche das beste Konzept anbieten.

Lieber Stadtrat, wir müssen uns bewegen! In der Antwort auf das Postulat der Biodiversitätskorridore wird angekündigt, dass man eine Biodiversitätsstrategie entwickeln wird. Und schon nur aufgrund dieser, wird man sich bewegen müssen bei der Landwirtschaft, denn sonst kommen wir nicht vom Fleck.

Das Fazit: Die Grünliberalen bleiben dran und wir werden mit einer Motion nachdoppeln. Das Postulat schreiben wir aus diesem Grund ab.

**Parlamentspräsident R. Diener:** Danke, Annetta. Ich habe keinen Antrag gehört auf negative Kenntnissnahme? – Dem ist so.

**K. Frei Glowatz (Grüne/AL):** Die Fraktion Grüne/AL nimmt die Postulatsantwort in einem ähnlichen Sinn zustimmend – aber mit etwas Knurren – entgegen. Ein Ja – und. Ich bestätige alles, was Annetta gesagt hat.

Auch wir finden nämlich, dass die Argumente, warum dass die drei städtischen Landwirtschaftsbetriebe nicht auf Bio umstellen können - innerhalb der nächsten 10 Jahren, notabene! Das haben wir ja vorgeschlagen - greifen zu kurz. Es ist ja wirklich nicht eine kurze Zeit. Es reicht uns auch nicht, zu sagen, der Absatz für Bio-Produkte sei nicht da. Da kann ja die Stadt auch etwas dazu beitragen. Die Konsumenten sind je länger je mehr bereit, für gift- und düngemittelfrei produzierte Produkte diesen Preis auch zu bezahlen. Dieser Trend ist zum Glück nicht mehr umkehrbar.

Auch das betriebswirtschaftliche Argument verfängt unseres Erachtens nicht. Es gibt genügend Beispiele von Umstellungs-, also von Biohöfen, die rentabel sind.

Und ja, Biodiversitäts-Förderflächen des ökologischen Leistungsnachweises des Bundes der konventionellen Betriebe sind wirklich wertvoll, das kommt bei der Antwort auch heraus. Und sie sind Teil der Vernetzungsprojekte usw. Das ist sicher wichtig und leistet einen unschätzbaren Wert für Winterthur.

Aber ich habe das auch gelesen, auch bei der Postulatsantwort auf die Biodiversitätskorridore von diesem Mai: «Insbesondere in den grossen, intensiv bewirtschafteten Flächen in den Gebieten Taggenberg und Reutlingen liegt ein hohes ökologisches Aufwertungspotenzial». Das habe also nicht ich geschrieben, sondern der Stadtrat selbst.

Deshalb schliesse ich mit einem Gedankenspiel: Wie wäre es, wenn Winterthur – in nächster Zeit und möglichst bald – in allen ihren Mensas und in ihren acht stadt eigenen Restaurants (zum Beispiel im Schloss Wülflingen oder auf dem Goldenberg) anfangen würde, konsequent auf lokal, gift- und düngemittelfrei produzierte Menüs zu setzen?

Damit würde sie nicht nur einer nachhaltigen Landwirtschaft helfen (lokal, den lokalen Bauern), sondern auch ihrer Vorreiterrolle in Sachen klima- und biodiversitätsfördernder Ernährungsstrategie nachkommen.

Das ist sicher nicht einfach - aber Winterthur kann dies schaffen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

**B. Huizinga (EVP):** Die wichtigsten Punkte in dieser Postulatsantwort sind von den beiden Vorrednerinnen bereits erläutert worden. Was uns als EVP-Fraktion ein bisschen befremdet, ist die mehrmalige Argumentation, eine vollständige Umstellung der städtischen Landwirtschaftsbetriebe auf Bio greife zu sehr in den unternehmerischen Strategieentscheid der Pächterfamilien ein und der Zeithorizont sei zu knapp.

Zu ersterem: Als Landbesitzerin kann die Stadt doch vorgeben, was Standard sein sollte. Punkt, Ende.

Und somit gleich zu zweiterem: Und wer damit nicht einverstanden ist, der kann sich in einer Übergangsfrist von doch bis zu zehn Jahren neu orientieren.

Zur Unterstützung, damit diese Umstellung gelingt, werden verschiedene Möglichkeiten genannt, wie zum Beispiel die Belieferung der städtischen Gemeinschaftsgastronomie mit ausschliesslich einheimischen, vorzugsweise städtischen Bio-Produkten. Das gäbe den Landwirten und Landwirtinnen einen planbaren Absatz für ihre Produkte. Wir finden es wichtig, dass für diese Umstellung keine finanziellen Einbussen für Pächter stattfindet. Da würden sich aber sicher auch Lösungen finden lassen, das zu bewerkstelligen. Wo ein Wille ist, ist ein Weg. In dieser Thematik ist er noch nicht wirklich ersichtlich, sondern höchstens ein Trampelpfad.

Wir verfügen innerhalb der Fraktion nicht über ein grosses Landwirtschaftswissen, sind jedoch der geschlossenen Meinung, dass alles Mögliche, was zur Förderung der Biodiversität

gemacht werden kann, auch gemacht werden muss, und die Stadt eine Vorbildfunktion hat. Ich bediene mich selten an Zitaten, da scheint es mir für einmal angebracht. Der Anthropologe Joseph Tainter hat die Aussage gemacht: «Wenn eine Gesellschaft nicht mit der Erschöpfung ihrer Ressourcen umgehen kann, drehen sich die wirklich interessanten Fragen um die Gesellschaft und nicht um die Ressource. Welche strukturellen, politischen, ideologischen oder wirtschaftlichen Faktoren in der Gesellschaft verhinderten eine angemessene Reaktion?» Das sind die Fragen, die wir als Parlament uns stellen müssen.

Wir nehmen die Postulatsantwort zur Kenntnis und stimmen – etwas widerwillig – der Abschreibung zu.

**L. Jacot (SP):** Meine Vorrednerinnen haben es gesagt und ich kann es eigentlich auch unterstützen. Die Stadt findet, sie müsse ihre Pächter schützen. Ich finde das auch nicht als solches schlecht, denn es ist klar, man hat langjährige Pächter und langjährige Verträge, es geht doch auch um Familien mit Kindern, die dort ihr Auskommen haben.

Ich muss dazu noch sagen, Bio ist nicht unbedingt das einzig Wahre. Man kann auch Biolandwirtschaft in Monokultur, die nicht wahnsinnig die Ökologie fördert. Von daher ist die Stossrichtung von Annetta wirklich sehr gut, dass man sagt, wichtig ist eigentlich, dass man Biodiversität fördert, auch dass man Vernetzungsprojekte hat für die Stadt und die Landwirtschaftsbetriebe miteinbezieht.

Ich bin gespannt, wie es jetzt weitergeht mit diesen ganzen ökologischen Vernetzungsprojekten. Die Stadt muss da ganz dringend etwas machen, gerade Winterthur ist da nicht unbedingt auf dem besten Weg. Ich denke, wir werden alle am Thema Biodiversität dranbleiben. Zur Abschreibung haben wir auch keinen gegenteiligen Antrag.

**A. Geering (Die Mitte/EDU):** Ich fange auf das Votum von Annetta trotzdem mit einer persönlichen Episode an. Als 17jähriger habe ich Landwirt gelernt, ich war in einem Landwirtschaftsbetrieb da in der Nähe. Und ich habe hautnah mitbekommen, wie der Verpächter und der Pächter miteinander im Streit waren, weil der Verpächter und der Pächter ein anderes Konzept hatten, was Landwirtschaft ausmacht, wie Landwirtschaft betrieben werden sollte. Und sie waren in einem Rechtsstreit, der für beide Seiten nicht schön war.

Wir sind dem Stadtrat dankbar, dass er Landwirtschaftspolitik nicht gegen seine Pächter macht. Landwirtschaftliche Pachtbetriebe wie die Winterthurer Betriebe sind die Grundlage und Existenz einer bäuerlichen Familie während des Erwerbslebens des entsprechenden Pächters oder der Pachtfamilie. Es ist eine strategische Entscheidung der Landwirte, auf welche Art und Weise die Bewirtschaftung betrieben wird. Dies innert fünf Jahren (im Postulat steht 5 – 10 Jahre, also nicht 10 Jahre, sondern 5 Jahre) auf den Kopf zu stellen, wie im Postulat vorgeschlagen wird, generiert Druck. Und Druck, das wissen wir, generiert Gegendruck, Streit und Juristerei. Die Biodiversität gewinnt dabei nichts. Und ich bin froh, dass Lea noch gesagt hat, dass nur einfach Bio noch nicht viel tut für die Biodiversität. Sie hat Monokulturen erwähnt, ich möchte auch noch die Pflanzenschutzmittel erwähnen, die auch ihr Übriges machen.

Die Episode vom Anfang hat dann so geendet, dass der Pächter nach ungefähr 5 – 10 Jahren Rechtsstreit mit ca. 55 Jahren vom Hof ging und eine Betriebsgärtnerstelle im Tösstal angenommen hat, wo er für eine Fabrik die Betriebsgärtnererei gemacht bis zur Pensionierung. Und der Verpächter konnte dann einen neuen Pächter draufsetzen, der brav gehorcht hat. Es hat dann noch die andere Konsequenz gehabt, die ich in einem Satz zusammenfassen kann: Ich habe mich damals entschieden, den Beruf mit 20 Jahren zu wechseln und nicht erst mit 50 Jahren. Wenn ich uns heute zuhöre, bin ich froh um diesen Entscheid damals.

Wir danken dem Stadtrat, dass er die Anstrengungen der städtischen Pachtbetriebe für die Biodiversität, die auch die nicht-biologischen Betriebe unternehmen, sieht und in diesem Postulatsbericht wertschätzt. Das Erreichte könnte durchaus auch von den Biodiversitäts-Turbos in unserem Parlament einmal benannt und wertgeschätzt werden.

Den Ansatz des Stadtrates, mit den Pachtnehmenden im Gespräch zu bleiben und eine allfällige Umstellung der Landwirte zu unterstützen, das begrüssen wir. Dass dabei ein Pachtwechsel bei einer Umstellung auf biologische Bewirtschaftung von ganzen Betrieben als Option gesehen wird, ist in Ordnung.

Wir danken dem Stadtrat für den Postulatsbericht. Vor allem danken wir unseren Landwirten und explizit auch den drei gescholtenen Landwirten und Landwirtinnen für ihren umsichtigen Umgang mit unseren Böden, Pflanzen und Tieren auf unseren Wiesen und Feldern. Herzlichen Dank.

**R. Heuberger (FDP):** Ehrlich gesagt staune ich doch ein bisschen über die Voten, die wir bisher gehört haben. Einerseits, weil es offenbar im Moment völlig egal ist, wenn man drei Familien die Existenz wegnehmen will, und andererseits, weil Ihr so tut, als ob die Bauern bisher für die Biodiversität überhaupt nichts gemacht hätten.

Der von der GLP initiierte planwirtschaftliche Ansatz zur Neuorganisation der städtischen Bauernhöfe zielt sowohl ökonomisch wie ökologisch an der Realität und auch am Ziel vorbei. Ökonomisch, weil er wie gesagt die Existenz von den drei Familien wirklich bedroht. Und wenn da einfach gesagt wird, man könne ja einfach weggehen oder man könne das einfach ändern, dann muss man sehen, wie lange das geht, bis man einen solchen Bauernbetrieb aufgebaut hat, bis das Zeug wächst, bis das Zeug nachhaltig immer wieder kommt. Das geht nicht einfach von heute auf morgen – zack! – kann man umstellen. Das ist eine langjährige Arbeit, die da offenbar einfach negiert wird.

Und die Produktionskosten würden klar steigen, aber die Nachfrage nach Bioprodukten ist zu wenig vorhanden. Nicht einmal die bereits bestehenden städtischen Bioproduzenten können alle ihre Produkte, ihre Lebensmittel auf dem Biokanal absetzen. «Kommt das Fressen vor der Moral» hat agrarheute.com letzthin gefragt und kommt selbst zum Schluss, dass in Zeiten von Krieg, Inflation und allgemeiner Unsicherheit diese Frage wohl von immer mehr Verbrauchern mit «Ja» beantwortet wird – denn nur so lässt sich erklären, weshalb die Bio-Produkte immer konsequenter links liegengelassen werden. Und wenn man jetzt so tut, als ob es in der Schweiz einen riesigen Absatzmarkt gibt für Bioprodukte: Der Konsum von Bioprodukten beträgt in der Schweiz 11% der ganzen Lebensmittel.

Auch ökologisch steht der Vorstoss aus meiner Sicht auf mehr als wackligen Beinen, wie uns Hansruedi Hofer, Bauer und damals noch SVP-Gemeinderat, eindrücklich aufgezeigt hatte. Dass der Erhalt der Biodiversität gut und erstrebenswert ist, ist unbestritten. Aber die Winterthurer Bauern haben freiwillig das Vernetzungsprojekt von der Stadt Winterthur zur Förderung der Biodiversität bereits im 2018 flächendeckend umgesetzt. Der Ökoflächenanteil von den städtischen Landwirtschaftsbetrieben beträgt heute bereits fast 20%.

Mit diesem Postulat habt Ihr unter den Bauern in Winterthur dem Vernehmen nach leider sehr viel Goodwill zerstört und viel Freiwilligenarbeit für die Biodiversität in unserer Stadt zunichte gemacht. Das passiert, wenn Städter versuchen, engagierten Bauern die Landwirtschaft zu erklären. Schade.

Wir stimmen der Abschreibung dieses Postulates zu.

**W. Isler (SVP):** Die SVP-Fraktion hat dieses Postulat betreffend Biolandwirtschaft zur Kenntnis genommen und begrüsst, dass die städtischen Landwirtschaftsbetriebe – soweit es überhaupt möglich ist – biologischen Anbau betreiben. Dass dies auf den städtischen Betrieben nicht überall machbar ist, ist den jeweiligen Boden-Strukturen und örtlichen Begebenheiten geschuldet.

Für die SVP-Fraktion ist es deshalb existenziell wichtig, dass die Landwirtschaftsbetriebe gesunde, regionale und vor allem auch gefreute Agrar-Produkte auf den Markt bringen können. Das mit den Bio-Lebensmitteln verhält sich ja in weiten Teilen unserer Bevölkerung ungefähr gleich wie mit dem Öko-Strom: Alle schreien danach, aber am Ende des Tages bleiben dann die Produkte doch meistens unbeachtet in den Regalen liegen.

Ich danke Euch für die Antwort und wir nehmen sie zur Kenntnis.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Kaspar hat mir gesagt, weisst Du, das gibt nicht so Diskussionen... Ich wurde jetzt ein bisschen überrascht von der Heftigkeit, gerade bei der ersten Referentin. Und ich bin auch überrascht gewesen, dass die GLP sogar auf 626 vor Christus zurückgeht – damals war das Wirken von Habakuk, den Du da genannt hast, der Prophet im Alten Testament. Und uns dann vorwirfst, wir seien noch nicht so weit. Also, da geht etwas nicht auf.

Ich lese jetzt das, was Kaspar geschrieben hat oder vorgetragen hätte, aber ich bringe bewusst nicht alles, denn nach dieser Diskussion passt nicht mehr alles. Er wollte mit dem Weltuntergangsgedicht von Franz Hohler beginnen – aber das kann ich jetzt nicht bringen.

Die Stossrichtung, die von den ersten Referentinnen und Referenten genannt wurde, die teilt der Stadtrat. Er teilt die Bedenken und die Besorgnis der Postulant/-innen, was den Rückgang der Biodiversität betrifft.

Und in seiner Stossrichtung unterstützt er auch das Ziel der biologischen Bewirtschaftung. Wir verfolgen langfristig das Ziel, das alle sechs städtischen Bauernhöfe auf biologische Bewirtschaftung umstellen. Da sind wir ja eigentlich im Gleichschritt, Ihr wollt es einfach noch ein bisschen schneller haben.

Der Stadtrat ist aber eben gleichzeitig auch der Ansicht, die Betriebe müssen die wirtschaftliche Existenz der Pächter/-innen sicherstellen und die Umstellungen selbst sollen nachhaltig sein und brauchen eine gewisse Zeit, das kann man nicht von heute auf morgen einfach umstellen.

Drei von unseren Höfen werden heute schon biologisch bewirtschaftet. Drei nach den Regeln des ÖLN (dem sogenannten ökologischen Leistungsnachweis). Es ist also nicht so, dass die anderen drei überhaupt nichts in dieser Richtung machen, sondern die haben auch ein Etikett, das eigentlich in die richtige Richtung geht. Das ist also schon ein guter Standard, der deutlich über die minimalen Vorschriften hinausgeht. Aber wie gesagt, wir verfolgen da auch wirklich das langfristige Ziel der Umstellung. Und deshalb haben wir bei der Fachstelle für Biolandbau im Strickhof auch eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben.

Kurz zusammengefasst: Für eine erfolgreiche und nachhaltige Umstellung ist die persönliche Überzeugung und Neigung – eben auch von den Pächterinnen und Pächtern – nötig und die wirtschaftliche Perspektive entscheidend. Das mit der wirtschaftlichen Perspektive ist zurzeit ein bisschen schwierig, die Märkte für Bioprodukte sind teilweise übersättigt. Das kann sich aber auch sofort wieder ändern.

Dass die Überzeugung und die Neigung der Pächterinnen und Pächter wichtig sind, zeigt aber, dass wir nicht einfach durchdrücken und erzwingen können, sondern die Entwicklung zusammen mit den Pächterinnen und Pächtern angehen wollen. Genau das ist die Strategie des Stadtrats. Da sind wir dran. Danke vielmals.

**Parlamentspräsident R. Diener:** Ich danke dem Stadtpräsidenten Mike Künzle für diese Einschätzungen aus Sicht des Stadtrates.

Ich habe vom Parlament keinen Antrag gehört auf negative oder ablehnende Kenntnisnahme. Ziffer 1 (Ergänzungsbericht) und Ziffer 2 sind damit automatisch angenommen und das Postulat 20.58 wird abgeschrieben.

## 10. Traktandum

**Parl.-Nr. 2020.57: Antrag und Bericht zum Postulat F. Heer (Grüne/AL), U. Bänziger (FDP), A. Gütermann (GLP), B. Huizinga (EVP), L. Jacot-Descombes (SP) und H. R. Hofer (SVP) betr. Pyrolyse - negative Emissionstechnologie**

---

**Parlamentspräsident R. Diener:** Antrag und Bericht zum Postulat betreffend Pyrolyse - negative Emissionstechnologie. Als erstes hat in Vertretung von Florian Heer, der ja nicht mehr im Rat ist, das Wort Kathrin Frei Glowatz (Grüne).

**K. Frei Glowatz (Grüne/AL):** Die Fraktion Grüne/AL dankt dem Stadtrat für den differenzierten und grundsätzlich positiven Bericht zum Postulat «Pyrolyse - Negativtechnologien nutzen» und nimmt ihn zustimmend zur Kenntnis.

Bei der Vorbereitung bin ich auf folgende Anekdote gestossen: Die IWB (Industrielle Werke Basel) hilft mit, den CO<sub>2</sub>-Fussabdruck des «Eidgenössischen Schwing- und Älplerfest» in Pratteln zu verringern. Okay - wie das? Da ist also das gesamte Sägemehl des Schwingfestes - total ca. 250 Kubik – zu der IWB gefahren worden, um Pflanzenkohle zu pyrolysieren. Aus den 250 Kubik Sägemehl gab es dann 80 Tonnen Pflanzenkohle, und darin 20 Tonnen reines CO<sub>2</sub>. So konnte sich das Eidgenössische also dank Pyrolyse in seiner CO<sub>2</sub>-Bilanz um 20 Tonnen erleichtern. Ich fand es eine schöne Geschichte.

Wir sind jetzt aber ja nicht in Basel. Doch als walldreichste Grossstadt der Schweiz meine ich, die Bedingungen für die NET (zum Beispiel Pyrolyse) wären doch auch da, bei uns, perfekt. Die Technik ist nämlich heute so gut wie ausgereift – der Bericht ist ja auch schon ein Jahr alt und das Postulat zwei Jahre alt. Die IWB zeigt, mehrere andere Betriebe im In- und Ausland zeigen es, und auch in der Region (etwa die Anlage APD (Auenpflegedienst) in Flaach), dass die Technik und auch die Betriebe bereit sind. Diese Betriebe sind ein Paradebeispiel der Kreislaufwirtschaft, für die wir ja im Kanton ohnehin auch Vorschub haben seit gestern. Und auch der Umgang mit den Schadstoffen wird laufend verbessert.

Zudem ist vor einem Jahr ein Schweizerischer Verband für Pflanzenkohle gegründet worden, der hat heute ca. 30 Mitglieder und ist international vernetzt. Er bürgt für die Einhaltung einer sinnvollen und energieeffizienten Produktion und Anwendung von qualitativ hochwertiger Pflanzenkohle gemäss den Richtlinien des European Biochar Certificate (EBC).

Aus all diesen Gründen können wir es aber jetzt schon nicht so verstehen, dass im Fazit des Stadtrats noch einmal betont wird, dass man bis 2028 oder sogar 2035 mit den NET warten will. Dass wir warten müssen, bis die Erfahrungen da sind, welche die Privaten machen, und eben die Technologie ausgereift ist.

Die Zeit rennt uns davon. Das zeigt uns dieser Absenkpfad, den Ihr auf der Folie seht. Wir kennen ihn eigentlich alle, aber man sieht es nochmals glasklar.

Dem riesigen Überhang von Emissionen müssen wir heute begegnen, und zwar auch mit Negativtechnologien. Sonst werden wir die Reduktion bis 2040 auf Netto Null nie schaffen.

Ich schliesse mit der Bitte, die Planung der Winterthurer Pyrolyse-Anlage (die sicher kommen muss) nicht erst 2028 zu beginnen, sondern möglichst bald in Angriff zu nehmen. Vielen Dank.

**U. Bänziger (FDP):** Besten Dank an den Stadtrat für die Beantwortung des Postulats. Wir nehmen sie nicht wie die Grünen zustimmend, sondern ablehnend zur Kenntnis.

Der Stadtrat eröffnet die Beantwortung mit der Aussage, das Postulat fordere, dass in Winterthur Pflanzenkohleanlagen zur CO<sub>2</sub>-Entlastung realisiert werden sollen. Dem ist nicht so. Der Stadtrat wurde eingeladen, abzuklären und darzulegen, wie die Pyrolyse/Pflanzenkohle in der Stadt Winterthur als CO<sub>2</sub>-Senke eingesetzt werden könnte. Und das hat er eben leider nicht gemacht.

Der Stadtrat führt weiter aus, Erfahrungen mit Pflanzenkohleanlagen lägen generell erst wenige vor und es handle sich hier um eine Methode, die zwar technisch ausgereift ist (das macht man schon seit Jahrtausenden), aber in der Anwendung Pioniercharakter habe.

Auch das ist nicht zutreffend. Vielleicht muss man etwas weiter als Fehraltorf und Basel schauen, sprich über die eigenen Grenzen hinweg, um fündig zu werden.

Kathrin hat auch darauf hingewiesen: Im Klimaplan steht, dass bis spätestens 2028 definiert werden soll, welche lokalen Potentiale (z.B. Pflanzenkohleanlagen, Carbon Capture bei Kehrichtverwertungsanlagen [KVA], Abwasserreinigungsanlage [ARA] etc.) genutzt werden sollen, um CO<sub>2</sub> sinnvoll kompensieren zu können respektive Negativemissionen realisieren zu können.

Und wie ein Wunder, 2028 definiert und bereits 2035 wird Winterthur dann bereits bei 1 Tonne CO<sub>2</sub> Emissionen sein pro Einwohnende. Und 2040 bei Null. Das bedingt die Erbringung massiver negativer Emissionen, das sind, meine Damen und Herren, technische Grossprojekte.

Einfach auf das Prinzip Hoffnung zu setzen, ist fahrlässig. Ich habe es schon mal gesagt: Die KVA alleine wird 51'000 Tonnen CO<sub>2</sub> kompensieren müssen. Und 51'000 Tonnen CO<sub>2</sub> in Holz gespeichert entspricht einer Sattelschlepperkolonne vollbeladen mit Holz von Schaffhausen nach Winterthur. Jedes Jahr!

Wir fordern den Stadtrat auf, Ernst zu machen und mit der Planung und Umsetzung von CO<sub>2</sub>-Senken – und ja, Pyrolyse kann einen kosteneffizienten Beitrag leisten – endlich, endlich anzufangen. Ist die Pyrolyse eine eierlegende Wollmilchsau? Nein, das ist sie nicht, aber falls Sie CO<sub>2</sub>-Einsparungen zu akzeptablen Kosten realisieren können, dann müssen Sie das einfach machen, und zwar jetzt! Aber meine Damen und Herren: Unsere Stadtregierung hat den Auftrag der Bevölkerung, welche die Stadtregierung ja auch als Stadtregierung angestellt hat, anscheinend nicht wirklich gut verstanden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

**M. Nater (GLP):** Es freut mich wieder einmal, ein GLP-ler zu sein. Die Antwort der Grünen war sehr positiv, die Antwort der FDP war sehr negativ – wir sind differenziert.

Die Antwort des Stadtrates bestätigt, dass die Pflanzenkohleanlagen ein vielversprechendes Verfahren zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Belastung und zur Verbesserung der Bodenqualität sind. Obwohl im Moment mehrere Pflanzenkohleanlagen im Aufbau sind, fehlen gemäss Stadtrat langjährige Erfahrungen zur Wirtschaftlichkeit und dem Betrieb solcher Anlagen. Dem Stadtrat ist das Risiko momentan zu gross und er begründet dies auch mit den negativen Erfahrungen mit Biorender. Ich denke, eine Risikobetrachtung ist wichtig, aber wenn wegen einer schlechten Erfahrung kein Risiko mehr eingegangen wird, ist das sicher der falsche und ein mutloser Weg.

Was auch vom Stadtrat aufgeführt wurde und auch Sinn macht, ist eine Auslegeordnung der negativen Emissionstechnologien auf ihr Potential für die Stadt Winterthur und die Wirtschaftlichkeit. Dabei muss nun jedoch der Zeitraum der Evaluation auf diese Legislatur angepasst werden, da wir ja schon im Jahr 2040 Netto Null erreichen müssen. Die entsprechenden Anlagen müssen in den nächsten Jahren geplant und ab 2030 gebaut werden.

Wir nehmen die Antwort des Stadtrates zur Kenntnis

**B. Huizinga (EVP):** Die EVP schliesst sich auch differenziert an, vielleicht etwas kürzer und knackiger. Wir nehmen die Antwort des Stadtrates zum vorliegenden Postulat zustimmend zur Kenntnis. Es freut uns, ist Winterthur aktiv am Pilotprojekt in Fehraltorf beteiligt und wird die 7jährige Evaluation der verschiedensten Technologien zur CO<sub>2</sub>-Speicherung im 2028 dann abgeschlossen sein.

Dass unter der aktuellen Wissenslage andere Massnahmen, die tendenziell schneller zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses führen, den Vorrang gegeben wird, das sehen wir ein. Wir glauben, dass die Pflanzenkohleanlage in Zukunft in einer Grossstadt wie unserer - mit so viel Wald und auch Landwirtschaftsanteil – ein hohes Potenzial für einen positiven ökologischen Nutzen respektive als CO<sub>2</sub>-Speicher haben wird.

Wir bitten den Stadtrat, dies in einem zweiten Schritt dann genauer zu prüfen.

**L. Jacot (SP):** Auch die SP-Fraktion schliesst sich an sich der EVP und der GLP an. Auch ich sehe es eher differenzierter. Prinzipiell finde ich die Antwort gut, auch das, was Barbara schon gesagt hat. Man kann das durchaus akzeptieren. Was uns extrem stört, ist, dass dort steht, man habe noch keine Sicherheit und man muss warten, wie sich die Technologie entwickelt.

Da muss ich einfach sagen: Wir sind mit Netto Null 2040 Vorreiter, das heisst, absolute Sicherheit wird es nicht geben. Es wird dazu führen, dass man Sachen ausprobieren muss, wo man dann eventuell sagen muss: Hmmm, hat nicht funktioniert, da müssen wir einen anderen Weg gehen. Wenn man Pionier ist, hat man halt dieses Risiko.

Was ich einfach noch sagen möchte an die Ratsseite dort drüben: Mit dieser Ablehnung habe ich ein bisschen ein Problem, denn ich habe dann so das Gefühl, zum Beispiel die KVA muss so und so viel kompensieren. Und da muss ich einfach sagen: Ob Ihr es glaubt oder nicht, es wird schlussendlich nicht ohne Verzicht gehen. Wir werden nicht gleich viel produzieren können wie jetzt, das können wir schlicht und einfach sowieso nicht kompensieren. Das wird nicht gehen, mit oder ohne Pyrolyse. Von daher muss man da auch wirklich einmal ehrlich sein. Man kann nicht einfach immer sagen, wir machen alles technisch und fahren mit Elektroautos und der Strom kommt – keine Ahnung, vom Himmel herunter. Man muss da ehrlich sein: Es wird nicht ohne Verzicht gehen und es wird nicht gehen, ohne dass man zum Beispiel Abfall reduziert. Man wird das nicht alles kompensieren können. Es wird keine rein technische Lösung von diesem Problem geben.

So gesehen nehmen wir das zustimmend zur Kenntnis, monieren aber ein bisschen den fehlenden Mut der Stadt.

**Ch. Hartmann (SVP):** Liebe Lea, woher weisst Du schon, was wir hier drüben meinen, bevor wir gesprochen haben?

Die breite damalige politische Unterstützung des Postulats zeigt, dass das Thema Pyrolyse zumindest auf den ersten Blick «süffig» ist. Wir haben ja ebenfalls miteingereicht, Hansruedi Hofer damals.

Der Stadtrat schafft es, auf netto nur drei Seiten, nicht nur die Pyrolyse zu erklären, sondern auch eine sorgfältige Abwägung des möglichen Nutzens, sowie der Chancen und Risiken der Technologie vorzunehmen und dann ein klares Fazit zu ziehen. Wir wünschten uns, alle Weisungen wären derart fokussiert und gut strukturiert. Wir bedanken uns bei den anonymen Verfasserinnen und Verfassern in der Stadtverwaltung.

Das Fazit des Stadtrates ist im Wesentlichen folgendes: «Zeigt sich, dass solche Anlagen alltagstauglich sind, den erwarteten ökologischen Mehrwert ausweisen und wirtschaftlich zu betreiben sind, ist eine allfällige Nutzung dieser Technologie in Winterthur zu prüfen.»

Dem hat die SVP nichts hinzuzufügen. Wir nehmen von der Antwort des Stadtrates zustimmend Kenntnis.

**I. Kuster (Die Mitte/EDU):** Wir waren ja nicht dabei bei diesem Postulat. Und nicht, weil wir gegen die Pyrolyse wären, sondern weil das aus unserer Sicht aktuell wirklich keine städtische Aufgabe ist. Wir begrüssen es, dass der Stadtrat kein Pilotprojekt will und somit keine damit verbundenen Risiken eingeht. Es gilt, die bestehenden und laufenden Pilotprojekte, die auch schon erwähnt wurden, zu verfolgen und zu schauen, wie erfolgreich sie sind. Und auch, ob das Angebot dieser Biokohle überhaupt nachgefragt wird, beziehungsweise gekauft wird. Der Firma APD, die Kathrin erwähnt hat, wünschen wir natürlich in Flaach weiterhin gutes Gelingen. Und sie produzieren jetzt solche Pflanzenkohle und verkaufen sie. Bis jetzt sind sie gut unterwegs und wir wünschen ihnen weiterhin Erfolg.

Wir nehmen den Bericht des Stadtrates positiv zur Kenntnis.

**Stadträtin K. Cometta:** Herzlichen Dank für die differenzierte Diskussion. Und vor allem auch ganz herzlichen Dank an die Postulantinnen und Postulanten, dass sie ein vielversprechendes Verfahren zur Reduktion von CO<sub>2</sub> auf das Tapet gebracht haben. Denn die grundsätzlichen Ziele der Postulanten werden selbstverständlich vom Stadtrat auch geteilt. Auch wir beabsichtigen, eben im Rahmen unseres Klimaplanes, die verschiedenen Methoden von negativen Emissionstechnologien zu prüfen.

Es ist sicher sehr viel Potenzial da. Es gibt ja die natürlichen Senken wie die Bäume, aber auch eine rasante technologische Entwicklung mit ganz viel Dynamik drin. Und wir wollen einfach zuerst Klarheit haben, welche Methoden in Winterthur wirklich auch Sinn machen: Ist es Carbon Capture bei der KVA so wie die Anlage in Hinwil, oder ist es eben eine Pflanzenkohleanlage wie in Fehraltorf. Beides übrigens Projekte, die vom Klimafonds Winterthur unterstützt wurden. Also es ist ja nicht so, dass wir uns davor verschliessen, sondern es ist die Frage, wer ist Akteur, wer ist im Lead. Und gerade bezüglich Pflanzenkohleanlagen gibt es

tatsächlich noch offene Fragen zu klären, sei es bezüglich Wirtschaftlichkeit, aber auch ökologische offene Fragen, gerade zur Lufthygiene, die ein grosses Thema ist, vor allem, wenn man sieht, dass ja sonst Wärme aus Holz auch ein Thema ist, auch Abfall usw.

Deshalb ist es aus der Sicht des Stadtrates jetzt noch zu früh, auf eine bestimmte Technologie zu setzen, die auch mit hohen Investitionen verbunden ist. Weil es auch nicht primäre Aufgabe einer Stadt ist, eine neue Technologie zur Umsetzung zu bringen, und zwar eben bis hin zur wirtschaftlichen Umsetzung. Der Stadtrat ist aber sehr gerne bereit, wenn es private Anbieter gibt, diese zu unterstützen, so wie man das schon gemacht hat.

Und selbstverständlich wird der Stadtrat die weiteren Entwicklungen auch sehr aufmerksam weiterverfolgen, so dass wir zu gegebener Zeit tatsächlich die geeignetsten Methoden selbst auch zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Belastung implementieren können. Im Moment aber, und das hat Lea Jacot auch schon gesagt, ist wirklich das vordringliche Ziel, dass wir auch den CO<sub>2</sub>-Ausstoss reduzieren, also dass wir das Übel bei der Wurzel anpacken. Und CO<sub>2</sub>-Senkungen sind ja eigentlich primär zur Kompensation von unvermeidbaren Quellen gedacht.

In diesem Sinn vielen Dank für die differenzierte Debatte. Wir bleiben sicher am Thema dran, es ist wichtig.

**Parlamentspräsident R. Diener:** Danke vielmals, Frau Stadträtin, für dieses Abschlussvotum. Ich habe einen Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme gehört, wir stimmen darüber ab.

Wer die ablehnende Kenntnisnahme unterstützen möchte, soll das mit Handerheben kennzeichnen.

Wer die positive Kenntnisnahme äussern möchte, soll das kennzeichnen durch Handerheben.

Das ist eine klare Mehrheit. Damit haben wir das Dispositiv 1 damit abgestimmt, es ist eine zustimmende Kenntnisnahme. Zu Ziffer 2 gibt es keinen Antrag bezüglich Ergänzungsbericht, deshalb ist sie auch angenommen, wie sie vorliegt. Das Postulat ist damit erledigt und abgeschrieben.

## 11. Traktandum

**Parl.-Nr. 2020.54: Antrag und Bericht zum Postulat B. Helbling-Wehrli (SP), F. Heer (Grüne/AL), B. Huizinga (EVP), M. Reinhard (SVP), S. Kocher (GLP), U. Bänziger (FDP) und A. Geering (CVP/EDU) betr. Pandemieplanung, Führung eines Notfall-Lagers (Schutzanzüge, Masken, Desinfektionsmittel etc.)**

---

**Parlamentspräsident R. Diener:** Bevor wir zum nächsten Traktandum kommen, möchte ich kurz fragen, ob es zu den nächsten Traktanden von irgendjemandem etwas aufzulegen gibt auf den Beamer? Wenn das nicht der Fall ist, möchten wir ihn gerne abstellen. - Das scheint so zu sein, damit stellen wir ihn ab.

Antrag und Bericht zum Postulat betreffend Pandemieplanung, Führung eines Notfall-Lagers (Schutzanzüge, Masken, Desinfektionsmittel etc.). Als erstes hat die Erstpostulantin Bea Helbling das Wort.

**B. Helbling (SP):** Wir danken dem Stadtrat für die detaillierte Auslegeordnung. Der Bericht zeigt auf, dass die Stadt Winterthur verschiedene Rollen innehat, die sie verpflichten, zu Pandemiezeiten verschiedene Aufgaben zu übernehmen. Einerseits ist sie Arbeitgeberin und andererseits muss sie auch die nötigen Vorkehrungen treffen, um die Bevölkerung zu schützen, sie muss aber auch den Kanton und den Bund unterstützen. Eine anspruchsvolle Aufgabe, gerade am Beginn der Pandemie, aber auch über die Dauer der letzten beiden Jahre hinaus. Da möchte ich kurz auch dem Stadtführungsstab, der bis am 1. April dieses Jahres eingesetzt war, danken.

Die Chronologie der Vorsorgemassnahmen der Stadt Winterthur geht bis in das Jahr 2008 zurück, die Bereiche werden im Bericht erwähnt. Da wird auch ersichtlich, dass zu Beginn der Pandemie ein Lagerbestand Schutzmaterial vorhanden war, dass bei gewissem Material das Ablaufdatum teilweise aber schon um mehrere Jahre überschritten war. Sicher waren die verschiedenen Bereiche froh um das Schutzmaterial, auch mit abgelaufenem Datum. Trotzdem wäre es sinnvoll, dass der Notfallbestand aktiv bewirtschaftet und ersetzt würde. Ich gehe da mit dem Stadtrat einig: Eine vorausschauende Ressourcenplanung bildet die Grundvoraussetzung für die Sicherstellung der Leistungserbringung.

Wie der Stadtrat und wie der Stadtführungsstab erleben mussten, funktionieren gewisse Verträge und Abmachungen während einem Ausnahmezustand, wie er zu Beginn der Covid-Pandemie herrschte, nicht mehr. Es braucht also eine städtische Planung, die einen Grundstock an Lagerhaltung beinhaltet, wenn nicht mehr alle nötigen Wege und Systeme zuverlässig laufen.

Die wichtigsten Vorteile und Nachteile der verschiedenen Vorratsvarianten sind ausführlich dargelegt worden. Schlussendlich wurde aber auf eine Entscheidung für die zu wählende Variante verzichtet. Der Stadtrat möchte abwarten, bis definitive Resultate der verschiedenen Ebenen Bund und Kanton vorliegen. Und damit ist laut Stadtratsbeschluss vom 6. April 2022 frühestens Ende 2022 zu rechnen. Es muss aber gemäss Stadtratsbeschluss schon in nächster Zeit auslaufendes Material ersetzt werden.

Was aus dieser Beantwortung klar wird: Eine just-in-time-Lagerhaltung ist zwar die kostengünstigste, aber sicher nicht die ideale Lösung. Es braucht eine angepasste Lagerhaltung hier bei uns in der Stadt. Wie und wo das sein wird, muss abschliessend geklärt werden. Und kostenlos, dessen sind wir uns wohl alle bewusst, ist das nicht zu lösen.

Wir nehmen schlussendlich den Bericht positiv zur Kenntnis. Ich möchte betonen, dass wir den Entscheid betreffend Notfalllager aufmerksam verfolgen werden. Danke.

**S. Casutt (Grüne/AL):** Ich schliesse mich gleich meiner Vorrednerin an. Die Fraktion Grüne/AL stimmt dem Bericht auch positiv zu. Wir begrüssen eine zuverlässige Lagerung und Bereitstellung von Schutzmaterial. Wie wir gesehen haben, ist das ja sehr wichtig. Allerdings wären wir daran interessiert, wie es aussieht mit übergeordneten Vorgaben, sobald diese dann beim Kanton vorliegen.

**B. Huizinga (EVP):** Die EVP dankt der Verwaltung für die interessante und informative Postulatsantwort. Es wird aufgezeigt, dass die Stadt im Pandemiefall zwei Rollen zu erfüllen hat, Bea Helbling hat es schon gesagt, nämlich die Rolle der 3. Staatsebene, welche die Vorgaben von Bund und Kanton, die in dem Moment federführend sind, umzusetzen hat; und andererseits ist die Stadt auch Arbeitgeberin und somit verpflichtet, notfalls eigene Massnahmen zum Schutz ihrer Arbeitnehmenden zu ergreifen. Auf dieser Ebene fungiert die Postulatsforderung. Es soll ein genügend grosses Lager an Schutzmaterialien zentral in der Stadt für Notfälle geführt und unterhalten werden.

Der Stadtrat führt, das sieht man im Bericht sehr gut, eine chronologische Auflistung der Vorsorgemassnahmen seit 2008. Diese zeigt, dass die Anzahl an Schutzmaterialien in genügendem Mass für eben diesen Notfall eigentlich vorhanden gewesen sind. Allerdings war das Ablaufdatum teils mehrere Jahre überschritten. Die saloppe Anmerkung, Labortests hätten im Lager keine bakterielle Verschmutzung der Masken ergeben, greift für mich zu kurz. Masken dürfen nicht durchlässig sein, werden es jedoch mit den Jahren automatisch. Ein poröser Mund-Nasen-Schutz ist zum Zeitpunkt einer Pandemie, in der der Erreger via Aerosole übertragen wird und für den es zudem noch keinen Impfstoff gibt, ein Risiko. Es will ja auch niemand ein durchlässiges Kondom oder ein Medikament, bei dem der Wirkstoff sich bereits zersetzt hat. Ich äussere Skepsis, in Zukunft gleich verfahren zu wollen und eingelagertes Material nicht regelmässig zu kontrollieren und zu ersetzen.

Natürlich entstehen dadurch Kosten, die wir tragen müssen, wenn wir als Stadt der Verpflichtung, Schutzmaterial für die Arbeitnehmenden vorrätig zu haben, nachkommen. Zudem bezweifle ich, dass eine schlichte Empfehlung der kantonalen Gesundheitsdirektion an die

Heime, wie viel Material sie an Lager haben sollten, reicht. Doch das ist nicht unsere Flughöhe und muss anderswo evaluiert werden.

In der Postulatsantwort im Juni 2021 wird darauf hingewiesen, dass die Beschlüsse, welche regeln, wie in Zukunft die Bevorratung vonstatten gehen soll, auf kantonaler und nationaler Ebene ab Ende 2021 erwartet würden. Für uns als EVP-Fraktion wäre es interessant, den aktuellen Stand jetzt im Herbst 2022 zu erfahren.

Wir als EVP nehmen den Bericht zustimmend zur Kenntnis. Die Stadt hat in beiden Rollen, derjenigen der 3. Staatsebene und jene als Arbeitgeberin, erfüllt und mit viel Elan laufend Prozesse angepasst und notwendige Massnahmen beschlossen. Wir sind zuversichtlich, für die nächste Pandemie im Grundsatz gerüstet zu sein.

**G. Gisler (SVP):** Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort.

Die Ausführungen zu den Vor- und Nachteilen der verschiedenen Vorhaltevarianten zeigt auf, dass mit den Vorgaben von oben und der Bewirtschaftung der Vorratshaltung eine Balance angestrebt wird. Da die Zukunft nicht im Voraus bekannt ist, kann selbstredend nur aufgrund der bisherigen Erkenntnisse und Erfahrungen aufgebaut werden.

Zu denken gibt uns v.a. die Situation, dass Verträge mit ausländischen Firmen aufgrund deren nationalem Recht nicht eingehalten werden konnten, beziehungsweise Lieferschwierigkeiten aufgrund Ressourcenmangel die Verträge zu blossem wertlosem Papier verkommen sind. Solche Situationen, wie die vergangenen, zeigen unseres Erachtens auf, dass eine gewisse Eigenständigkeit beziehungsweise Selbstversorgung vermehrt priorisiert werden muss. Insofern nehmen wir die Antwort des Stadtrates zufriedenstellend zur Kenntnis. Besten Dank.

**S. Kocher (GLP):** Der Bericht datiert auf das Datum Juni 2021. Er beleuchtet gut die damalige Einschätzung zum Thema Pandemieplanung. Wo die Stadt Winterthur und die einzelnen Institutionen damals gestanden sind und wie die damalige Einschätzung zum Thema Sensibilisierung über Schutzmassnahmen in der Bevölkerung ausgesehen hat.

Er fasst auch nochmals gut zusammen, wo am Anfang der Pandemie die Schwierigkeiten gelegen sind. Beschaffung und Logistik sind damals die grossen Herausforderungen gewesen. In der Zwischenzeit sind alle im Thema Pandemie an Erfahrung weiter fortgeschritten und die Ausgangslage ist anders. Nicht mehr ganz alles würde heute eventuell bei den gleichen Fragen gleich eingeschätzt werden müssen. So glauben wir, dass zum Beispiel die Bevölkerung offener ist, was das Thema Selbstschutz betrifft, als es in diesem Bericht noch die Einschätzung des Stadtrats war.

Interessant ist auch zu lesen, dass das Thema Pandemieplanung schon lange geregelt ist. Noch interessanter ist es aber zu lesen, dass trotzdem die Pandemieplanung nicht störungsfrei funktionierte und die Stadt Winterthur nur abgelaufene Masken an Lager gehabt hat. Zwar haltet der Bericht fest, dass die Masken trotzdem nicht wirkungslos gewesen sind, aber trotzdem nicht den vollen Schutz gewährleistet haben. Heute ist man in dem Thema, so liest man im Bericht, weiter und der Bericht zeigt gut auf, was man auf Seite Stadtrat macht, dass diese Situation nicht mehr passiert. Dass das in diesem Bericht so transparent festgehalten worden ist, werten wir durchaus als positives Zeichen.

Kritischer sind wir bei der Risikoanalyse. Diese zeigt zwar die Vor- und Nachteile von einem eigenen Lager auf, aber was jetzt der richtige, aktuelle und zukünftige Weg der Stadt Winterthur genau ist, bleibt nicht vollständig beantwortet, weil - wie schon festgestellt - zuerst Bund und Kanton reagieren müssen. Der Stadtrat hält im Bericht fest, dass er Ende 2021 dazu Antworten haben wird. Auch wir finden, dass der Stadtrat das ja heute noch ergänzen kann.

Die GLP nimmt den Bericht positiv zur Kenntnis, dankt allen, die daran gearbeitet haben, und wir stimmen der Abschreibung zu.

**U. Bänziger (FDP):** Besten Dank an den Stadtrat für die Beantwortung des Postulats, welche die FDP-Fraktion zustimmend zur Kenntnis nimmt.

Wie wir es auch schon gehört haben: Im Nachhinein ist man natürlich immer schlauer, aber man muss schon schmunzeln, wenn man da liest, dass der Stadtführungsstab am 28. Februar 2020 Kenntnis davon genommen hat, dass das Inventar unter anderem 800'000 Hygienemasken mit Ablaufdatum 2014 aufwies.

Aber wie der Stadtrat schreibt, werden wichtige Ressourcen in der Krise knapp und können nicht ausreichend beschafft werden. Entsprechend sind wir überzeugt und zuversichtlich, dass die Stadt für die Zukunft weiterhin gut vorsorgen wird, damit wir bei der nächsten Krise auch das Ablaufdatum im Griff haben.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

**A. Geering (Die Mitte/EDU):** Auch die Mitte/EDU-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht zum vorliegenden Postulat und nimmt ihn zustimmend zur Kenntnis. Im Bericht verweist der Stadtrat, wir haben es schon gehört, auf die Diskussionen betreffend der Ausgestaltung von künftigen Pandemielagern und der Diskussion auf den drei Staatsebenen Bund, Kanton und Stadt. Und da möchte ich eigentlich auf meine Vorrednerinnen und Vorredner verweisen, die das schon ausgeführt habe: Auch wir erwarten – die übergeordneten Vorgaben von Bund und Kanton wurden auf Ende 2021 in Aussicht gestellt – das wir das informiert werden, was denn da vorgesehen ist, wenn man da die entsprechenden Antworten hat.

Obwohl wir es zustimmend zur Kenntnis nehmen, sind wir allerdings nicht ganz zufrieden. Der Stadtrat hält zwar fest, dass die Stadt weiterhin eigene Vorgaben zu Mindestkontingenten machen wird, bis Vorgaben von Bund und Kanton vorliegen. Wie diese Mindestkontingente allerdings ausfallen und wie sie bewirtschaftet werden, zeigt der Stadtrat nicht auf. Genau dies wurde aber im Postulat verlangt. Es reicht nicht, auf die Vorgaben von Bund und Kanton zu warten. Wir möchten, dass der Stadtrat sich vorbereitet und auch aufzeigt, wie er das macht. Und das hätten wir eigentlich mit dem Postulatsbericht bereits erwartet.

Danke für die Kenntnisnahme.

**Stadträtin K. Cometta:** Vorab: Ich finde es grundsätzlich ja sehr erfreulich, dass man über Corona spricht und quasi Einstimmigkeit herrscht. Das Postulat wurde von allen miteingereicht und auch jetzt zeigt diese Diskussion, wir sind alle einig, dass es auch Aufgabe ist, unsere Bevölkerung und – Bea Helbling hat es gesagt, die Stadt hat ja verschiedene Rollen – auch in unserer Rolle als Arbeitgeberin gerecht werden und unsere Arbeitnehmenden schützen können.

Und auch das wurde gesagt: Es war nicht einfach und es ist leider immer noch nicht einfach. Ich habe ganz viel Verständnis für die Erwartung, dass ich jetzt sagen kann, was die übergeordneten Stufen entschieden haben. Ich muss leider noch ein bisschen enttäuschen. Es ist so, in der Schweiz teilen sich Bund und Kantone die Hauptverantwortung für die Pandemiebekämpfung. Und man ist aber immer noch intensiv auf allen Staatsebenen daran, die Diskussionen über die zukünftige Ausgestaltung von Pandemielagern zu führen. Gerade auch auf Ebene Kanton, wo es ja darum geht, welche Rolle hat zum Beispiel die Kantonsapotheke. Da sind wir wirklich involviert. Ich habe auch extra nochmals nachgefragt, vorletzte Woche, bevor es definitiv auf der Traktandenliste war, und ich kann leider keinen Termin sagen, wann das abgeschlossen ist. Es ist wie klar: Dem Stadtrat ist es ein grosses Anliegen, dass wir unsere Verantwortung als Leistungsauftraggeber und als Arbeitgeber auch wahrnehmen können. Deshalb haben wir letztes Jahr nochmals 80'000 FFP2-Masken und 200'000 Hygienemasken bestellt. Und wir wollen da aber jetzt einfach mal die übergeordneten Vorgaben selbstverständlich umsetzen, wenn sie kommen. Im Moment aber, es tut mir wahnsinnig leid, kann ich Euch noch nichts Genaueres sagen.

Aber es ist sicher klar, dass das ein Thema ist, an dem wir dran sind, dass wir schauen, dass wir unsere Verantwortung wahrnehmen können. Und ich hoffe, dass diese Diskussionen auf diesen föderalen Ebenen irgendwie mal zielführend zu Boden gebracht werden können. Und da werden wir unseren Beitrag leisten.

**Parlamentspräsident R. Diener:** Danke, Katrin Cometta.

Damit ist dieses Postulat ohne einen Antrag zu Ziffer 1 und auch ohne Antrag zu Ziffer 2 zustimmend zur Kenntnis genommen und abgeschrieben.

## 12. Traktandum

### **Parl.-Nr. 2020.74: Antrag und Bericht zum Postulat I. Kuster (CVP), R. Keller (SP), A. Rellstab-Schneider (FDP) und A. Steiner (GLP) betr. Wochenmärkte – Coronavorteile übernehmen**

---

**Parlamentspräsident R. Diener:** Antrag und Bericht zum Postulat betreffend Wochenmärkte – Coronavorteile übernehmen. Das Wort hat die Erstpostulantin Iris Kuster.

**I. Kuster (Die Mitte/EDU):** Wir von der Mitte/EDU-Fraktion danken dem Stadtrat für den Bericht und auch für die Erweiterung des Perimeters des Wochenmarktes. Es ist jetzt so an Markttagen, überall - aber insbesondere im oberen Teil der Steinberggasse, in der Nähe der Obergasse - ein viel besseres Durchkommen. Eltern mit Kindern im Veloanhänger, Marktbesucher, die auf- und abwärts gehen, kommen so viel besser aneinander vorbei. Und erst recht, wenn die Gartenrestaurants geöffnet sind.

Wir sind uns auch bewusst, dass nicht alle glücklich darüber sind. Sei es über die längeren Fusswege oder sei es, weil der Marktstand unglücklich beziehungsweise abseits positioniert worden ist und das zu starken Einnahmeneinbussen geführt hat. Da würde ich mir wünschen, dass die zuteilende Stelle nach neuen, kreativen Lösungen sucht. Wieso nicht alle Blumen und Pflanzen zusammennehmen und Gemüsestände und die anderen? Oder wieso nicht einmal im Jahr rotieren? Oder sogar die gut rentierenden Standorte verlosen, versteigern oder nach Wohnort verteilen? Vielleicht wären so auch Marktbetreiber mit ihren Ständen, die durch die Umstellungen verloren gingen (dazu gehört leider auch einer von meinen gern besuchten Ständen) wieder zurückzugewinnen.

Ich bin mir dessen bewusst, dass die Verteilung der Marktstände keine leichte Aufgabe ist. Aber ich bin überzeugt davon, es ist eine spannende Herausforderung, da mit allen eine Lösung zu finden, die für alle zufriedenstellend ist.

Ich schätze den Winterthurer Wochenmarkt sehr und ich möchte ihn und frische, vielfältige Angebote nicht missen.

Die Mitte/EDU-Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrats positiv und dankend entgegen.

**R. Keller (SP):** Wir danken dem Stadtrat für seine Antwort und die Abklärungen, die er für die Beantwortung des Postulats gemacht hat. Aus meiner Sicht war es natürlich sehr wichtig, dass die Marktfahrerinnen und Marktfahrer befragt wurden und offenbar die Mehrheit die Vergrößerung des Marktperimeters begrüsst hat.

Auch ich bin passionierte Marktgängerin und nehme auch wahr, dass die ganze Situation weniger gedrängt ist, vor allem im Sommer, wenn es ganz viele Leute hat, und dass sich die Gastronomie und die Marktbesucherinnen und -besucher weniger in den Weg kommen.

Dass saisonal der Perimeter angepasst werden soll in Zukunft, scheint mir eine sehr pragmatische und gute Lösung, die sicher auch den Anbietenden entgegenkommt.

Kurz und gut: Wir nehmen die Antwort natürlich zustimmend zur Kenntnis, danken für die Ausarbeitung des Vorschlags und sind überzeugt, dass die Marktbesucherinnen und Marktbesucher die etwas entspanntere Marktsituation und das Markterlebnis weiterhin schätzen werden. Danke.

**J. Fehr (FDP):** Mehr Freiräume für den Markt – da schlägt natürlich das Herz jedes echten Liberalen ein bisschen höher. Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Stellungnahme.

Besonders bemerken möchten wir die Zusammenarbeit mit den betroffenen Anspruchsgruppen wie Marktfahrer, Interessevereinigungen in der Altstadt und Gastronomen – es zeigt sich, dass zusammen gute Lösungen erarbeitet werden können.

Die FDP-Fraktion bedankt sich bei allen Beteiligten und wünscht ebenfalls allen Winterthurerinnen und Winterthurer ein entspanntes und genussvolles Markterlebnis.

Das Postulat nehmen wir im positiven Sinn zur Kenntnis.

**A. Steiner (GLP):** Auch wir von den Grünliberalen bedanken uns für die Antwort des Stadtrates. Wir begrüssen die flächenmässige Ausweitung des Wochenmarktes, aber selbstverständlich, es wurde mehrmals angetönt, ist es eine Gratwanderung. Man muss jetzt ein bisschen weiter gehen, dafür hat man ein bisschen mehr Luft.

Und es hat klar einige Marktbetreibende, die nicht zufrieden sind – zu Recht – weil sie grosse Einbussen haben. Gerade beim Garnmarkt hintendran, diese Stände leiden. Und auch wir würden es schön finden, wenn man für diese eine Lösung finden könnte, dass sie nicht ganz so abgelegen in einer Sackgasse sind.

Wichtig ist den Grünliberalen ganz grundsätzlich das Angebot des Marktes. Und deshalb haben wir es auch sehr begrüsst, dass man einen Samstagsmarkt im Obertor eröffnet hat. Auch dieser hat aus unserer Sicht Ausbaupotenzial, insbesondere wenn dann die Polizei draussen ist, dann ist dort noch mehr möglich.

In dem Sinne bedanken wir uns für die Antwort und schreiben das Postulat auch ab.

**B. Huizinga (EVP):** Die EVP dankt dem Stadtrat für die Antwort zum Postulat und nimmt sie positiv zur Kenntnis. Wir haben den Vorstoss dazumal aus folgenden zwei Gründen nicht mit eingereicht:

1. sahen wir durch die Forderung nach permanenter Ausweitung auf den Kirchplatz einen Standortnachteil für die Markttreibenden an diesem Standort, denn der Kirchplatz weist ja deutlich weniger Laufkundschaft aus als der jetzt vom Stadtrat moderat erweiterte Perimeter Richtung Neumarkt.

2. haben wir moniert (so wie wir es dazumal subjektiv empfunden haben), dass eine Zunahme stattgefunden hat vom Verkauf von transkontinentalen Produkten, wie zum Beispiel afrikanische Kartoffeln oder tropische Früchten. Nach mehreren Selbstversuchen, eigenen Marktbesuchen und auch durch Gespräche mit Bekannten, die wöchentlich vor Ort einkaufen, kommen wir als Fraktion zu folgendem Schluss: Die Produkte, die jetzt verkauft werden, sind grossmehrheitlich einheimische, landwirtschaftliche Frischprodukte und dienen somit direkt der Versorgung der Bevölkerung.

Der erwähnte Vorteil von noch mehr Standorten durch mehr Nähe an die Gastronomie und somit der Möglichkeit eines umfassenden Markterlebnisses ist klar spürbar und scheint geschätzt respektive genutzt zu werden. Die Zugänge zu den Ständen sind gut sichtbar ausgeschildert und es entsteht kein Gedränge beim Anstehen. Mehr Raum für die Standbetreiber, aber auch mehr Raum, um die Ware in aller Naturpracht zu bewundern. Wem das immer noch zu «gwuselig» ist, der kann sich jetzt doch wieder auf den Kirchplatz für einen Schwatz oder einen kontemplativen Moment zurückziehen.

**K. Frei Glowatz (Grüne/AL):** Ich kann es ganz kurz machen: Wir haben nicht miteingereicht, nehmen aber die Stadtratsantwort zustimmend zur Kenntnis. Wir glauben, abgesehen von ganz wenigen Einbussen, die jetzt schon erwähnt wurden, ist es eine echte win-win- oder Winti-Lösung.

**Stadträtin K. Cometta:** Eigentlich hätte ich sogar noch einen Text vorbereitet gehabt, aber Ihr habt alles gesagt. Ihr habt gewürdigt, dass es eine moderate Erweiterung ist und nicht möglichst gross, denn es ist natürlich eine Gratwanderung der Distanz. Aber gleichzeitig haben wir es so geschafft, mehr Flexibilität zu haben, auch mehr Platz für die Gastronomie, dass gerade, wenn es noch eine Baustelle gibt oder eine Veranstaltung, dass man dann noch Ausweichfläche hat, auch wenn die Gastronomie sehr zurückfahren muss.

Und selbstverständlich, Iris und Annetta, es gibt Marktfahrende, die nicht nur zufrieden sind. Ich glaube, es gibt nie eine Lösung, mit der alle zufrieden sind. Dort ist mir einfach wichtig, dass man in diesem ganzen Prozess – das hat Jan Fehr gesagt - von Anfang an alle Player (also Marktfahrende, City Vereinigung, IG Steinberggasse, Junge Altstadt etc.) einbezogen hat und dass man auch jetzt seitens Verwaltungspolizei in einem regelmässigen Austausch ist mit den Marktfahrenden. Da finden wirklich wöchentlich solche Gespräche statt, bei denen man nach Lösungen suchen kann, damit es für alle passt.

Grundsätzlich probiert man, Marktfahrende, die regelmässig kommen, auch ein bisschen zu bevorzugen, in einem moderaten Rahmen, so dass diejenigen, die oft da sind, auch attraktivere Plätze haben.

Und ich glaube, alles in allem konnte man – und das war ja eines der Ziele - den Charakter des Wochenmarktes bewahren. Also nicht, dass man mit einer riesigen Produktpalette von sonst wo anfängt, sondern dass man wirklich den Markt mit seinem Charakter so bewahren kann, dass man mehr Platz hat, weniger Gedränge hat, aber trotzdem der Markt noch so ist, wie wir ihn gerne haben. Und in dem Sinne freut es mich sehr, dass das so auf Zustimmung gestossen ist.

**Parlamentspräsident R. Diener:** Danke der Stadträtin für dieses Votum.

Ich habe keinen Antrag gehört zu den beiden Antragsziffern, damit haben Sie die Antwort zum Postulat zustimmend zur Kenntnis genommen und das Postulat ist erledigt und abgeschlossen.

### 13. Traktandum

#### **Parl.-Nr. 2019.134: Beantwortung der Interpellation M. Reinhard (SVP) betr. Velokontrollen und Verkehrsregeln in der Stadt Winterthur**

---

**Parlamentspräsident R. Diener:** Beantwortung der Interpellation betreffend Velokontrollen und Verkehrsregeln in der Stadt Winterthur. Markus Reinhard war der Interpellant, Walter Isler übernimmt für ihn und hat jetzt das Wort.

**W. Isler (SVP):** Es geht um das Velo, Verkehrskontrollen und so. Und da ich ja wirklich ein ausschliesslicher Velofahrer bin, kann ich da schon etwas sagen...

Zuallererst vielen Dank - es ist eines meiner ersten Geschäfte – für die sehr ausführliche Beantwortung aller Fragen. Da kann ich im Namen unserer Fraktion ein riesiges Dankeschön aussprechen.

Und jetzt kommt eben das, was ich noch dazu sagen möchte.

Die Interpellation ist aus dem Dezember 2019, also schon länger her, aber halt auch wieder aktuell. Es wird wieder dunkel, es wird wieder Velofahrer haben, die halt hinten und vorne kein Licht haben. Und deshalb ist es mir eben schon auch ein Anliegen und da fühle ich mich auch betroffen. Ich muss auch vielem zustimmen, dass wir uns da in vielem nicht unbedingt mit Ruhm bekleckern, ab und zu auf der Strasse – und da gehöre ich halt auch dazu. Und deshalb habe ich jetzt eigentlich, um es kurz zu machen, einen Appell an Euch, vor allem wegen meiner Herzensangelegenheit – ich bin noch Leiter von 8 – 10jährigen kleinen Bikerinnen und Bikern: Wir hier drinnen, das möchte ich Euch ans Herz legen, sind Vorbilder! Macht nicht alles, was Gott verboten hat anderswo falsch, denn es geht doch um die Sicherheit unserer Jüngsten und Schwächsten im Strassenverkehr. Danke vielmals.

**A. Geering (Die Mitte/EDU):** Die Mitte/EDU-Fraktion dankt für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Wir teilen die Meinung, dass das Velo ein wichtiges Nahverkehrsmittel ist. Velofahrende leisten einen wichtigen Teil zur Lösung der verkehrlichen Herausforderungen von Winterthur und generell von unserer Gesellschaft. Gleichzeitig ist es uns ein Anliegen,

dass die Verkehrsregeln von allen Verkehrsteilnehmenden, also auch von den Velofahrenden, eingehalten werden. Das Büssen von Velofahrenden ist schwierig, da die Fahrzeuge in der Regel (ausser die ganz schnellen E-Bikes) keine Kennnummern haben. Und somit ist eine Verfolgung bei Gesetzesübertretungen auch schwierig.

Für ein gelingendes Miteinander in der Stadt ist es trotzdem wichtig, dass sich auch die Velofahrenden an die Verkehrsregeln halten. Nach diesen grundsätzlichen Ausführungen gehe ich auf zwei Aspekte der Beantwortung ein.

Zur Antwort 3: Das bei E-Bikes Geschwindigkeitsüberschreitungen nicht geahndet werden (oder damals, vor langer Zeit, nicht geahndet wurden), weil diese nicht zwingend über einen Tacho verfügen müssen, fanden wir stossend. Die meisten E-Bikes waren doch auch schon damals meistens beim Kauf mit einem Tacho ausgerüstet. Zudem lernte ich schon als kleiner Junge, dass Nichtwissen nicht vor Strafe schützt. Dies gilt in den meisten anderen Lebensbereichen. Natürlich würde das Einfordern der Einhaltung der Geschwindigkeitslimiten für die schnellen E-Bikes und Velos generell auch die Unfallgefahr verringern. Und wir haben ja auch gelernt, dass jetzt neu vom Bund für die schnellen E-Bikes eine Tacho-Pflicht verordnet ist. Und wir hoffen, dass die Stadtpolizei dann diese Praxis anpassen kann.

Zur Antwort 5: Als Fussgänger fühle ich mich immer wieder bedroht durch Velos, welche mich mit ungenügendem seitlichem Abstand in der Fussgängerzone oder auf Trottoirs überholen. Insofern war die Sensibilisierungskampagne «SlowTown Winterthur», die vor langer Zeit durchgeführt wurde und referenziert ist in der Antwort, zu begrüessen. Und wir hoffen auf eine Weiterführung zum passenden Zeitpunkt.

Dass vermehrt auch in der Marktgasse und im Untertor Velofahrende anzutreffen sind – auf dem Velo fahrend - kann übrigens ebenfalls einmal in den Fokus genommen werden, ebenso wie die vorhandenen Einbahnregelungen in der Altstadt, welche von vielen Velofahrenden missachtet werden. Da danken wir auch in diesem Zusammenhang der Stadtpolizei für ihr Engagement für einen sicheren Verkehr, auch für die Fussgänger. Danke.

**A. Büeler (Grüne/AL):** Geschätzte Velofahrer-, Autofahrer- und Fussgänger:innen. Selbstverständlich ist auch uns die Verkehrssicherheit von allen Verkehrsteilnehmenden ein grosses Anliegen. Bezüglich Verkehrsregeln einhalten der Velofahrenden kann ich mich weitgehend meinen Vorrednern anschliessen. Wir bezweifeln aber schon, dass die Interpellation wirklich auf die Verkehrssicherheit abgezielt hat, dafür ging es ein bisschen zu sehr um das Velofahrenden-Bashing. Weil Massnahmen zur Verkehrssicherheit sollten schon dort ansetzen, wo sie am meisten bewirken:

1. Beim Hauptverursacher: Gemäss Statistik der Verkehrsunfälle im Kanton Zürich werden auch in Winterthur mit klarem Abstand am meisten und überproportional viele Unfälle durch Autofahrer verursacht.

2. Unter Berücksichtigung der Unfallfolgen: Die Folgen sind bei von Autofahrern verursachten Unfällen im Mittel viel schwerwiegender als bei von Velofahrern verursachten Unfällen. Diese Unfallfolgen werden überproportional von den Fussgängern und Zweiradfahrer getragen. Zudem sollten die Fremd- beziehungsweise Eigengefährdung mitberücksichtigt werden: Der motorisierte Verkehr gefährdet bei nicht regelkonformem Fahren andere, umgekehrt gefährden Velofahrer in erster Linie sich selbst.

Wir unterstützen darum zur Erhöhung der Verkehrssicherheit Massnahmen, welche diese Fakten berücksichtigen. Das bedeutet sicherere Verkehrsinfrastruktur, insbesondere für die besonders gefährdeten Velos und Fussgänger. Dies entspricht auch dem Wunsch der Bevölkerung, wie das folgende Zitat aus der Sicherheitsbefragung vom Januar 2022 beweist:

«Als eine der relevantesten Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit in Winterthur nannte eine Mehrheit der Befragten mehr Schutz von Velofahrerinnen und Velofahrer im Strassenverkehr.»

In dem Sinn bedanken wir von der Fraktion Grüne/AL uns für die ausführliche Antwort des Stadtrates zur Interpellation.

**Ch. Maier (FDP):** Danke vielmals für die schnelle Interpellationsantwort. Dass wir jetzt zwei Jahre warten mussten auf die Behandlung, das ist etwas unschön und sorgt dafür, dass einige Antworten aus der Antwort ein bisschen aus der Zeit gefallen sind.

Was ist passiert seit der Beantwortung? Der Bestand an E-Bikes hat zugenommen und nimmt weiter rasant zu. Gemäss der nationalen Unfallstatistik des ASTRA haben E-Bikes den höchsten 5-Jahres-Wachstumstrend bei den Todesfällen und Schwerverletzten, während alle anderen Verkehrsteilnehmer konstant rückläufig sind.

Am 31. Mai 2021 hat die Stadt das Zielbild Temporegime kommuniziert, also die 30er-Zonen nehmen zu. Und schnelle E-Bikes, die 45 km/h fahren, sind ja jetzt auch fähig, um in einer 30er-Zone substanzielle Geschwindigkeitsüberschreitungen zu produzieren. Ich habe mir im Bussenkatalog kurz angeschaut, was das denn bedeuten würde, wenn wir sie gleich messen würden wie ein Auto: Bei 1 – 5 km/h sind das 40 Franken, bei 6 – 10 km/h sind es 120 Franken. Bei 11 – 15 km/h 250 Franken. Und darüber (ein E-Bike, das 45 km/h läuft, das läuft auch 46 km/h), also bei 16 km/h zu schnell, gibt es eine Anzeige.

Ab 1. April 2024 gilt die Tacho-Pflicht beim E-Bike. Und wie das mein Vorredner schon gesagt hat, faktisch hat ohnehin der Grossteil der E-Bikes heute schon einen Tacho. Und heisst das, wenn ich keinen Tacho habe am E-Bike, dann darf ich in der 30er-Zone 45 km/h fahren? Eigentlich nicht, macht irgendwo keinen Sinn.

Bemerkenswert sind deshalb vor diesem Hintergrund zwei Aussagen aus dieser Antwort, und die möchte ich gerne zitieren: «Allgemein sind sich alle Fachleute einig, dass die Beeinflussung des Verkehrsverhaltens der E-Bike-Lenkenden von zentraler Bedeutung für die Erhöhung der allgemeinen Verkehrssicherheit und der Senkung der Unfallzahl ist.» und «Ebenso einig ist man sich in Expertenkreisen darüber, dass das klassische repressive Mittel Geschwindigkeitskontrollen nicht geeignet ist, um aktiv auf die Verkehrssicherheit Einfluss zu nehmen.»

Das finde ich ziemlich bemerkenswert. Ich erlaube mir bei anderer Gelegenheit, vielleicht bei einem anderen Verkehrsträger, dieses Zitat wieder zu bringen.

Für uns kommt der Verdacht auf, es wird dort kontrolliert, wo es politisch gewollt ist, wo es einfach ist, wo man grosse Rechnungen ausstellen kann.

Als FDP wollen wir keinen Kontrollstaat aufbauen. Aber es ist wichtig, dass der Staat alle Bürger – ob sie jetzt mit dem Velo unterwegs sind, mit dem Auto, mit dem Töff oder was auch immer – gleichbehandelt. Besten Dank.

**A. Steiner (GLP):** Die Antwort ist tatsächlich schon älter und es wurde auch schon darauf hingewiesen, es ist saisonal nicht weniger aktuell als Thematik.

Die GLP nimmt die Stadtratsantwort positiv zur Kenntnis. Auch die neuesten Statistiken weisen immer noch viele Velounfälle aus. Und es wurde gesagt, jetzt auch von Christian Maier, insbesondere die schnellen E-Bikes nehmen zu. Nicht nur das, wir haben noch neue zusätzliche Verkehrsträger wie Trottinets oder die wunderschönen E-Töffs, die da unterwegs sind – notabene auf dem Trottoir. Da kann man sich auch fragen, ob die am richtigen Ort sind. Bei den schnellen E-Bikes wird sich in Zukunft ganz sicher die Frage stellen, wo diese innerstädtisch fahren sollen. Es ist darauf hingewiesen worden: Wir wollen zunehmend Tempo 30. Auf der Veloschnellroute – auch wenn sie immer noch «schnell» heissen – gehören sie nicht mehr dahin, sondern die gehören dann eben auf die Strasse, wo auch die Autofahrenden sind.

Die Velofahrenden ohne Licht, da möchte ich Walter beipflichten, das ist einfach fahrlässig. Das ist insbesondere Selbstgefährdung, aber es ist auch für andere Verkehrsteilnehmende schlecht. Das soll man kontrollieren, selbstverständlich, dort, wo es möglich ist.

In Bezug darauf, wo Kontrollen machen und wo nicht: Ich glaube, dort müssen wir im Auge behalten, was eben effektiv das Gefahrenpotenzial ist. Das hat Andi vorhin bereits ausführlich dargelegt. Die schnellen E-Bikes betrachte ich durchaus als gewisses Gefahrenpotenzial, auch für andere Verkehrsteilnehmende, nicht nur für sich selbst. Wobei die meisten Unfälle mit E-Bikes Selbstunfälle sind und dort zu schweren Verletzungen oder im schlimmsten Fall sogar zu Todesfällen führen können.

Je massiger ein Fahrzeug ist, je schneller man damit unterwegs ist, desto gefährlicher ist es. Und entsprechend sind wir der Meinung, sollen auch die Kontrollen ausgerichtet werden, so dass dort, wo das grösste Gefahrenpotenzial ist, auch am meisten dagegen gemacht wird. An dieser Stelle nochmals danke für die Antwort und wir sind gespannt auf Ergänzungen nach diesen zwei Jahren.

**B. Helbling (SP):** Auch wir danken für die Beantwortung der vorliegenden Interpellation. Und ich muss doch sagen: Ich glaube, es ist jetzt rekordmässig das 11. Mal traktandiert. Und es ist zwei Jahre her, wir haben es schon gehört.

Ich kann auf einen einzigen Satz reduzieren, was aus dieser Interpellation zu Lesen ist: Wichtig ist eines, und das ist, dass alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer gegenseitig Rücksicht nehmen.

Ich danke dafür, dass für die Velofahrenden auf gezielte Präventionsmassnahmen, auf Kampagnen und Schulungen gesetzt wird. Und ich finde vor allem auch die Verkehrsinstruktion der Stapo da sehr wichtig.

Ich gehe mit Euch einig: Es ist wichtig und richtig, dass auch die stark steigende Zahl der E-Bike-Fahrerinnen und -Fahrern im Blick behalten wird.

Und für uns Velofahrende möchte ich sagen: Es braucht gut ausgebaute, sichere Velowege. Das hilft uns und das hilft auch den anderen Verkehrsteilnehmenden.

**A. Geering (Die Mitte/EDU):** Es passt eigentlich eher als persönliche Erklärung, nach dem Geschäft. Ich habe zu früh aufgestreckt. Aber weil ich jetzt schon spreche und stehe, sage ich es trotzdem.

Es haben verschiedene Rednerinnen und Redner gesagt, wie lange sie jetzt auf die Behandlung dieser Beantwortung gewartet haben. Ja, geschätzte Damen und Herren, daran ist dann nicht der Stadtrat schuld. Ich hoffe, Ihr habt es auch nicht dorthin adressiert. Daran ist auch nicht zwingend der Präsident schuld, das haben schon andere Präsidentinnen und Präsidenten traktandiert, sondern das ist vor allem unserer Rats- respektive Parlamentseffizienz geschuldet, die wir mit vielen oder wenigen, langen oder kurzen Voten bremsen oder nicht.

Ich bremse sie jetzt auch gerade, ich bin mir dessen bewusst, aber ich bin einer, der sich auch schon für eine Redezeitbeschränkung ausgesprochen hat und überstimmt wurde. Also wenn Ihr die lange Traktandierung, bis ein Geschäft kommt, moniert, dann macht Euch doch auch wieder mal diesbezüglich Gedanken.

Vielen Dank. Ich würde mich freuen, wenn es irgendwann so wäre.

**Stadträtin K. Cometta:** Danke vielmals. Ich kann gleich da anschliessen. Ich kann natürlich jetzt die Antwort des Stadtrats in einer anderen Zusammensetzung übernehmen, aber das heisst nicht, dass ich dem nicht beipflichten würde.

Selbstverständlich ist die Verkehrssicherheit ein wichtiges Thema für die Stadt Winterthur. Und wir betrachten auch mit grosser Sorge, dass die Unfälle von Velos und E-Bikes zugenommen haben. 2014 bis 2020 haben sie um 50% zugenommen, von 128 Unfällen auf 192. Letztes Jahr hatten wir eine kleine Erleichterung, die E-Bike-Unfälle haben letztes Jahr um 25% abgenommen. Man weiss jetzt nicht, ob das ein statistischer Ausreisser ist oder ein erster Schritt auf einen erfreulichen Trend.

Ich glaube, wir haben tatsächlich noch Handlungsbedarf in punkto Verkehrssicherheit. Und deshalb hat das Sicherheitskonzept, das der Stadtrat kürzlich verabschiedet hat, ein strategisches Ziel, «Nummer 2: Verkehrsunfälle mit Personenschäden reduzieren». Und es ist auch klar, dass es dort ganz vielschichtige Massnahmen braucht, sei es Repression (da komme ich noch dazu), seien es aber auch Präventionskampagnen, seien es Unfallschwerpunkte reduzieren, Verkehr beruhigen, auch Entflechtung der verschiedenen Verkehrsteilnehmenden. Die Interpellation zielt primär auf die repressiven Massnahmen. Und das wird gemacht. Also die Einhaltung von Verkehrsregeln gilt selbstverständlich auch für Velofahrerinnen und Velofahrer, auch wenn das vielleicht nicht jeder Einzelne so sieht. Aber das ist mir sehr wichtig. Und das macht die Polizei auf ihrer täglichen Patrouillenarbeit, aber auch bei speziellen Kontrollen, welche die Bike-Polizei durchführt, wo man überhöhte Geschwindigkeit ahndet, aber

auch das Thema Licht, das Walter Isler gebracht hat. Das kommt jetzt dann, Tag des Lichts ist am 3. November, da wird man sicher auch wieder vor Ort sein. Denn es ist ganz wichtig: Die Velofahrerinnen und Velofahrer gefährden nicht nur sich selbst, sie gefährden auch andere Verkehrsteilnehmenden, und gerade bei E-Bikes ist natürlich die Geschwindigkeit auch ein grosses Thema. Annetta hat das gesagt: Man beschleunigt schneller, man fährt schneller und man bremst vor allem viel länger, weil die Fahrzeuge doch ein erhebliches Gewicht aufweisen.

Ich finde, Christian Maier, zur Repression: Ich würde den Satz so formulieren, dass Experten sich einig sind, dass alleine mit repressiven Massnahmen die Verkehrssicherheit nicht massgeblich erhöht werden kann. Für mich ist klar: Repression gehört dazu, aber auch sehr wichtig ist die Prävention. Bea Helbling hat es gesagt, das ist zum Beispiel die Verkehrsinstruktion, es sind die Kampagnen wie «SlowTown Winterthur», «E-Bike im Griff», «Augen auf und Tempo runter». Da beteiligt sich die Stadtpolizei auch an übergeordneten Aktionen in diesem Thema, in diesem Bereich. Man arbeitet auch zusammen mit vielen anderen Playern, sei es TCS, VCS, Fussverkehr Schweiz oder ProVelo. Und das ist mir ganz wichtig.

Und auch, dass man die Infrastruktur angemessen ausgestaltet, dass man die Unfallschwerpunkte reduziert, dass man sichere Veloverbindungen schafft, Veloschnellrouten oder wie auch immer sie dann heissen. Aber auch sonst ganz generell sichere Verkehrsrouten.

Und es ist nicht nur ein Winterthurer Thema, auch das wurde angesprochen. Auch der Bundesrat hat gehandelt, es kommt die Tacho-Pflicht, es kommt die Licht- und Helmtragepflicht für E-Bikes.

Wir sind dran, mit Repression, und ich möchte gerne schliessen mit dem Votum von Walter Isler: Wichtig ist mir auch, dass wir selbst als Vorbilder unterwegs sind, dass wir das Licht einschalten, dass wir gegenseitig Rücksicht nehmen, egal, auf was für einem Gefährt wir sitzen. Oder sogar die Fussgängerinnen und Fussgänger, die ohne zu schauen über die Strasse laufen, die gefallen mir auch nicht so. Ich finde, es ist das A und O, dass wir uns mit Menschenverstand bewegen im Strassenraum. Und ich hoffe, dass die Zahlen vom letzten Jahr tatsächlich ein erster Schritt waren zu einem besseren Trend.

**Parlamentspräsident R. Diener:** Danke, Katrin, für dieses Votum.

Damit ist diese Interpellation 19.134 auch abgeschrieben.

Und an Dich, Andreas, wir wissen natürlich nicht, wenn Du aufstreckst, ob Du nochmals zum Geschäft sprechen möchtest oder ob es eine persönliche Erklärung ist. Wir müssen das so handhaben, denn wir können es nicht unterscheiden, wir haben keine elektronischen Möglichkeiten... Ich bitte also darauf zu warten, bis das Geschäft fertig ist, und sich erst dann für eine persönliche Erklärung zu melden.

Aber Andreas, es ist nicht als Kritik zu verstehen, überhaupt nicht. Ich stehe auch zu dem, was Du gesagt hast. Und ich glaube, wir sind auch unterwegs dazu.

Ich möchte das positiv zwischendurch erwähnen, dass sich die Wortmeldungen in der Länge im Grossen und Ganzen gut angelassen haben und wir nicht massive Überschreitungen haben, auch wenn wir es jetzt nicht gemessen haben.

## 14. Traktandum

**Parl.-Nr. 2019.139: Beantwortung der Interpellation G. Gisler (SVP), S. Müller (EVP), A. Zuraikat (CVP) und Y. Gruber (FDP) betr. Videoüberwachungssystem für das Schulhaus Gutschick**

---

**Parlamentspräsident R. Diener:** Beantwortung der Interpellation betreffend Videoüberwachungssystem für das Schulhaus Gutschick. Das Wort hat Gaby Gisler als Erstinterpellantin.

**G. Gisler (SVP):** Die SVP dankt dem Stadtrat für die Antwort.

Qualitativ stufen wir die Antwort als ungenügend ein, da 1. die Fakten zum Teil nicht zutreffend sind, 2. wurden die Fragen zum Teil gar nicht beantwortet und 3. sind die Antworten zum Teil ziemlich pejorativ ausgefallen, die Probleme und Fakten werden einfach heruntergespielt. Hingegen sind wir mit der Umsetzung zufrieden, wir sind froh, dass nun endlich etwas unternommen worden ist und mittlerweile die Videoanlage zur Überwachung installiert wurde, wie uns das Stadtrat Jürg Altwegg bereits in der BSKK-Sitzung vom 10. Mai 2021 versichert hat. Im allgemeinen Teil der Antwort bestätigt der Stadtrat, dass die Situation im Gutschick problematisch ist, das Thema bekannt war und dass auch die angrenzenden Areale, wie Sportpark Deutweg, Sportanlage Win4 und Freizeitanlage Gutschick mit massiven Sachbeschädigungen zu kämpfen hatten.

Die Abklärungen des Schuldepartements zusammen mit der Stadtpolizei, haben letztlich ergeben, dass eine Videoüberwachung, also die Ultima-ratio-Variante, unumgänglich ist, will man diesem Problem entgegenwirken. Blosser Gespräche und Appelle an die jungen Erwachsenen haben nicht gefruchtet. Und daran hat offenbar auch die Intervention von der Mobilen Jugendarbeit Winterthur nichts ändern können.

Noch zu den einzelnen Fragen:

Konkret auf die Fragen 1, 2 und 4 wird nicht eingegangen, es wird lediglich gesagt, dass der Stadtrat von den Problemen wusste und mit den diversen Fachleuten daran sei, Lösungen zu finden. Konkrete Massnahmen hatte man bis dahin aber noch nicht umgesetzt, beziehungsweise die Massnahmen waren ungenügend und haben nichts gebracht.

Frage 3: Bestätigend ist für uns, dass der Stadtrat die Situation ebenfalls als «nicht befriedigend» bezeichnet, in dieser Hinsicht ist er mit den Interpellanten einig.

Frage 5: Trotz vorerst «wohlwollenden» Interventionen seitens des Schuldepartementes und der offenen Jugendarbeit konnte letztlich das Problem nicht gelöst werden. Das heisst, aufgrund der Empfehlung der Stadtpolizei wurde dann eine Videoanlage installiert. Natürlich hätten wir es auch lieber gesehen, wären mildere Massnahmen erfolgreich gewesen, aber wir begrüssen, dass nun endlich gehandelt wurde.

Frage 6: Wir begrüssen, dass regelmässige Kontrollen durch die Jugendpolizei durchgeführt werden, präventiv. Denn selbstverständlich bevorzugen auch wir Prävention.

Frage 7: Die Antwort zu dieser Frage ist etwas vage. Unter «Konkrete Schritte» wird offenbar die Präsenz vor Ort von diversen Fachleuten verstanden. Die Installation der Videoanlage wird da nicht erwähnt.

Frage 8: Die damalige Kreisschulpflege hat schon in früherer Zeit auf die unhaltbaren Zustände aufmerksam gemacht und einen Antrag auf Videoüberwachung gestellt, jedoch wurde das vom Schuldepartement abgewiesen. Erst die vorliegende Interpellation hat offenbar ein Umdenken beim Schulstadtrat bewirkt.

Frage 9: Es ist allgemein bekannt, dass bei Schulanlagen, wo der Hauswart auch wohnt, bessere Kontrollen durchgeführt werden können. Nur: Gerade bei den letzten Neubauten, also Schulhaus Zinzikon, Neuhegi und jetzt auch Wallrüti wurden die Hauswartwohnungen nicht geplant, respektive aus dem Programm gestrichen. Also ist eine solche Kontrolle schon mal ausgeschlossen.

Es ist jedoch auch festzustellen, dass die soziale Kontrolle besser spielt, wenn Schulhausanlagen offen sind und von aussen einsehbar sind. Hingegen bei verdeckten Ecken oder Pausenplätzen sind Littering oder Sachbeschädigung im Anonymen möglich.

Alles in allem sind wir mit der Stadtratsantwort nur dahingehend zufrieden, als dass diese Interpellation zum Handeln geführt hat und eine Videoanlage installiert wurde.

In diesem Zusammenhang interessiert uns noch, ob die Videoanlage oder die Video-Installation wirklich gefruchtet hat und jetzt die Schulanlage unbedenklich ausserhalb der Schulzeiten auch von jüngeren Kindern benutzt werden kann.

Und zweitens interessiert ebenso, ob - wie auf Seite 2 der Weisung ausgeführt wird - sich das Problem dadurch tatsächlich verlagert hat, und wenn ja, wohin sich das Problem verlagert hat.

Die mobile Jugendarbeit ist unseres Erachtens nach wie vor gefordert. Denn gerade die Altersgruppe 14- bis 18jährig ist altersmässig in der Schwebe: Sie besuchen einerseits nicht

mehr die Volksschule, aber andererseits sind sie noch zu jung, um in Clubs (die in der Regel erst ab 18 Jahren zugänglich sind) zu dürfen. Also organisieren die sich selbst.

Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

**D. Roth-Nater (EVP):** Herzlichen Dank allen Mitwirkenden, die sich da bei der Beantwortung der Interpellation damit auseinandergesetzt haben. Unterdessen ist bereits einige Zeit vergangen und momentan wird das Schulhaus Gutschick saniert.

Was wir aber schon wissen: Die am Schulhaus Gutschick angebrachten Überwachungskameras haben wohl schon ihre Wirkung. Denn der Vandalismus ist nach der Anbringung dieser Installation zurückgegangen.

Doch eben, es ist auch eine Tatsache, dass die Benutzer/-innen dieser Schulhausanlage ausserhalb der Schulzeit nach wie vor viel Müll zurücklassen. Diesem Abfallproblem kann man mit den Überwachungskameras keine Schranken weisen.

Ich selbst wohne ganz in der Nähe eines Sekundar- und Kindergarten-Schulhauses und bin mit dem Littering sowie auch den nächtlichen Lärmemissionen konfrontiert. Das ist immer wieder einmal eine Herausforderung. Das ist grundsätzlich nicht neu oder einzigartig, und heisst ganz einfach: Immer wieder den Kontakt und das Gespräch suchen. Sei das mit der Hauswartung, Nachbarinnen und Nachbarn, die offene Jugendarbeit oder auch die Jugendpolizei. Es liegt an uns allen, ein gutes Miteinander zu schaffen. Danke.

**A. Zuraikat (Die Mitte/EDU):** Die Mitte/EDU-Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrats zur Interpellation positiv zur Kenntnis. Wie der Stadtrat in seiner Antwort ausführt, sind einige Massnahmen ergriffen worden, um die Situation vor Ort beim Schulhaus Gutschick zu verbessern. In erster Linie wurde der Dialog mit den jungen Erwachsenen gesucht und Freiraum ist geschaffen worden, wie zum Beispiel die Turnhalle am Samstag zu öffnen, damit sie sich entfalten können. Offensichtlich ist in Zusammenarbeit mit der Jugendarbeit, der Hauswartung und der Jugendpolizei mit den anwesenden Personen das Gespräch geführt worden. Allerdings wurden die Regeln weiterhin nicht respektiert.

Deshalb bewilligte der Stadtrat seine Ultima-ratio-Massnahme, die Installation der Video-Überwachung. Wir sind gespannt zu erfahren, was die Installation tatsächlich bewirkt hat und ob die konkreten Massnahmen Positives bewirkten, was auch Daniela jetzt erläutert hat.

Wir danken dem Quartierverein Gutschick-Mattenbach, den Persönlichkeiten der Jugendarbeit, der Hauswartung und der Jugendpolizei für die sehr gute Arbeit, in erster Linie den Dialog mit den jungen Erwachsenen gesucht zu haben. Wenn aber das alles nicht funktioniert, braucht es halt einmal strengere Massnahmen. Und wir danken dem Stadtrat, dass der Stadtrat die Video-Überwachung bewilligt hat.

Aufgrund der aktuellen Lage mit der prekären Situation vom vermehrten Littering-Problem, auch im Rychenbergpark, im Rosengarten und im Eulachpark, kann das allenfalls auch ein erfolgreiches Rezept sein, um ein solches Problem anzugehen. Wir laden die Departementsvorsteherin ein, das auch zu prüfen.

Wir als Mitte/EDU-Fraktion bedanken uns beim Stadtrat für diese Interpellationsantwort und nehmen diese positiv zur Kenntnis.

**R. Keller (SP):** Wir danken dem Stadtrat für seine Antwort. Er stellt das Problem der Sachbeschädigungen im Schulhaus Gutschick ein bisschen in einen breiteren Kontext und zeigt, dass es eben wirklich verschiedene Massnahmen zur Eindämmung dieses Problems braucht - und nicht einfach eine Videoanlage. Wir unterstützen diese Sichtweise und ich erweitere sie gerne auch noch ein bisschen.

Um dieses Problem ein bisschen einzubetten, muss man sich ja die Frage stellen, weshalb Jugendliche und junge Erwachsene überhaupt im öffentlichen Raum Abfall hinterlassen und Sachen kaputt machen und randalieren. Und das sind, das wissen wir alle – vielleicht noch aus der eigenen Pubertät – die neuralen Entwicklungsprozesse im Hirn der Pubertierenden. Und das ist verbunden mit Reizbarkeit, Wutausbrüchen, fehlender Impulskontrolle und emotionalen Ausnahmezuständen. Es bewirkt eben, dass die Menschen, die mit diesen unreifen Neuronen irgendwie leben müssen, laut sind und saufen und sprayen und so weiter. Es geht

darum, dass sie Grenzen ausloten und provozieren - und oft ist eben ganz viel Alkohol im Spiel, welcher die Hemmschwelle eben auch senkt.

Ich finde dieses Verhalten total unakzeptabel und möchte das überhaupt nicht entschuldigen – aber gegen unreife Neuronen helfen eben nicht Videoanlagen. Sondern gegen unreife Neuronen hilft natürlich die Zeit, dass diese reifer werden und die Neuronen dann nachreifen – aber es helfen auch Pädagoginnen und Pädagogen. Die sind sich nämlich ziemlich einig, was gegen solches Verhalten wirkt: Unangenehme Erfahrungen, direkte klare Ansprache auf Fehlverhalten, logische Konsequenzen für das Fehlverhalten, Einbindung in die Verantwortung und ernstgenommen werden.

Es reicht also nicht, wenn man einfach eine Videoanlage installiert. Und das wurde auch mehrfach schon gesagt. Es nützt im Moment vielleicht etwas, das ist nämlich eine unangenehme Erfahrung, wenn man gefilmt wird und dann gibt es eine Anzeige gegen einen. Aber es reicht nicht. Es braucht eben die anderen Massnahmen auch.

Und es reicht auch nicht, wenn man sagt, hat halt nichts genützt, die anderen Massnahmen, jetzt machen wir halt auf Videoanlage. Es ist wichtig, dass wir investieren in die Jugendarbeit, es ist wichtig, dass Leute präsent sind, Erwachsene präsent sind und das ansprechen. Und es ist auch wichtig, dass die Leute im Quartier und die Privatpersonen das ansprechen.

Interessanterweise hat es bei mir irgendwelche lustigen Jugendliche, die ungefähr 3 x pro Woche mein Gartentörchen aushängen. Und ich warte genau auf den Moment, bis ich einmal einen davon erwische. Und dann bekommt er es ein bisschen mit mir zu tun. Aber zuerst mal muss ich ihn erwischen. Man muss das ansprechen, es reicht nicht, wenn man einfach nichts macht. Ich habe auch eine Kamera aufgehängt, aber das ist keine gute Massnahme.

Für Erziehung gibt es leider kein Patentrezept und da geht es primär um Erziehung.

Die Stadt kann natürlich auf Überwachung setzen, dabei hat sie aber unbedingt auch zu schauen, dass der Datenschutz eingehalten wird und diese Daten rasch und zuverlässig gelöscht werden. Aber wir müssen Energie und Geld für Jugendarbeit und für Gespräche mit Jugendlichen und für Leute, die sich für und mit Jugendlichen engagieren, einsetzen. Und da haben wir, so glaube ich, noch etwas Handlungsbedarf.

Wir danken dem Stadtrat für die Antwort und nehmen sie zustimmend zur Kenntnis.

**S. Casutt (Grüne/AL):** Ich kann mich meiner Vorrednerin nur anschliessen. Die Überwachung sehen wir von den Grünen/AL auch nicht als Patentlösung für alles, denn Littering und Sachbeschädigung sind gesellschaftliche Probleme. Auch aus der Antwort des Stadtrats kann man herauslesen, dass nicht nur die Schulanlage, sondern auch die Sportanlage Deutweg, das Quartierzentrum Gutschick und alle in der Umgebung davon betroffen waren. Und in der Regel ist es auch so, dass sich diese Dinge dann einfach mit der Installation einer Video-Überwachung um ein paar Meter weiter verschieben.

Wir sehen definitiv auch eine sinnvollere Lösung in der offenen Jugendarbeit und auch in einem ständigen Dialog auf Augenhöhe zwischen allen Betroffenen.

Was uns noch interessieren würde, weil der Bericht doch auch schon zwei Jahre alt ist und die Video-Überwachung installiert wurde: Wie denn die aktuelle Situation auf dem Schulareal und im Quartier aussieht.

**N. Holderegger (GLP):** Ich verzichte an dieser Stelle auf einen entwicklungspsychologischen Diskurs und die Ausführungen. Das eine tun, das andere nicht lassen – auch wir Grünliberalen setzen auf Dialog. Es ist wichtig, auch Jugendarbeit ist ein wichtiges Stichwort. Aber davorliegend hat nichts anderes genützt. Man hat vieles probiert, es hat nichts genützt. Videokamera ist die Ultima-ratio. Sie wurde installiert. Es entzieht sich unserer Kenntnis – und da wäre ich auch gespannt zu erfahren - wie die aktuelle Situation jetzt aussieht. Dass man das auch evaluiert, dass man schaut, was hat es gebracht. Per se zu sagen, es würde nichts nützen, wäre für uns zu weit gegangen. Aber es ist richtig: Es braucht andere Massnahmen, wenn es um die Jugend geht.

Die grünliberale Fraktion nimmt die Antwort zustimmend zur Kenntnis und dankt dafür.

**Stadtrat J. Altwegg:** Es ist ja auch schon eine Weile her, seit wir diese Antwort geliefert haben. Und ich danke für die mehrheitlich positive Aufnahme unserer Antwort.

Als erstes möchte ich auf Gaby Gisler eingehen, welche gefunden hat, endlich hätten wir angefangen zu handeln. Das ist definitiv nicht so. Wie wir mehrmals gehört haben, haben wir vorher ganz viel schon ausprobiert und gehandelt im Gutschick und erst als Ultima-ratio – übrigens nicht erst wegen der Interpellation, die Installation dieser Videoüberwachung ist bereits gelaufen in diesem Schulhaus - haben wir das dann entsprechend an die Hand genommen. Es ist weder die erste noch die letzte Videoüberwachung von Schulhäusern da auf dem Platz Winterthur. Leider, wie ich sagen muss. Ich selbst bin kein grosser Freund von solchen Überwachungen, nur schon mal aus Datenschutzüberlegungen.

Wer sich nun fragt, was das denn bringt: Für das Schulhaus Gutschick selbst ist das eine super Sache. Die Sachbeschädigungen gingen zurück, es gibt fast keine mehr. Wir haben noch ein bisschen Littering-Probleme, aber die Sachbeschädigungen sind praktisch weg. Damit Problem gelöst? Leider weit gefehlt. Es hat sich einfach verlagert in das Umfeld. Wir haben auf dem Sportplatz Deutweg entsprechend die gleichen Probleme, oder im Quartier Gutschick oder in den Läden dort. Es hat sich einfach verlagert. Das ist alles, was wir erreichen: Wenn wir das an einem Hotspot nicht mehr wollen, können wir dort Video-Überwachung installieren. Dann ist genau dort das Problem weg, aber es verlagert sich dann einfach.

Dann auch Hauswartwohnungen, auch das ist kein Patentrezept: Sehr gern! Und es ist auch nicht so, dass wir jetzt einfach total freiwillig auf solche Wohnungen verzichten oder umbauen in Schulraum. Wir finden heute schlicht keine Hauswarte mehr, die auf der Anlage wohnen wollen. Weil einfach die Arbeitsbelastung entsprechend viel grösser ist. Und deshalb verzichten wir auch darauf, diese Wohnungen neu zu bauen. Beziehungsweise wo es bestehende hat, die nicht mehr genutzt sind, nutzen wir diese entsprechend um in Schulraum, weil wir diesen jeweils auch ganz dringend brauchen.

Ich möchte schliessen mit einem Zitat von Daniela Roth-Nater, die fand: Machen wir doch auf ein gutes Miteinander, das muss auch da das Ziel sein, dass wir miteinander versuchen, das zu lösen – an der Wurzel, nach Möglichkeit im Dialog und nicht mit Videoüberwachung.

**Parlamentspräsident R. Diener:** Danke, Jürg Altwegg, für diese Sicht aus dem Stadtrat. Damit ist diese Interpellation 19.139 auch abgeschrieben und erledigt.

## 15. Traktandum

**Parl.-Nr. 2019.108: Antrag und Bericht zum Postulat M. Steiner (SP), T. Leemann (FDP), K. Gander (Grüne/AL) und S. Müller (EVP) betr. Angebot einer qualitativ hochwertigen Prüfungsvorbereitung für die Kantons- und Berufsmaturitätsschulen an allen Schulen der Stadt**

---

**Parlamentspräsident R. Diener:** Antrag und Bericht zum Postulat betreffend Angebot einer qualitativ hochwertigen Prüfungsvorbereitung für die Kantons- und Berufsmaturitätsschulen an allen Schulen der Stadt. Das Wort hat der Erstpostulant Markus Steiner (SP).

**M. Steiner (SP):** Nicht jedes Kind muss ans Gymi. Aber zumindest sollte jedes Kind, das den Übertritt ins Gymi versuchen möchte, die gleiche Chance haben. Jedes Kind sollte die Möglichkeit haben, sich begleitet auf diese Prüfung vorbereiten zu können. Und zwar unabhängig davon, was Eltern verdienen oder woher die Kinder kommen.

Das war lange Zeit in Winterthur nicht der Fall. Winterthur hat es lange versäumt, eine Chancengerechtigkeit zu bieten. Argumentiert wurde stets damit, dass es keine gesetzliche Grundlage dafür gibt. Von den entsprechenden Kosten sprechen wir schon gar nicht. Und da das

Geld an den Winterthurer Schulen ohnehin immer knapp ist, sind für Gympi-Vorbereitungskurse keine Mittel vorgesehen gewesen. Ausbaden mussten es die Schulen, die irgendwo Geld zusammenkratzten, wenn sie einen Kurs anbieten wollten.

Das führte zu frappanten qualitativen Unterschieden an den einzelnen Schulen. Von knapp 10 bis über 30 Stunden gab es die ganze Spannweite.

Das alles wird sich jetzt hoffentlich mit der neuen Volksschulverordnung ändern. Sie, liebe Stadtparlamentarier/-innen, haben an unserer vorletzten Sitzung die gesetzliche Anpassung hier drinnen angenommen. An allen Schulen der Stadt werden neu einheitliche Kurse für die Aufnahmeprüfungen an die kantonalen Maturitätsschulen angeboten werden. Diese sollen durch anerkannte Lehrpersonen durchgeführt werden, das soll auch die Qualität der angebotenen Kurse sichern. Ich bin überzeugt, dass Sie hier drinnen sich auch der finanziellen Auswirkungen auf das kommende Budget bewusst sind.

Wie diese Kurse dann ausgestaltet werden, ist meines Wissens jedoch noch nicht definiert oder zumindest noch nicht kommuniziert worden. Da wäre es sicher wünschenswert, wenn der zuständige Stadtrat vielleicht im Anschluss noch 2-3 Worte dazu sagen könnte, wie denn die Ausgestaltung dieser Kurse angedacht ist.

Auch wenn die Schulen neu einheitliche Vorbereitungskurse anbieten werden – um ihr Geschäft müssen die privaten Anbieter sicher auch in Zukunft nicht fürchten. Die privaten Kurse sind nämlich sehr umfangreich, umfassen in der Regel zwischen 60-90 Lektionen und kosten schnell einmal über 3'000 Franken pro Kind.

Trotzdem: Die neue Volksschulverordnung nimmt die Forderungen unseres Postulats grossmehrheitlich auf. So würden alle Kinder, auch jene aus bildungsfernen Familien, die Möglichkeit erhalten, sich gezielt und mit dem richtigen Material auf diese schwierige Prüfung vorzubereiten. Denn ganz ohne Unterstützung ist die Aufnahmeprüfung kaum zu schaffen.

Wir danken für die Beantwortung dieses Postulats und empfehlen, den Vorstoss abzuschreiben.

**Ch. Maier (FDP):** Markus Steiner hat es schon gesagt: Das Anliegen ist mit Art. 9 der neuen Volksschulverordnung umgesetzt. Das freut uns. Wir sind davon überzeugt, dass das Schuldepartement das gut umsetzen wird, wir haben da volles Vertrauen.

Lösen wird das das grundlegende Problem der «Hochrüstung», die es da gibt im Bildungsbezug bezüglich der Gympi-Prüfungen, nicht. Es braucht dafür Sachen, die wir da nicht leisten können. Aber trotzdem möchte ich es erwähnen: Die Berufslehre ist der Königsweg und sie muss gepflegt, weiterentwickelt und ihr riesiger Beitrag zu unserem Wohlstand und zur international tiefsten Jugendarbeitslosigkeit muss bei jeder Gelegenheit erwähnt werden. Deshalb habe ich es jetzt gesagt.

Die Durchlässigkeit der Weiterbildungen muss erhalten und weiter gefördert werden. Und das Gymnasium muss als Ort für Weiterdenkende geschützt und gefördert werden. Die Aufnahmeprüfungen dürfen also nicht die fleissigsten Schüler, sondern die Intelligentesten zu Tage fördern.

**Ch. Griesser (Grüne/AL):** Die Antwort des Stadtrats fällt sehr kurz aus, aber am Schluss enthält sie den entscheidenden Hinweis: Dass wir, das Parlament, nämlich nach der GO-Abstimmung über die Ausführungsbestimmungen entscheiden können.

Das haben wir ja jetzt gemacht, wir haben es gehört von den Vorrednern, der Art. 9 in der Volksschulverordnung. Jetzt hoffen wir, dass die neuen Bestimmungen fruchten. Falls sie nicht fruchten, müssten wir dann dort halt nochmals nachhaken. Und wenn wir etwas anderes gewollt hätten – mehr – dann hätten wir dort die Gelegenheit gehabt, das festzuhalten. In dem Sinne muss ich es nicht weiter verzögern, wir stimmen dem Antrag des Stadtrats zu.

**D. Roth-Nater (EVP):** Herzlichen Dank für die Bearbeitung dieses Postulats. Grundsätzlich bin ich sehr kritisch, wenn Eltern ihr Kind um jeden Preis in das Gympi hieven wollen und die Berufslehren abgewertet werden. Das ist etwas, das meines Erachtens stark zunimmt und auch zu den vielen verschiedenen Vorbereitungsangeboten führt.

Die Verzerrung dort ist aber schon sehr störend, das hat uns von der EVP zum Einreichen dieses Postulats bewogen. Denn es ist uns wichtig, die Chancengleichheit zu fördern. Wenn jetzt aber die Chancengleichheit so interpretiert wird, dass jede und jeder ans Gymi können soll, ist das bestimmt nicht die Absicht dieses Postulats.

Wir unterstützen das Miteinbeziehen der bereits gemachten Erfahrungen dieser Schulen, die für interessierte Sechstklässler/-innen sowie auch in älteren Sekundarklassen die Gymi-Vorbereitungskurse durchgeführt haben.

Um das nochmals zu betonen: Es kann wohl einfach nicht sein, dass Kinder und Jugendliche aus wohlhabenden Familien alleine durch die Belegung eines privaten Gymi-Vorbereitungskurses, bevorzugte Prüfungsausgangslagen geniessen sollen. Es ist wichtig, dass allen Kindern und Jugendlichen, die akademische Fähigkeiten, den Fleiss, das Interesse und den Willen mitbringen, genügend Möglichkeiten offen sein sollen, eine qualitativ hochwertige Prüfungsvorbereitung zu bekommen, egal wie hoch das Haushalteinkommen der Familie ist.

Um die Prüfungen und einen wirkungsvollen Umsetzungsplan soweit vorzubereiten, sind wir bereit, der Verlängerung zuzustimmen, wobei wir jetzt ja gehört haben – oder ich unterdessen auch in Erfahrung gebracht habe – dass bereits an allen Schulen solche Vorbereitungskurse stattfinden, denn das war wohl eine der letzten Kreisschulpflegepräsidien-Aktionen, welche das eingeführt hat. Sie sind zwar verschieden und werden auch verschieden finanziert (viele werden durch den Gestaltungspool finanziert, wurde mir gesagt).

Es ist spannend, wir bleiben dran.

**A. Zuraikat (Die Mitte/EDU):** Die Mitte/EDU-Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrats zum Postulat positiv zur Kenntnis. Wie der Stadtrat das bereits ausgeführt hat, braucht es kein gesamtstädtisches Angebot für diese Prüfungsvorbereitung. Dass ein Konzept von einer Arbeitsgruppe erarbeitet worden ist und im Volksschulkonvent und dem Schulleitungskonvent vorgelegt wurde, erachten wir als sinnvoll und korrekt.

Wir sind dann auch gespannt auf die Rückmeldungen. Und wir möchten aber auch klar darlegen, dass für uns alle schulischen Laufbahnen gleichwertig zu berücksichtigen und zu fördern sind. Angesichts der Tatsache, dass das Schuljahr 2022/2023 bereits begonnen hat und ursprünglich geplant war, mit der Einführung der Vorbereitungskurse zu starten, wären wir sehr dankbar, heute vom Stadtrat zu hören, wie der Stand ist.

Wir als Mitte/EDU-Fraktion bedanken uns beim Stadtrat für diese Postulatsantwort und nehmen sie positiv zur Kenntnis.

**S. Kocher (GLP):** Auch wenn die GLP bei diesem Postulat nicht miteingereicht hat, so haben wir die damalige Überweisung und auch die Fristverlängerung unterstützt. Wir hatten damals darauf hingewiesen und gehofft, dass trotz diesem Postulat bei diesem Thema parallel schnell an einer konkreten Lösung und Umsetzung gearbeitet wird und die Ressourcen nicht durch die Bearbeitung von einem solchen Postulat besetzt sind.

Tatsächlich scheinen nicht viel Zeit und Ressourcen in die Beantwortung dieses Postulates eingeflossen zu sein. Eine Seite hat dem Stadtrat genügt, um seine ganzen Erkenntnisse zu dem komplexen Thema zusammenzufassen. Leider schafft er es aber dadurch nicht, sich zu den im Postulat formulierten Erwartungen zu äussern.

Man findet nichts zu den geforderten Grundlagen, nichts zu den notwendigen Ressourcen, nichts zu den notwendigen Mitteln.

Und darum empfinden wir die Kürze des Berichts in diesem Beispiel nicht als Vorteil. Denn, immerhin schreibt der Stadtrat, dass es einen konkreten Konzeptentwurf gibt, der mindestens schon bei der Beantwortung dieses Postulates dagewesen ist. Aber leider, ausser einer wirklich ganz groben Skizze dieses Konzeptentwurfes, finden sich in der Postulatsantwort keine Details. Nochmals: Nichts zu den geforderten Grundlagen, nichts zu den notwendigen Ressourcen und schon gar nichts zu den Mitteln. Schade und eine verpasste Chance, um über konkrete Inhalte diskutieren zu können bei diesem wichtigen Thema, wie meine Vorredner schon detailliert beschrieben haben.

Deshalb, es wäre schön, wenn der Konzeptentwurf durch die Ausführungsgesetzgebung in Winterthur jetzt schnell in den politischen Prozess eingegliedert werden könnte, so dass dann

endlich bald mal konkret über die notwendigen Grundlagen, mögliche Ressourcen und Mittel diskutiert und entschieden werden kann.

Wir nehmen den Bericht deshalb kritisch zur Kenntnis.

**Parlamentspräsident R. Diener:** Ich habe aber keine ablehnende Kenntnisnahme gehört, oder?

**S. Kocher (GLP):** Nein, nur kritisch, wie ich es gesagt habe.

**Stadtrat J. Altwegg:** Auch bei dieser Geschichte ist es so, dass man von der Zeit ein bisschen aufgeholt oder eingeholt wird. Noch im Sommer 2021 hat die damalige Zentralschulpflege (ZSP) tatsächlich ein solches Konzept verabschiedet, ein Grobkonzept, in dem auch gewisse Kosten drin sind. Ich kann mal soviel dazu sagen: Es sind also Grössenordnungen, bei denen wir von einer Volksabstimmung sprechen. Es ist also doch eine ziemlich teure Geschichte. Aber das nur mal in Klammern.

Denn im Herbst war ja dann bereits die Volksabstimmung über die neue Gemeindeordnung, welche dann wiederum eine Überarbeitung der Verordnung über die Volksschule der Stadt Winterthur entsprechend erfordert hat. Diese ist seit dem 22. August 2022, also noch nicht ganz so lange, gültig. Daraus wurde bereits der Artikel 9 zitiert, der das regelt. Und dort muss ich auch noch sagen: Es ist nicht das Departement, das dort etwas macht (allenfalls unterstützt), sondern grundsätzlich ist die neue Schulpflege Winterthur (kurz WSP, womit ich diese Abkürzung auch schon mal eingeführt hätte) für alles Weitere zuständig. Es heisst ja da «Die Schulpflege regelt Näheres». Und es ist klar, die neue Schulpflege WSP hat jetzt noch nicht so viel gepackt, dass sie jetzt das gleich als erstes auf die Rolle schieben kann. Ich bin aber sicher, dass sie sich schnell darum kümmern werden, sobald das richtig angerollt ist und die neue Schulpflege entsprechend weiterarbeiten kann.

Das dazu, wie es im Moment steht.

**Parlamentspräsident R. Diener:** Danke, Jürg Altwegg.

Damit ist auch dieses Postulat abgeschrieben und zustimmend zur Kenntnis genommen worden. Es gab keinen anderslautenden Antrag. Das Geschäft 19.108 kann erledigt werden.

Ich schliesse jetzt da die Sitzung und wünsche allen «En Guete». Wir sehen uns wieder um 20 Uhr.

*Nachtessenspause.*

**Parlamentspräsident R. Diener:** Es ist 20 Uhr und ich hoffe, alle haben gut gegessen.

Ich habe noch eine Mitteilung: Lea Jacot (SP) hat sich für die zweite Sitzung abgemeldet, sie hat Betreuungsaufgaben, die sie zuhause wahrnehmen muss.

## 16. Traktandum

**Parl.-Nr. 2020.79: Beantwortung der Interpellation Ch. Maier (FDP), M. Wäckerlin (PP), G. Gisler (SVP), A. Zuraikat (CVP/EDU) und D. Roth-Nater (EVP) betr. Positive Corona-Erfahrungen sichern und für Schul-Regelbetrieb nutzen**

---

**Parlamentspräsident R. Diener:** Beantwortung der Interpellation betreffend Positive Corona-Erfahrungen sichern und für Schul-Regelbetrieb nutzen. Das Wort hat als erstes der Erstinterpellant Christian Maier (FDP).

**Ch. Maier (FDP):** Wir bedanken uns für die schnelle Beantwortung der Interpellation – und bedauern die lange Wartezeit bis zur Behandlung. Ihr merkt, ich habe das geschrieben, bevor ich zu den Velokontrollen sprechen musste.

Wie bereits in der Interpellation formuliert, ist es uns ein Anliegen, den grossen Einsatz der Schulorganisation und allen voran der Schulleitungen und Lehrpersonen zu verdanken. Dank diesem war es möglich, die herausfordernde und nie zuvor dagewesene Situation zu meistern – herzlichen Dank.

Naturgemäss sind die Antworten und Erkenntnisse nicht abschliessend, geben aber den einen oder anderen Hinweis: Es braucht eine homogene, flächendeckende Versorgung mit geeigneten Informatikmitteln – das ist mittlerweile beschlossen und umgesetzt. Es braucht eine gut organisierte, digitale Kommunikationslösung zwischen der Schule und den Eltern – mit «Klapp» ist dies mittlerweile auch umgesetzt.

Wenn uns in der Beantwortung etwas fehlt, ist es die Stimme der Lehrpersonen beziehungsweise die Informationen, wie deren Erfahrungsaustausch untereinander geklappt hat beziehungsweise in Zukunft besser klappen könnte. Wie können Best-Practice-Beispiele identifiziert und Lehrpersonen motiviert werden, diese zugänglich zu machen?

In der Beantwortung wird auf den Bericht «Zürcher Evaluation Fernlernen – Digital zu Hause und doch Schule» des Schulamts Stadt Zürich, Pädagogische Hochschule Zürich, erwähnt, welcher bei der Beantwortung noch in Arbeit war, seit dem 23.03.2021 jetzt aber vorliegt.

Herausspicken möchte ich daraus folgende Erkenntnisse:

- Lehrpersonen sehen aus den Corona-Erfahrungen Potenziale für nachhaltige Veränderungen in der Unterrichtspraxis – das müssen wir unbedingt nutzen.
- Wo die Zusammenarbeit zwischen Lehrpersonen, Schüler/-innen und Eltern im Normalbetrieb klappt, hat sie auch während Corona geklappt. Wo es nicht klappt, hat es während Corona noch schlechter geklappt: Die Pflege der Beziehung zwischen Schülerinnen und Schülern, Lehrpersonen, Schulleitung und Eltern ist also wichtig.
- Das Angebot an digitalen Tools war unübersichtlich; es muss standardisiert werden.
- Das Potenzial, Aufgaben beziehungsweise den Unterricht mithilfe digitaler Tools spannender und interessanter zu gestalten, wurde nicht ausreichend genutzt.
- Im Lehrplan sind digitale Kompetenzen für Schülerinnen und Schüler definiert. Es braucht jetzt auch klare Vorgaben für die medialen Kompetenzen für Lehrpersonen.
- Lehrpersonen haben Weiterbildungsbedarf betreffend digitaler Tools.
- Grosse Unterschiede im gleichen Schulhaus bei der Nutzung der Möglichkeiten waren vorhanden. Ein ständiger Best-Practice-Austausch unter den Lehrpersonen muss gefördert werden.
- Last but not least: Der Halbklassenunterricht wurde sehr positiv wahrgenommen – die Erhöhung von digital unterstütztem, selbständigem Lernen kann mehr Halbklassenunterricht ermöglichen.

Die Erkenntnisse sind in unseren Augen wertvoll und sollten durch das DSS und die Schulpflege in die Weiterentwicklung unserer Schule miteinbezogen werden.

Die technische Infrastruktur haben wir mit der flächendeckenden Ausrüstung mit Tablets ab der Mittelstufe geschaffen.

Jetzt liegt der Ball beim DSS und der Schulpflege, das Maximum daraus zu machen.

**G. Gisler (SVP):** Die SVP dankt dem Stadtrat für die Antwort.

Einig gehen wir mit dem Stadtrat, dass der ganze «Lockdown» eine immense Belastung für die ganze Bevölkerung darstellte. Wir anerkennen selbstverständlich den Aufwand, den Schulen und Betreuung leisten mussten, um unter den von Bund und Kanton vorgegebenen Vorgaben die Volksschule umsetzen zu können.

Zu Frage 1: Der Stadtrat äussert sich hier vor allem in organisatorischer Hinsicht. Nach einer kurzen Chaosphase konnten Fernunterricht und später der Halbklassenunterricht abgehalten werden. Inhaltlich, das heisst, ob die Schüler und Schülerinnen das vorgegebene Lernziel gemäss Lehrplan dennoch erreichen konnten; dazu äussert sich der Stadtrat in dieser Frage nicht. Aber gerade der Lernerfolg muss unseres Erachtens in der »Bilanz« auch miteinbezogen werden.

Zu Frage 2: Logischerweise kann ein ganzheitlicher Unterricht mit direktem Kontakt zwischen Lehrpersonen und Schüler und Schülerinnen durch nichts ersetzt werden. Jedoch können Übungsformen mit Informatikmitteln zweifellos den Lernerfolg festigen. Daher sind wir wirklich gespannt auf die Resultate der Evaluation der Stadt Zürich betreffend digitalem Fernlernen.

Zu Frage 3: Wie vorher erwähnt, sehen wir den Sinn der digitalen Übungsformen vor allem im Festigen des Lernerfolges. In der Weisung ist von «übertriebenen Erwartungen der Eltern» die Rede, es wird jedoch nicht aufgeführt, was darunter genau zu verstehen ist. Das soziale Umgehen in der Gruppe miteinander kann mit Fernunterricht wohl nicht vermittelt werden, das ist ja eigentlich nachvollziehbar.

Zu Frage 4: Eigentlich liegt da die Antwort auch auf der Hand. Jene Eltern, die bildungsnah sind, können wohl den Schulalltag zu Hause in der Regel eher strukturieren als solche, welche bildungsfern sind und nicht wissen, wie die Schule organisiert ist und wie gelernt wird. Die Schere hat sich also noch mehr geöffnet. Mit Zusatzunterricht für jene Kinder aus bildungsfernem Umfeld konnte zumindest etwas Gegensteuer gegeben werden.

Zu Frage 5: Unseres Erachtens ist hier eine Antwort gar nicht möglich, denn zu verschieden sind alle Kinder. Jedes Kind reagiert anders auf die verschiedenen Lernformen.

Alles in allem: Die Antwort des Stadtrats hat nicht wirklich neue oder überraschende Erkenntnisse gebracht. Der Stadtrat hat vor allem ausgeführt, wie die Schule organisatorisch handeln musste. Diesen Aufwand anerkennen wir selbstverständlich. Lerntechnisch wurden aber keine Fragen beantwortet. Insofern sind wir mit der Antwort nur zum Teil zufrieden.

Wir hoffen aber, dass gerade die lerntechnisch guten Erfahrungen nun auch im regulären Unterricht einbezogen werden können. Besten Dank.

**A. Zuraikat (Die Mitte/EDU):** Die Mitte/EDU-Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrats positiv zur Kenntnis. Die Zeit für unsere Gesellschaft während dem «Lockdown» war eine sehr anspruchsvolle Zeit. Existenzängste waren gegeben und wir wurden in unseren Freiheiten eingeschränkt. Insbesondere war es für berufstätige Eltern mit ihren schulpflichtigen Kindern eine sehr gestresste Situation. Sowohl die Eltern, die ihren beruflichen Pflichten zuhause nachgehen mussten, wie auch die Kinder und Jugendlichen, die auch zuhause ihre schulischen Pflichten erfüllen mussten und bei denen die Eltern auch ihre Pflichten erfüllen mussten.

Vorweg möchte ich darauf hinweisen, dass aus der Interpellationsantwort nicht klar herauskristallisiert wird, wie die Aussagen evaluiert worden beziehungsweise wie erhärtet diese sind. Wir begrüßen es, wenn der Stadtrat da noch Licht dahinterbringen würde.

Wie in der Interpellationsantwort dargelegt ist, hat unser Winterthurer Schulsystem in der ausserordentlichen Situation Ausserordentliches geleistet, worauf wir sehr stolz sein können. Innerhalb kürzester Zeit musste der normale Schulbetrieb in digitale Form umgewandelt werden. Wir sind sehr dankbar für die sehr engagierten Lehrpersonen, die mit viel Engagement in so kurzer Zeit den zu vermittelnden Lernstoff in diese Form umwandeln mussten. Die Verantwortung für die Umsetzung lag aber auch bei den Schulleitungen, bei den Schulkreisen und Kreisschulpflegern. Wir sind auch dankbar für die Mitarbeitenden der schulergänzenden Betreuung, die auch eine Notbetreuung leisten konnten. Und beeindruckenderweise ist kein einziger Fall von einem Kind ohne Betreuung bekannt, welches Betreuung gebraucht hätte. Aber auch andere Akteure unseres Schulsystems mussten über den eigenen Schatten springen. Auch die Schulsozialarbeit und der schulpsychologische Dienst, die Angebote für Eltern und Lehrpersonen entwickelt haben. Ein grossartiges Zeugnis für das Schulsystem von Winterthur, mit dem Credo «Miteinander und nicht gegeneinander», das nicht nur propagiert, sondern auch gelebt wurde. Unsere Akteurinnen und Akteure des Winterthurer Schulsystems haben wirklich wahre Stärke gezeigt, indem sie standhaft, fokussiert und engagiert waren während dem «Lockdown». Immer in einer Krise kommt die Bewährungsprobe zur Geltung, wie stark unsere Fachkräfte sind. Und wie sie das gemacht haben: Meisterlich, mit Bravour!

Der «Lockdown» hat aber auch gezeigt, dass die Kommunikationskanäle zwischen den Eltern und den Schulen verbessert werden können. Es hat gezeigt, dass es umso mehr wichtig ist, dass die Kinder und Jugendlichen mit Tablets ausgestattet werden und lernen, sich auf digitalem Weg Wissen und Kommunikationskompetenzen anzueignen.

Wir sehen ein und sind mit dem Stadtrat einig, dass es noch zu früh ist für eine abschliessende Erkenntnis. Und wir sind gespannt auf die Resultate auf kantonaler Ebene, wo die Minimalstandards für Fernunterricht genormt definiert werden. Vielleicht kann der Stadtrat da aber schon mal informieren, ob das Konzept bereits vorliegt.

Auch sind wir gespannt auf die Resultate des Projekts «Zürcher Evaluation Fernlernen – Digital zu Hause und doch Schule», das die Erfahrungen von allen Beteiligten eingeholt, die geleisteten Entwicklungsprozesse reflektiert, die Errungenschaften sichtbar und daraus abgeleitete Massnahmen für Qualitätsentwicklungsprozesse der Stadtzürcher Schulen nutzbar gemacht werden. Wir würden es begrüssen, wenn der Stadtrat in einem angemessenen Rahmen darüber informiert, sobald die Ergebnisse vorliegen.

Wir als Mitte/EDU-Fraktion bedanken uns beim Stadtrat für die Interpellationsantwort und nehmen sie positiv zur Kenntnis.

**D. Roth-Nater (EVP):** Herzlichen Dank der Verwaltung für das Zusammenstellen dieser Antwort. Insgesamt widerspiegelt es die Realität, wie sie auch mir zugetragen wurde.

Es war eine schwierige Lage für die Kinder, die Jugendlichen und auch für die Lehrpersonen und Eltern. Doppelt mühsam war die Situation für benachteiligte Schüler/-innen, welche die ihnen zustehende Betreuung zum Teil nicht erhalten haben.

Auch verstärkt sind innerfamiliäre Probleme ins Gewicht gefallen, welche sich auf die Schüler/-innen ausgewirkt haben. Das haben wir vor allem anfangs dieses Jahres festgestellt, in dem verzögerten Spike der Nachfrage für die jugendpsychiatrischen Angebote. Das hat Gespräche wie auch stationäre Plätze in einer Klinik betroffen. Die Einsamkeit von Schüler/-innen war mindestens so schwierig wie die technische und Kommunikationshürde. Und insbesondere für Jugendliche in diesem Alter ist der Bezug zu «Peers» absolut zentral. Und dieser hat gefehlt.

Die Lehrpersonen haben diese sehr grosse Aufgabe grösstenteils, fast alle, ausserordentlich gut gemeistert. Da gilt es jetzt, den digitalen Graben vor Augen zu behalten, denn wünschenswert wäre da eine Strategie weg von privaten Geräten hin zu solchen, die vom Arbeitgeber gewartet werden, damit der digitalen Sicherheit auch ein Augenmerk geschenkt werden kann. Denn diese wird regelmässig unterschätzt.

Der durch Fernunterricht angeschobene Prozess kann hoffentlich genutzt werden, um einen mehr und mehr hybriden Unterricht mit Präsenzplicht durchzuführen. Vor allem auf der Sekundarstufe soll das weiterentwickelt und genutzt werden. Das würde die Schüler/-innen auf einer breiteren Ebene abholen. Es soll der Schwung mitgenommen werden, auf der Sekundarstufe die Entwicklung der digitalen Angebote voranzutreiben.

**M. Steiner (SP):** Die Krise als Chance nutzen, ist sicher ein löblicher Ansatz, wirkt aber in der akuten Pandemie doch eher zynisch. Zudem stellt die IP eigentlich die falschen Fragen. Es geht nicht darum, von analog zu digital zu kommen. Wobei digital bei den Bürgerlichen, da bin ich nach dem Referendum nicht so sicher, wie digital sie überhaupt sein wollen. Sondern es geht darum, die Aufgaben zu bewältigen.

Der Stadtrat stellt das in seiner Antwort klar. Die negativen Auswirkungen der Krise auf die Gesellschaft sowie auf die einzelnen Menschen wiegen allzu stark, als dass man da von Chancen sprechen könnte. Der «Lockdown» in der ersten Welle der Pandemie war eine gewaltige Herausforderung für Schulen und Familien. Die SP-Fraktion kommt da zum gleichen Schluss wie der Stadtrat oder auch André Zuraikat, der das schon ausführlich ausgeführt hat. Wir anerkennen und würdigen die grossen Leistungen von allen Beteiligten im Schulumfeld während dieser Zeit.

Es stimmt, Corona hat zu einer grösseren Aufgeschlossenheit gegenüber der Digitalisierung geführt. Sehr viele Lehrer, die sich vorhin noch nie damit auseinandergesetzt haben, haben sich weiter- und fortgebildet. Lehrpersonen und Schulleitungen haben innert kürzester Zeit Immenses geleistet.

Aber: Der «Lockdown» hat auch gezeigt, dass nicht zuletzt das Geld darüber entscheidet, wer den Anschluss behält. Mit der Digitalisierung droht leider die Spaltung, die wir im Bildungssystem haben, noch deutlich verstärkt zu werden. Es reicht nicht, Kindern mit wenig

Geld ein Tablet in die Hände zu drücken, wenn man dann in der Zweizimmerwohnung mit drei Geschwistern ist, wo man dann trotzdem nicht in Ruhe arbeiten kann. Wir müssen anpassen, dass viele Kinder nicht einfach komplett verloren gehen.

Aber wie soll die Bildung in Zukunft aussehen? Das ist eine berechtigte Frage. Da darf aber die Extremsituation nicht als Gradmesser dienen. Wie soll man die Schulen neugestalten und Freiräume schaffen? Braucht es mehr Lehrer für weniger Schüler? Mehr Zeit für freies Lernen? Mehr Raum dafür, Kinder individuell zu unterstützen?

Die Politik ist da für einmal gefordert, Rahmenbedingungen und Ressourcen zu sprechen für eine zukunftsorientierte Schule.

Die SP-Fraktion dankt für die Beantwortung und nimmt sie zustimmend zur Kenntnis.

**Ch. Griesser (Grüne/AL):** Auch die Fraktion Grüne/AL ist sehr zufrieden mit der Antwort des Stadtrats. Die Fragen, die gestellt wurden in der Interpellation, basieren meiner Ansicht nach auf dieser ersten Betroffenheit von Corona. Vieles hat sich unterdessen relativiert, vieles haben wir auch schon lange wieder vergessen.

Die Aussagen, die gemacht werden in den Antworten, waren zum überwiegenden Teil vorher bereits bekannt. Neu ist vielleicht die Gewichtung. Wir können zum Beispiel lesen, der Wert, den unsere Schule hat – nicht nur schulisch und sozial, sondern einfach ganz grundsätzlich – ja klar, wir haben uns vielleicht an einen sehr hohen Standard gewöhnt. Oder wir können lesen, dass die Beziehung zwischen Lehrperson und Kind entscheidend ist. Ja, das haben wir auch schon lange gewusst, dass nicht das Lehrbuch matchentscheidend ist. Und dann können wir auch lesen, dass die Kinder, die Lernschwierigkeiten haben, eher Mühe damit hatten, sich mit dieser ungewöhnlichen neuen Situation anzufreunden als diejenigen, die ohnehin einfach problemlos durch die Schule laufen.

Neu ist meiner Ansicht nach, dass man sich mit dem Thema Fernunterricht befasst. Dass man dort sagt, es braucht Standards, Qualitäten. Ja, wir haben natürlich keine Vorgaben für den Fernunterricht gehabt auf diesen Schulstufen, wo wir jetzt plötzlich Fernunterricht hatten. Und, wenn man es als grobes Fazit nehmen kann, dann kann man zusammenfassend sagen: Informatik kann man nicht mehr wegdenken heute. Das ist wohl das, was wir gelernt haben in dieser Zeit.

Nochmals zum Zusammenfassen: Wir sind mit der Antwort zufrieden.

**N. Holderegger (GLP):** Auch die grünliberale Fraktion möchte zuerst den Lehrpersonen, den Schulleitungen, den Schulsozialarbeitenden und auch dem Stadtrat danken für das ausserordentliche Engagement, ich habe das selbst als ehemalige Schulpflegerin sehr eng mitverfolgt. Es war sicher eine Krisensituation, die wir insgesamt gut gemeistert haben.

Die Interpellanten haben in ihrem Vorstoss geschrieben: Nutzen wir die Chance, identifizieren wir diejenigen Elemente, die zu positiven Effekten geführt haben und übernehmen wir sie in den Regelbetrieb.

Ich glaube, für die Stadt Winterthur wurde schon vieles gesagt. Die Digitalisierung im Schulbetrieb ist nicht mehr rückgängig zu machen. Es geht aber um das Mass, um die Art und Weise, wie man das macht. Die Beziehung der Lehrperson zu den Schülern ist wichtig, ist wesentlich und auch in Zukunft nicht wegzudenken. Was man festhalten muss an dieser Stelle ist, dass nicht alle Schulen in der Stadt Winterthur so prompt reagiert haben, und so digital, wie es beschrieben wurde. Es hat riesige Unterschiede gegeben von Schule zu Schule, von Klasse zu Klasse. Es hat Lehrpersonen gegeben, die sofort auf Teams oder ähnliches gegangen sind, und es gab andere, die draussen gewartet haben, die dort den Schülerinnen und Schülern das Schulmaterial gegeben haben, die so den Kontakt gesucht haben. Das ist selbstverständlich, wir wissen es, essenziell in einer solchen Lage.

Für uns sind nicht alle Antworten so schlüssig. Wir hätten uns auch mehr gewünscht vom Stadtrat, dass er darlegt, was denn jetzt funktioniert hat und was hat eben nicht funktioniert. Und wir würden uns eine weitergehende Evaluation wünschen. Eine Evaluation, wie sie auch die Stadt Zürich jetzt an die Hand genommen hat. Wir sind sicher, dass die Stadt Zürich wie auch andere Städte ähnliche Erfahrungen gemacht hat wie wir da in Winterthur.

Ich möchte es nicht länger machen: Die Pandemie ist heute leider noch nicht vom Tisch. Wir wissen nicht, was uns in den nächsten Monaten erwartet. Hoffen wir alle das Beste, aber es ist sicher essenziell, dass wir die gemachten Erfahrungen mitnehmen, dass wir die richtigen Schlüsse daraus ziehen, dass wir einen guten Mix finden zwischen digital und der essenziellen Beziehung zu Schülerinnen und Schülern.

In dem Sinne nehmen wir die Antwort des Stadtrats einfach zur Kenntnis, besten Dank.

**K. Vogel (Die Mitte):** Ich möchte eine persönliche Erklärung abgeben als Lehrer von Winterthur und als Vorstandsmitglied des Volksschulkonvents der Stadt Winterthur.

Es ist schon nicht mehr ganz so aktuell für mich, was jetzt alles diskutiert wurde – zum Glück! Und ich hoffe natürlich sehr, dass es nicht wiederkommt – aber das Lob an die Schulen und an meinen Berufsstand zergeht natürlich wie Honig auf der Zunge. Und ich werde das gerne in der Lehrerschaft so weiterverkünden, wie das Parlament unsere Arbeit auch geschätzt hat oder eben schätzt.

Ich glaube, es hat einen digitalen Schub gegeben durch diese Situation, gerade in den Schulen. Und dieser ist auch nicht durch das Ende des Fernunterrichts einfach gestoppt worden, weil wir ja auch diese Tablets bekommen haben, welche Ihr – damals noch ohne mich – gesprochen habt. Ich glaube aber auch, es wurde gesagt von Markus Steiner, dass es noch grosse Herausforderungen an die Tablets gibt, die noch auf uns zukommen, mit der ganzen Digitalisierung. Alle, die mit jugendlichen Leuten zu tun haben, wissen, wie das Gerät immer überall präsent ist. Und das ist etwas, was die Schulen noch vor Herausforderungen stellen wird.

Ja, der Fernunterricht darf und ist ganz sicher kein Ersatz für Präsenzunterricht, das wurde gesagt. Wir hoffen alle, dass das nie mehr vorkommen wird und hoffen, dass auch wenn die Pandemie noch nicht fertig ist, dass wir das nicht nochmals mit Fernunterricht meistern müssen. Für Schülerinnen und Schüler, besonders für die schwächeren Schülerinnen und Schüler, ist das ein grosser Verlust, wenn sie von zuhause aus den Schulstoff bewältigen müssen. Danke vielmals für die schönen Worte, diese gebe ich gerne meinen Kolleginnen und Kollegen weiter.

**Stadtrat J. Altwegg:** Als erstes auch ein Dank von mir an Sie, dass Sie unsere Schulleitungen, Lehrpersonen und alle weiteren Beteiligten, die sonst noch mitwirken, damit die Schule funktioniert, so entsprechend mit Lob und Dank versehen. Ich glaube, das ist auch durchaus etwas, was sie verdient haben in dieser Zeit. Es war wirklich anspruchsvoll, hüben wie drüben.

Christian Maier ganz herzlichen Dank für die Zitate aus der Untersuchung der PH ZH, welche das für die Stadt Zürich gemacht hat. Die Stadt Zürich hat einfach ein bisschen mehr zur Verfügung, um solche Sachen auch durchzuführen. Da müssen wir nicht vor Neid erblassen, aber sicher von diesen Ergebnissen profitieren. Die sind für Winterthur nicht so viel anders, meine ich, als das für die Stadt Zürich ist, im Grundsatz. Und da können wir einfach davon profitieren. Da gibt es von meiner Seite auch nicht viel hinzuzufügen.

Und ja, die Schulpflege Winterthur – und damit auch mein Departement - wird alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Sachen, die gut funktioniert haben, auf irgendeine Art weiternutzen zu können, weiter zu portieren, weiterzuentwickeln.

Wir haben es schon gehört: Digitales Fernlernen kann nicht die Lösung sein für alle unsere Probleme. Also wer schon gedacht hat, damit könnten wir doch unsere Schulraumprobleme anpacken – das würde wohl nicht ganz so einfach sein. Wir haben eine Betreuung sicherzustellen, das geben uns übergeordnete Gesetze vor, und ich nenne nur das Stichwort «Vereinbarkeit Beruf und Familie». Wir können die Kinder nicht einfach heimschicken und dann lernen sie von Zuhause aus. Das wäre eher schwierig. Kaspar Vogel hat es gesagt und der Stadtrat geht in die ähnliche Richtung mit seiner Aussage. Präsenzunterricht wird auch in den nächsten Jahrzehnten eine ganz wichtige Rolle spielen.

**Parlamentspräsident R. Diener:** Danke, Jürg Altwegg.

Damit ist diese Interpellation auch abgeschrieben und erledigt.

## 17. Traktandum

### **Parl.-Nr. 2020.115: Beantwortung der Interpellation A. Zuraikat (CVP), M. Wegelin (SVP), M. Della Vedova Mumenthaler (GLP), K. Gander (AL), D. Roth-Nater (EVP) und Ch. Maier (FDP) betr. Generationen im Klassenzimmer – Seniorinnen und Senioren in der Schule**

---

**Parlamentspräsident R. Diener:** Beantwortung der Interpellation betreffend Generationen im Klassenzimmer – Seniorinnen und Senioren in der Schule. Das Wort hat der Erstinterpellant André Zuraikat.

**A. Zuraikat (Die Mitte/EDU):** Die Mitte/EDU-Fraktion nimmt die Antwort der Zentralschulpflege zur Interpellation positiv zur Kenntnis.

Das Programm «Generationen im Klassenzimmer» scheint ein grosser Mehrwert für den Schulalltag zu sein. Wir begrünnen es, dass der Stadtrat und die Zentralschulpflege das ebenso sehen. Es besteht eine Leistungsvereinbarung zwischen dem Dienstleistungszentrum Winterthur-Weinland der Pro Senectute Kanton Zürich und der Stadt Winterthur. Das offenbar seit vielen Jahren. Pro Senectute übernimmt die Vermittlung der Seniorinnen und Senioren und definiert mit ihnen die Einsätze in den Schulen. In ungefähr 450 Kindergarten- und Primarschulklassen der Stadt Winterthur sind zurzeit rund 75 freiwillige Seniorinnen und Senioren engagiert. Und gemäss Aussage der Zentralschulpflege ist das Programm auch ein grosser Erfolg für alle Beteiligten und nicht mehr aus dem Schulalltag wegzudenken.

Das Angebot hat zum Ziel, Mehrwert für den Schulalltag zu schaffen und dabei gleichzeitig Lehrpersonen bei ihren täglichen Tätigkeiten zu unterstützen. Wir sind überzeugt, dass vor allem die Schülerinnen und Schüler von diesem Angebot profitieren, besonders auch, weil es einen Dialog zwischen den Generationen fördert. Die junge Generation kann die ältere Generation positiv erleben – und umgekehrt. Beide können voneinander lernen. Und die Seniorinnen und Senioren können weiterhin aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben und ihr Wissen, ihre Erfahrungen auf wertvolle Weise einbringen.

Was aber aus der Antwort auf die Interpellation hervorgehoben wird, ist, dass die Information zum Programm auf der Website der Stadt Winterthur vorgefunden werden kann. Stand heute – ich habe gerade vorhin nachgeschaut – wird zwar bei der Pro Senectute Kanton Zürich unter «Leben in Winterthur» die Fachstelle Alter und Gesundheit und Soziales und Freizeit und Sport erwähnt, allerdings bekommt man keine Informationen zum Programm. Und im Bereich Bildung und Schule wird weder Pro Senectute erwähnt noch Informationen zum Programm. Wir bitten den Stadtrat, dem nachzugehen und die Informationen klar – entweder unter «Für Lehrpersonen und Schulklassen» oder «schulische Unterstützung» anzubringen.

Es freut uns allerdings zu sehen, dass die Zusammenarbeit mit der Pro Senectute sehr gut funktioniert. Offenbar ist auch ein Interesse der Seniorinnen und Senioren stetig vorhanden, welche sich bei Pro Senectute für Einsätze melden. Wir sind ihnen sehr dankbar. Die Zentralschulpflege schreibt in ihrer Antwort, dass im Programm auch pensionierte Lehrpersonen vorhanden sind. Und genau da sehen wir eben das grosse Potenzial, dass diese Persönlichkeiten mehr als (Zitat) «eine niederschwellige Unterstützung der Schülerinnen und Schüler» sein können. Und eben auch sonderpädagogische Massnahmen vornehmen könnten. Da sehen wir ein grosses Potenzial.

Die 75 Freiwilligen decken 600 Schulklassen ab. Das entspricht einer Quote von 12,5%. Wir begrünnen es sehr, dass unser Vorstoss dazu bewirkt hat, dass die Leistungsvereinbarung mit der Pro Senectute so angepasst wurde, damit eine steigende Anzahl an Seniorinnen und Senioren aufgenommen werden konnte. Wir erwarten aber auch, dass das Rollenverständnis so definiert wird, damit den Freiwilligen noch mehr Aufgaben gegeben werden können. Und Lehrpersonen im Alltag noch weiter entlastet werden.

Insgesamt sind wir als Mitte/EDU-Fraktion zufrieden mit der Antwort zur Interpellation, bedanken uns bei der Zentralschulpflege für ihre Ausführungen und die daraus erstellten Massnahmen und nehmen diese positiv zur Kenntnis.

**M. Wegelin (SVP):** Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Die SVP nimmt die Antwort positiv zur Kenntnis.

Es wurde schon sehr viel gesagt von André und ich erlaube mir, da nur 2 – 3 Anmerkungen.

1. Die Förderung eines vermehrten Einsatzes von Seniorinnen und Senioren in den Klassenzimmern oder auch in der schulergänzenden Betreuung ist aus Sicht der SVP zwingend nötig. Immerhin weist das vorliegende Budget plus 13,71 Stellen in der schulergänzenden Betreuung aus. Mit freiwilligen Seniorinnen und Senioren könnte man diesen Entwicklungen zumindest ein bisschen entgegenwirken. Und in der momentanen Situation ist wohl jede Hilfe in den Klassenzimmern willkommen. Denn anstatt zum Beispiel die Flüchtlingskinder in separaten Klassen mit ebenfalls geflüchteten Lehrpersonen zu beschulen, belasten wir unsere schon so am Anschlag laufenden Lehrpersonen mit weiteren, fast unmöglichen Aufgaben.

2. Es darf nicht sein, dass man Personen ab 65 Jahren nicht mehr die Möglichkeit gibt, an diesem Projekt von Pro Senectute teilzunehmen, nur weil sie seit der Corona-Pandemie als besonders gefährdete Personen gelten. Jeder Person ab 65 Jahren sollte es freigestellt sein, selbst zu entscheiden, ob sie sich als besonders gefährdet anschaut und sich deshalb für dieses Programm nicht zur Verfügung stellen möchte. Das nennt man Eigenverantwortung. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

**R. Dürr für N. Wenger (Grüne/AL):** Nina hat ihre Voten da bereit, sie ist aber leider heiser und hat keine Stimme. Deshalb lese ich ihre Voten vor. Sie hat sie auf Zürichdeutsch geschrieben – ich gebe mein Bestes...

Die Möglichkeit, dass Schülerinnen und Schüler vom Austausch mit älteren Generationen profitieren, ist wichtig und sinnvoll. Es wäre natürlich auch schön, wenn die Unterstützung noch mehr stattfinden könnte. Allerdings leuchtet es auch ein, dass es wahrscheinlich nicht ganz einfach ist, genügend Seniorinnen und Senioren zu finden für die vielen Klassen. Dennoch finden wir von der Fraktion Grüne/AL es wichtig, dass die Stadt Winterthur weiterhin das Angebot fördert und unterstützt

Aber man sollte dabei nicht vergessen, dass wenn Bedarf an zusätzlicher Unterstützung für Klassen besteht, unbedingt auch genügend Fachpersonen eingesetzt werden sollen.

Die Fraktion Grüne/AL nimmt die Antwort zur Kenntnis und bedankt sich beim Stadtrat.

**N. Holderegger (GLP):** In der gemeinsam erstellten Broschüre des Schulrats der Stadt Zürich mit der Pro Senectute des Kantons Zürich steht «Austausch zwischen den Generationen ist eine Bereicherung für alle». Im Mittelpunkt steht der Austausch zwischen verschiedenen Generationen. Das fördert das gegenseitige Verständnis und bereichert den Alltag. Im Kontakt mit den Schülerinnen und Schülern stellen ältere Personen ihre Lebenserfahrung, Geduld und Zeit zur Verfügung. Ich denke, dass ist für uns alle hier drinnen ein wertvoller Wert, zumal unsere Gesellschaft altert und wir neue Lösungen brauchen.

Gemäss dem Stadtrat besteht mit der Pro Senectute seit vielen Jahren eine Leistungsvereinbarung für den Einsatz von Senioren und Seniorinnen im Rahmen dieses Programmes. Wir haben es gehört von der EDU/Mitte-Fraktion: Das Programm ist ein grosser Erfolg, der Einsatz in der Stadt Winterthur. Und diese Leistungsvereinbarung ist zielführend überarbeitet worden.

Wir haben auch gehört, dass das Programm geschätzt wird. Es wird an vielen Orten eingesetzt, in ungefähr 450 Kindergärten. Und wir haben aktuell rund 75 freiwillige Senioren und Seniorinnen engagiert.

In der eingangs erwähnten Broschüre steht aber auch: «Der Einbezug von älteren Menschen hat die Bereicherung des Unterrichts zum Ziel» - und nicht die Entlastung der Lehrpersonen oder die spezifische Förderung von einzelnen Schülerinnen und Schülern. Und genau in diesem Bezug hätten wir hier in Winterthur Bedarf. Wieso kann man das nicht kombinieren? Immer wieder hört man, dass Lehrpersonen infolge verhaltensauffälliger Schüler oder weil die

Klasse zu heterogen ist, gar nicht mehr zum Unterrichten kommen. Und dem müssen wir Gegensteuer geben. Da fragt man sich doch auch: Was können fachlich geeignete pensionierte Lehrerinnen und Lehrer in Zukunft leisten? In diese Richtung sollte es gehen, meine Damen und Herren. Und wir fragen uns auch, was da geleistet werden kann. Denn es steht in dieser Broschüre auch, dass explizit pädagogische Kenntnisse nicht vorausgesetzt werden.

Wir von den Grünliberalen danken dem Stadtrat für diese Antwort. Wir nehmen sie positiv zur Kenntnis. Wir sind davon überzeugt, dass man schauen muss, wie man in Zukunft pensionierte Fachkräfte gewinnen kann, genau für dieses Programm. Das wäre aus unserer Sicht die Stossrichtung, die es einzuschlagen gilt. Besten Dank.

**M. Steiner (SP):** Ich kürze da ab, meine Vorredner/-innen haben die Wichtigkeit schon genannt, welche diese Senioren und Seniorinnen im Schulalltag haben und dass sie sehr willkommen sind. Und wir sehen auch keine Veranlassung, aufgrund der Interpellationsantwort seitens Stadt weiter aktiv zu werden. Falls die Intention der Interpellanten mit diesem Vorstoss gewesen sein sollte, dem aktuellen Lehrer/-innen-Mangel entgegenzutreten, wäre das für uns der falsche Weg – aber das haben wir jetzt so nicht gehört.

Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung und nehmen sie zustimmend zur Kenntnis.

**D. Roth-Nater (EVP):** Auch ich sage nicht mehr viel dazu. Was mir noch aufgefallen ist: Dass man allenfalls noch ein Augenmerk haben sollte auf pensionierte Heilpädagog/-innen. Genau diese mit ihrer besonderen Begabung könnten auch in Kindergartenklassen eingesetzt werden, ihre Hilfe können wir auch annehmen.

Auch die EVP nimmt die Antwort zu dieser Interpellation positiv zur Kenntnis.

**Ch. Maier (FDP):** Danke vielmals für die Beantwortung der Interpellation. Die Zusammenfassung ist klar: Der Einsatz von Seniorinnen und Senioren wird von allen Anspruchsgruppen geschätzt. Das Problem ist, es gibt einfach zu wenige, die das machen. Mit 12,5% kommt man auf keinen grünen Zweig. Deshalb ist das die Herausforderung: Wie bringt man mehr Senioren in unsere Klassen? Und vielleicht ist das gar nicht Deine Aufgabe, Jürg, sondern eher die von Nicolas – ich weiss es auch nicht. Sprecht miteinander und schaut, dass mehr Senioren in die Klassen kommen.

**Stadtrat J. Altwegg:** Ich freue mich auch da über die gute Aufnahme unserer Antworten. Und André Zuraikat, Du hast da schon ganz viele Fakten ausgebreitet, da kann ich auch nicht viel mehr dazu sagen. Ich glaube, das war umfassend.

Man sieht auch, es läuft schon einiges da in Winterthur. Und klar, auch wir würden uns wünschen, dass wir da mehr hätten. Das hat jetzt gerade Christian Maier erläutert: Der Personenpool, den man hat, ist einfach doch massiv eingeschränkt. Und ein Teil bricht ja dann auch wieder weg – es gibt zwar wieder Neue, das ist der Vorteil. Und es bleibt eine freiwillige Arbeit, das kann man nicht verordnen. Und von daher sind wir darauf angewiesen, dass sie sich halt wirklich selbst melden oder mittels guter Motivation durch Pro Senectute auf das aufmerksam werden.

Vielleicht noch als Nebensatz: Pensionierte Lehrpersonen und schulische Heilpädagog/-innen setzen wir bis zum 70. Altersjahr einsetzen. Gerade bei den Heilpädagog/-innen sind wir um alle froh, weil wir dort händeringend danach suchen. Und wenn nach 65 jemand noch länger arbeiten will, dann sind wir um jede Lehrkraft froh, die da weitermachen möchte. Und das darf man vom Kanton aus tatsächlich bis 70 auch machen.

Herzlichen Dank auch für den Hinweis für das schwierige oder gar nicht Auffinden auf der Website. Ich gehe dem nach. Das ist natürlich überhaupt nicht die Idee, sondern das sollte man möglichst gut finden. Wir werden schauen, was wir dort machen können. Besten Dank.

**Parlamentspräsident R. Diener:** Danke an den Stadtrat. Damit haben wir auch diese Interpellation abgeschrieben.

## 18. Traktandum

### **Parl.-Nr. 2021.15: Beantwortung der Interpellation M. Wegelin (SVP), A. Zuraikat (Die Mitte), M. Della Vedova Mumenthaler (GLP) und Ch. Maier (FDP) betr. Schaffung der rechtlichen Grundlagen für die Anstellung von Klassenassistenten für die Förderstufe 2**

---

**Parlamentspräsident R. Diener:** Beantwortung der Interpellation betreffend Schaffung der rechtlichen Grundlagen für die Anstellung von Klassenassistenten für die Förderstufe 2. Das Wort hat als Erstinterpellantin Maria Wegelin.

**M. Wegelin (SVP):** Vielen Dank für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Ich kann es eigentlich ganz kurz machen, weil in der Verordnung vom 29. August 2022 über die Volksschule der Stadt Winterthur, die wir ja erst gerade vor kurzem hier drinnen beschlossen haben, steht im Art. 6 Schulische Integration «Die Schulpflege kann zur Stärkung der Integration der Regelschulen neue Angebote im Rahmen der mit dem Budget bewilligten Mittel einführen und die Ausgestaltung der Angebote regeln.» Zudem steht im Rahmenkonzept Schulische Integration unter dem Titel «Einsatz Schulkredit Integrative Schule», dass mit diesem Kredit Massnahmen wie Klassenassistenten für die ISR-Settings für Unterricht und Schule finanziert werden können.

Somit sind die rechtlichen Grundlagen geschaffen worden, um Klassenassistenten für die Förderstufe 2 im Rahmen des Sonderschulbudgets einsetzen zu können.

Die Schwierigkeit sehen wir aber darin, dass die Schulleitungen seit der Einführung des Rahmenkonzepts Schulische Integration über den effizienten Einsatz des Schulkredits verantwortlich sind, jedoch die Schulpflegen die neuen Angebote einführen und ihre Ausgestaltung regeln. Wir hoffen jetzt, dass die Zusammenarbeit zwischen Schulpflege und Schulleitungen reibungslos klappt, der Einsatz von Schulassistenten auch wirklich in Betracht gezogen wird, um den explodierenden Sonderschulkosten entgegenzuwirken. Und dass so ein Beitrag geleistet wird zu einem sorgfältigen Umgang mit unseren Steuergeldern.

Die SVP nimmt die Beantwortung der Interpellation positiv zur Kenntnis. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

**A. Zuraikat (Die Mitte/EDU):** Auch wir nehmen die Antwort des Stadtrats und der Zentralschulpflege zur Interpellation positiv zur Kenntnis. Dass die Schulassistenten Heilpädagoginnen und Heilpädagogen nicht ersetzen können, leuchtet uns ein und wir teilen entsprechend auch die Haltung von ZSP und Stadtrat.

Wir begrüssen es allerdings, dass für die Schulleitungen mehr Spielraum für die individuelle Mittelplanung gegeben wird. Dabei soll es nicht nur darum gehen, mehr oder weniger Mittel zu verwenden, sondern die Mittel situationsgerecht und flexibel dort einsetzen zu können, wo sie benötigt werden. Wie es Maria Wegelin schon erwähnt hat, soll mit dem Rahmenkonzept Schulische Integration ausserdem sichergestellt werden, dass die Zusammenarbeit aller Akteure gefördert und optimiert wird.

Mit der Änderung der VVO, also dem Art. 8, der bereits erwähnt wurde, die wir vor einigen Wochen im Stadtparlament verabschiedet haben, wurde diesen beiden zentralen Punkten Rechnung getragen.

Insgesamt sind wir als Mitte/EDU-Fraktion zufrieden mit der Antwort, bedanken uns beim Stadtrat und der Zentralschulpflege für ihre Ausführungen und die daraus erstellten Massnahmen. Wir nehmen sie positiv zur Kenntnis.

**N. Holderegger (GLP):** Die vorliegende Interpellation wurde ja auch schon vor über einem Jahr eingereicht. Aus Sicht der grünliberalen Fraktion ist es richtig und wichtig, dass Klassenassistenzen unterstützen und entlasten, aber schulisches Fachpersonal nicht ersetzen können. Das darf nicht zum Umgehen von kantonalen Bestimmungen zum Einsatz von Lehrpersonal führen. Dazu dienen Klassenassistenzen nicht.

Wie Maria Wegelin schon ausgeführt hat, ist diese Interpellationsantwort zeitlich in weiten Teilen schon überholt, weil wir ja am 29. August 2022 Art. 6 in der neuen Verordnung zur Volksschule in der Stadt Winterthur geschaffen haben. Die neue Schulpflege verfügt mit dieser Bestimmung über den notwendigen Handlungsspielraum im Rahmen des bewilligten Budgets, unkontrolliertes Kostenwachstum ist damit nicht mehr möglich. Zudem sollte die neue Schulpflege in der Lage sein, die Zweckmässigkeit, die Eignung, die Erforderlichkeit und die Verhältnismässigkeit im engeren Sinn des Einsatzes von Klassenassistenzen in der Förderstufe 2 im Rahmen des bewilligten Budgets abzuschätzen.

Die grünliberale Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrats zustimmend zur Kenntnis und bedankt sich dafür.

**Ch. Maier (FDP):** Im Grundsatz sind wir uns wohl alle einig: Wir wollen die bestmögliche Bildung für möglichst viele Schülerinnen und Schüler. Aufgrund der immer begrenzten Mittel (und zwar finanziell wie personell) müssen wir aber Prioritäten setzen und auch Abwägungen vornehmen. Und da fängt die Politik an.

Wir als FDP wünschen uns möglichst viele Entscheidungskompetenzen auf möglichst tiefer Stufe und eine Trendumkehr in der Primarschule: Weniger Bezugspersonen für Schülerinnen und Schüler, weniger Personen im Klassenzimmer, kleinere homogenere Klassen, Stärkung der Lehrperson. Die neue Gemeindeordnung und die neue Volksschulverordnung gehen da in die richtige Richtung. Sie stellen in Bezug auf die Flexibilisierung den Mitteleinsatz in die Verantwortung der Schulleitungen, auch in Bezug auf die Förderstufe 2.

Die Herausforderung ist aber nicht die politische Diskussion und das Schreiben einer neuen Verordnung, sondern die Umsetzung in der Praxis. Wir haben grossen Respekt vor den Aufgaben der Lehrpersonen und danken ihnen für ihren grossen Einsatz – Kaspar – trotz der immerwährenden Veränderungen, mit denen wir konfrontiert sind.

Was bleibt zu machen? Keine Integration um jeden Preis von Schülerinnen und Schülern, die den Unterricht durch ihr auffälliges Verhalten stören; Anpassung der kantonalen Bestimmungen, dass unter Anleitung von Fachpersonen und mit dem Einsatz von Schulassistenzen ausgliedert werden kann, wenn das nachweislich sinnvoll ist.

Wir danken für die Beantwortung und nehmen sie positiv zur Kenntnis.

**M. Steiner (SP):** Es sind schwierige Zeiten, wir haben es schon gehört, im Klassenzimmer: Zuerst die Pandemie, Fernunterricht, Maskenpflicht, Elternkonflikte. Dann kam der Ukraine-Krieg, Flüchtlingskinder, Extraklassen, Sprachprobleme. Wir haben das schon vorhin gehört, bei den vorhergehenden Interpellanten. Viele Lehrerinnen und Lehrer arbeiten schon seit mehr als zwei Jahren am Limit. Und jetzt laufen die Schulen bereits in den nächsten Hammer. In diesem Schuljahr fehlen im ganzen Kanton, Dutzende von Lehrkräften. Die Schulleitungen behelfen sich vielerorts mit fragwürdig qualifizierten Quereinsteigern und fachfremden Klassenassistenzen. Wir haben die Antwort vielleicht ein bisschen anders interpretiert als mein Vorredner.

Die Intention dieser Interpellation scheint eigentlich löblich, man möchte das System Schule entlasten. Der Weg dorthin, wie die Interpellant/-innen das durchschreiten wollen, ist allerdings für uns mehr als fragwürdig. Klassenassistenzen sollen wo möglich schulische Heilpädagog/-innen ersetzen, notabene ausgewiesene Fachpersonen mit einem dreijährigen Studium. Das sind für uns unüberlegte Notlösungen, die zum Bumerang werden. Der Einsatz von Schulassistenzen darf auch nicht zur Umgehung der übergeordneten Bestimmungen führen.

Lassen Sie mich das erläutern: Wir sind sehr für den Einsatz von Klassenassistenzen an den Winterthurer Schulen. Als zusätzliche Unterstützung. Dort, wo keine professionelle Hilfe be-

nötigt wird. Aber ganz sicher nicht als Ersatz für professionelle Fachkräfte. Dass Klassenassistenzen als ergänzende Unterstützung zusätzliche Kosten zur Folge hätten, hat der Stadtrat in seiner Interpellationsantwort darlegen können. Wir wären da gespannt, ob der bürgerliche Teil diesen Millionenbetrag oder das zusätzliche Steuerprozent im Budgetprozess allenfalls unterstützen würde. Wir wären dabei.

Wir müssen das strukturelle Problem, das wir haben, nachhaltig lösen. Den Schulen gelingt es nämlich nicht, ausreichend qualifizierte Lehrkräfte zu rekrutieren und vor allem auch zu halten. Das ist ein Fakt. Viele verlassen den Beruf frühzeitig, viele brennen aus, weitere wechseln in die Privatwirtschaft. Statt unqualifizierten Quereinsteigern und Klassenassistenzen braucht es bessere Arbeitsbedingungen: Entlasten und Aufwerten heisst die Lösung. Solche Massnahmen - ich wiederhole mich, ich weiss, es ist langweilig, liebe Bürgerliche – die kosten. Und nur so lässt sich der Kontrast auflösen zwischen dem gesellschaftlichen Leistungsanspruch an die Schulen und den realen Gegebenheiten in den Klassenzimmern, die wir jeden Tag haben da in Winterthur.

Die SP-Fraktion dankt dem zuständigen Stadtrat für die Beantwortung dieser Interpellation und nimmt sie zustimmend zur Kenntnis.

**R. Dürr für N. Wenger (Grüne/AL):** Die Schulassistenzen sind wertvoll und wichtig, aber Heilpädagogen und Heilpädagoginnen sind nicht wegzudenken aus unserem Schulsystem. Dort, wo Schulassistenzen Arbeiten übernehmen können, sollen sie das und können sie das auch. Es ist aber auch wichtig, dass wir nicht vergessen, dass Schüler/-innen auf der Förderstufe 2 Massnahmen und Betreuung brauchen, welche nicht durch Schulassistenzen gewährleistet werden können. Dafür braucht es Heilpädagoginnen und Heilpädagogen.

Heilpädagog/-innen durch Schulassistenzen zu ersetzen, würde zwar die Sonderschulkosten senken – aber ist es wirklich das, was wir wollen? Kosten senken auf dem Buckel der Kinder, auf dem Buckel derjenigen, die gerade am wenigsten dafür können.

Die Fraktion Grüne/AL nimmt die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis und bedankt sich dafür.

**Stadtrat J. Altwegg:** Einmal mehr besten Dank für die positive Aufnahme unserer Antworten. Es wurde mehrfach das Rahmenkonzept Schulische Integration erwähnt. Ich bin sicher, die neue Schulpflege, die Leitung Bildung und selbstverständlich auch die Schulleitungen werden miteinander einen Weg finden, um dem Konzept gut nachleben zu können.

Ich freue mich auch, dass im neuen System die neuen Strukturen diese Chancen geben. Und ich bin zuversichtlich, dass wir innert nützlicher Frist da Erfolg einfahren werden können.

Wahrscheinlich noch nicht schon auf die nächste Rechnungslegung, aber in den nächsten Jahren, meine ich, sollte das sicher Erfolg erzielen.

Wo ich auch nochmals den Ball aufnehmen möchte von Markus Steiner bezüglich Erwartungsmanagement: Assistenzen sind kein Ersatz für schulische Heilpädagog/-innen. Sondern eine wertvolle Ergänzung. Wertvoll durchaus auch im monetären Sinn. Es wird nicht ganz ohne finanzielle Mittel möglich.

**Parlamentspräsident R. Diener:** Danke, Jürg Altwegg, für dieses Schlusswort.

Wir sind jetzt mit diesem Geschäft auch am Schluss angelangt und können das auch abschreiben und als erledigt taxieren.

## 19. Traktandum

### **Parl.-Nr. 2021.26: Beantwortung der Interpellation G. Stritt (SP), D. Roth-Nater (EVP), K. Gander (AL/Grüne) und M. Della Vedova Mumenthaler (GLP) betr. Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Anschlusslösung**

---

**Parlamentspräsident R. Diener:** Beantwortung der Interpellation betreffend Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Anschlusslösung. Das Wort hat Gabi Stritt (SP) als Erstinterpellantin.

**G. Stritt (SP):** Die SP dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Das Ende der Schulzeit ist für alle Jugendlichen ein wichtiger Schritt auf dem Weg des Erwachsenwerdens. In dieser Phase müssen sich die jungen Menschen für eine Berufsausbildung oder eine weiterführende Schule entscheiden und auch sonst warten in der Adoleszenz und bei der Identitätsfindung noch weitere herausfordernde Themen auf sie. Wie die Interpellationsantwort des Stadtrats festhält, ist das Ausbildungsangebot in verschiedenen Berufsfeldern in der aktuellen Situation ziemlich ausreichend. Allerdings matcht dies nicht immer mit den Wünschen oder auch den Voraussetzungen der jungen Menschen, die solche Stellen brauchen oder suchen. Und wohl alle jungen Menschen benötigen in dieser Phase mehr oder weniger Unterstützung. Ich habe das als Mentorin von jungen Frauen mit Migrationshintergrund in der Vergangenheit selbst erfahren können. Nämlich dort, wo das familiäre Umfeld vorhanden ist und die Eltern über das entsprechende Wissen der Ausbildungswelt in der Schweiz verfügen, kann der Support geleistet werden, die Herausforderungen können gemeinsam bewältigt und auch Krisen können gemeistert werden. Dies ist aber leider nicht bei allen Jugendlichen so. Oft verfügen die Eltern nicht über das Wissen und können auch mit grossem Willen ihre Kinder nicht ausreichend begleiten. Dazu kommt eine Anzahl von Jugendlichen, die bereits in der Schule als unmotiviert und zum Teil auch als psychisch auffällig erkannt werden, oder auch mit einem mehrfach belasteten Umfeld. Sie alle benötigen mehr.

Die Schule engagiert sich sehr, damit alle Schulabgänger/-innen eine Anschlusslösung haben und so können auch viele Jugendliche in das 10. Schuljahr Profil, welches sicher eine ganz gute Lösung ist. Geht aber auch dieses Jahr ohne Aussicht auf einen Ausbildungsplatz zu Ende, werden die jungen Erwachsenen weder im Rahmen eines Monitorings erfasst, noch haben sie Zugang zur Fachstelle für junge Erwachsene, wenn sie keine Sozialhilfe beziehen. Es ist ein bisschen irritierend, denn diese Fachstelle sollte eigentlich allen zur Verfügung stehen, welche dieses Angebot brauchen. So steht es mindestens im Konzeptpapier. Dort heisst es nämlich: «Grundsätzlich sollen alle in Winterthur wohnhaften Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit ausgewiesenem Unterstützungsbedarf von den Dienstleistungen und Angeboten der Fachstelle Junge Erwachsene profitieren können.» Aus meiner Sicht sollte eine Zusammenarbeit zwischen dem BIZ, der Schule oder dem Profil und der Fachstelle für junge Erwachsene bestehen und Jugendliche ohne Anschlusslösung dort auch gemeldet werden. Die Begründung im Bericht besagt, der Datenschutz sei da ein Hindernis. Das greift für uns ein bisschen zu kurz, denn man könnte zum Beispiel bei der Anmeldung im BIZ bereits schriftlich festhalten, dass die Jugendlichen das Einverständnis geben, dass man diesen Austausch pflegen kann mit dieser Fachstelle. So macht dies übrigens auch die Stadt Zürich.

In der Antwort werden viele Fachstellen aufgezählt, die sicher alle gute Arbeit leisten. Dass junge Erwachsene ohne Anschlusslösung nach dem Profil ans RAV verwiesen werden, ist sicher auch richtig. Nur ist das Problem häufig, dass sie dort gar nicht ankommen, weil es bereits eine zu hohe Hürde ist.

Es sollte aus meiner Sicht ein erklärtes Ziel von Winterthur sein, dass alle jungen Menschen über einen Ausbildungsabschluss verfügen – wenn immer möglich. Deshalb müsste man

auch bei der Prävention ansetzen und die Fachstelle müsste wirklich für alle jungen Erwachsenen und jungen Menschen offenstehen, so wie dies im Konzept auch vorgesehen ist. Das würde aber auch heissen, dass diese Stelle über entsprechende Ressourcen verfügt, damit sie diese Aufgabe auch wirklich übernehmen kann.

Aus Sicht der SP fehlt in Winterthur klar ein niederschwelliges Angebot, welches unterstützungsbedürftige Jugendliche und junge Erwachsene «abholt», sie bei der Lehrstellensuche begleitet und auch den Prozess der Ausbildung, wenn es notwendig ist, begleitend coacht. Dazu könnte auch die Unterstützung eines Ausbildungsbetriebes in Krisen gehören, damit es nicht zu vorzeitigen Lehrabbrüchen kommt, beziehungsweise diese vorher aufgefangen werden können. Es ist eine Tatsache, dass es nicht für eine riesige Zahl von jungen Menschen nötig ist. Aber es ist eine sinnvolle Investition, die sich langfristig sicher auszahlen würde. Das auch mit dem Wissen, dass das Risiko, in die Sozialhilfe zu kommen, gerade bei Menschen ohne Ausbildung sehr hoch ist.

Die SP nimmt die Interpellationsantwort zur Kenntnis und dankt allen, die sich bei der Erarbeitung des Berichts beteiligt haben. Das Thema ist aber für uns noch nicht wirklich nicht erledigt.

**D. Roth-Nater (EVP):** Die EVP dankt dem Stadtrat für die Antwort der Interpellation. Wie es Gabi Stritt schon ausführlich gesagt hat, ist die Berufswahlzeit und der Übergang in das Erwachsenenalter eine herausfordernde Zeit. Im Besonderen für Jugendliche, die nicht auf den Support aus dem familiären Umfeld zählen können und auch persönlich wenig Ressourcen haben. Ich möchte dazu ermutigen, dass die Zusammenarbeit noch vertiefter stattfinden kann, die Hürden der Bürokratie sollen überwunden werden und die Jugendlichen sollen effektiv ins Zentrum gestellt werden.

Wir möchten ermutigen, in die Zukunft zu investieren. Im Besonderen das Augenmerk auf die schwächsten Schüler/-innen zu haben. Denn auch diese haben Begabungen und das Potenzial, in das Berufsleben einzusteigen. Und wir als Stadt sind froh über jede junge Person, die nach neun Jahren Schule - oder vielleicht auch zehn Jahren oder elf – den Einstieg in eine Lehre und dann auch den Abschluss dieser Lehre erfolgreich bewerkstelligt. Da braucht es einfach auch eine niederschwellig zu erreichende Hilfe.

Die EVP nimmt die Interpellation zur Kenntnis und ermutigt, weiter dranzubleiben.

**R. Dürr für N. Wenger (Grüne/AL):** Auch die Fraktion Grüne/AL dankt dem Stadtrat für die Antwort. Meine Vorrednerinnen haben schon vieles gesagt, aber ich möchte das von Nina Wenger doch auch noch einbringen: Nebst dem, dass es für die betroffenen Schulabgängerinnen und Schulabgänger, die keine Anschlusslösung haben, einen grossen Frust bedeutet, sprechen wir da auch von einer möglichen Belastung unseres Sozialsystems.

In der Antwort des Stadtrats wird ersichtlich, dass es diverse Massnahmen und Ansätze gibt, die den Betroffenen helfen sollen. Trotzdem verstehen wir nicht, weshalb die Fachstelle für junge Erwachsene nur für Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler zuständig ist. Auch die anderen jungen Erwachsenen brauchen eine Anlaufstelle. Ebenfalls irritierend finden wir, dass es keine begleitete Meldung beim RAV gibt. Gerade dort wäre es doch wichtig, dass es irgendeine Möglichkeit gibt, dass die Betroffenen den Weg nicht ganz alleine in Angriff nehmen müssen. Das bedeutet, dass wir in die entsprechenden Stellen und Angebote investieren müssen. Längerfristig wird sich das nämlich lohnen.

Die Fraktion Grüne/All nimmt die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis. Aber auch für uns ist klar, dass es bei diesem Thema noch einiges zu machen gibt.

**N. Holderegger (GLP):** Die Interpellation wurde am 19. April 2021 eingereicht. Es geht um Jugendliche und junge Erwachsene, wir haben es gehört, die nach dem Schulabschluss keine geeignete Anschlusslösung haben. Und sie laufen damit Gefahr, in unser Sozialversicherungssystem hineinzulaufen, nicht mehr herauszukommen, Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen, auch dort nicht herauszufinden. Das wäre oder das ist in Bezug auf unsere Gesellschaft nicht gut. Es ist auch für den jungen Menschen nicht gut. Es ist aber auch einfach für die Kostenfolgen, für die Kostenentwicklung in der Stadt Winterthur nicht gut.

An den Verhältnissen, wie sie sich zur Zeit der Interpellationsantwort dargestellt haben, hat sich zwischenzeitlich wenig verändert. Die Interpellationsantwort ist aus Sicht der grünliberalen Fraktion einlässlich begründet und zeigt den wichtigen Grundsatz: Bildung vor Anschlusslösung.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die Fachstelle obligatorisch für Jugendliche ist. Sie werden dort obligatorisch gemeldet, wenn sie Sozialhilfe beziehen. Für die anderen Jugendlichen, wir haben es gehört und da habe ich durchaus Verständnis für meine Vorredner und Vorrednerinnen, sollte sie zumindest freiwillig sein.

Wichtig ist aus Sicht der grünliberalen Fraktion auch, dass auf die fehlende rechtliche Grundlage für einen weitergehenden Datenaustausch nach Schulabschluss hingewiesen wurde. Eine solche gesetzliche Grundlage ist auch im neuen Art. 11 der neuen Verordnung über die Volksschule vom 29. August 2022 nicht zu sehen. Die Schaffung einer solch spezifischen gesetzlichen Grundlage zur Weitergabe von Personendaten nach Schulabschluss würde meines Erachtens auch zu weit führen.

Wir haben mit jungen Erwachsenen zu tun, die an der Grenze sind zum Erwachsenwerden. Und Erwachsenwerden heisst auch, für sich selbst einstehen, heisst auch, zumindest in der Lage sein, niederschwellige Angebote in Anspruch zu nehmen. Solche Angebote hat es in Winterthur genügend. Zu überlegen bleibt wie gesagt, ob man diese Fachstelle noch anders – niederschwelliger – ausbauen kann, nicht nur auf die sozialhilfebeziehenden Schüler und jungen Erwachsenen beschränkt.

Und ferner möchte ich auch noch darauf hinweisen: Wenn wir Jugendliche und junge Erwachsene haben, die in Gefahr laufen, dass sie keine Anschlusslösung finden, dann ist es jeder Person in der Stadt Winterthur überlassen, der KESB eine entsprechende Gefährdungsmeldung zu erstatten. Spätestens dann müsste sie die persönlichen Verhältnisse genauer klären. Und dann hätten wir sicher auch eine – vielleicht – effektive Lösung auf dem Tisch.

**Ch. Maier (FDP):** Ich kann mich nicht mehr an viel erinnern, was mein VWL-Prof gesagt hat, aber an etwas kann ich mich noch sehr genau erinnern. Er sagte: Historisch gesehen ist der Anteil an Leuten in unserer Bevölkerung, der keine Ausbildung hat, der ungelernt ist, ziemlich konstant in der Geschichte. Und er wird es wohl auch in Zukunft so sein. Das Problem ist, dass in unserer Gesellschaft in der Zukunft Jobs für Leute, die genau einen solchen Hintergrund haben, abnehmen. Das ist die grösste Herausforderung für uns als Gesellschaft in Zukunft. Das hat er gesagt.

Und ich glaube, wir sind jetzt genau an diesem Punkt bei dieser Thematik. Einen Job zu haben ist das Allerwichtigste und bewahrt die Betroffenen und unsere Gesellschaft vor ganz vielen Problemen. Speziell die Integration von jungen Erwachsenen ist von zentraler Bedeutung, das hat nämlich ein Leben lang Folgen.

Wir machen da, vor allem durch unsere Berufslehren, vieles besser als andere Länder. Wir müssen aber darauf achten, dass wir am Puls der Zeit bleiben und die sich ständig ändernden Herausforderungen miteinbeziehen.

Im Grundsatz erscheint uns das geschilderte Vorgehen und das Engagement der Stadt sinnvoll und wir danken ganz herzlich für das.

Wie anspruchsvoll und zeitintensiv die Integration in die Arbeitswelt von Menschen mit besonderen Bedürfnissen ist, das erlebe ich laufend in unserem eigenen Betrieb: Wir haben sieben Lehrstellen auf 33 Beschäftigte. Wir bereiten die Schülerinnen und Schüler auf den Bewerbungsprozess vor, wir haben schon Flüchtlinge ausgebildet, wir bilden Lernende mit eingeschränkten Möglichkeiten aus, wir machen Umschulungen von IV-Fällen. Was wir selbst erleben, ist die Wichtigkeit einer engen und nicht optionalen persönlichen Betreuung, weil die Betroffenen sonst im unübersichtlichen Angebot von involvierten Personen und Stellen irgendwann auf Funkstille schalten und abtauchen, wenn es unangenehm oder anstrengend würde.

Wir müssen da aufpassen, dass der an sich gut gemeinte Datenschutz nicht in die Quere kommt, und pragmatische Lösungen finden, um alle problematischen Fälle in der entscheidenden Phase eng zu begleiten. Ob sie das wollen oder nicht.

Spannend wäre zu wissen – schade, dass Nicolas Galladé nicht hier ist – wieso die Sozialhilfequote bei den jungen Erwachsenen so gross ist. Das müssten wir einmal genau erfahren. Und zweitens: Wie ist jetzt die Quote der Anschlusslösungen nach Corona? Ist die gleich hoch wie vor Corona? Es wäre wünschenswert, dass man da etwas sagen könnte dazu.

**K. Vogel (Die Mitte/EDU):** Die Mitte/EDU-Fraktion dankt dem Stadtrat für diese Antworten. Und diese Antworten decken sich mit meinen Erfahrungen aus dem Schulfeld. Ich habe vorhin schon gesagt, dass ich Lehrer bin. Ich bin auf der Sek B/C-Stufe und ich habe tagtäglich mit Schülerinnen und Schülern zu tun, die in genau solche Problemfelder kommen könnten. Und ich meine, wie der Stadtrat das ausführt, wir genügend oder viele Angebote haben. Natürlich, es hat etwas für gewisse Bereiche, das sehe ich auch so.

Aber aus meiner Sicht braucht es eben auch ein gewisses Mass an Motivation, an Selbstmotivation. Und die Freiwilligkeit muss ebenfalls gewährt sein bei solchen Sachen. Man kann nicht alle zu ihrem Glück zwingen. Wir haben auf der Oberstufe ein neues Fach «Berufliche Orientierung», wo wir uns ausführlich mit den Jugendlichen beschäftigen, damit dieser Übertritt funktioniert. Wir haben mit profil. ein 10. Schuljahr, das eine hohe Anschlussquote hat. Während dem Corona-Jahr war es sicher ein Spezialfall, aber ich nehme es so wahr, dass die Allermeisten, die in eine Anschlusslösung überführt werden können, auch eine solche finden.

Wir haben das Mentoring-Programm für Personen mit Migrationshintergrund, das sehr gut ist. Aber es braucht wahnsinnig viel Überzeugungskraft bei teils Eltern, dass sie sich überhaupt auf das einlassen. Das kann man nicht erzwingen. Von den 8, die das bei mir in der Klasse zurzeit nötig hätten, werde ich vielleicht Einen überzeugen können davon, dass er das auch wahrnimmt. Und nicht mehr! Das schafft man einfach nicht.

Und für die Personen, die dann nach profil. keine Anschlusslösung haben oder teilweise auch solche, die direkt nach der Sekundarstufe dorthin gehen, haben wir das RAV mit den Motivationsseminaren.

Aus Sicht der Mitte/EDU-Fraktion hat es genügend Angebote. Und die gewisse Motivation, die die Schülerinnen und Schüler, die Jugendlichen einfach mitbringen müssen, um nachher auch bestehen zu können an diesem neuen Ort, die können wir dieser Person nicht abnehmen. Aus unserer Sicht gibt es zurzeit keinen Handlungsbedarf in dieser Frage.

Wir danken nochmals dem Stadtrat für diese Antworten und wir nehmen sie zustimmend zur Kenntnis.

**Stadtrat J. Altwegg:** Ich glaube, wir sind uns einig: Anschlusslösungen sind sehr wichtig, das schleckt keine Geiss weg. Und ich danke auch für die Ermutigung, da dranzubleiben an dieser ganzen Geschichte.

Ein umfassendes Monitoring wäre aber sehr aufwändig und entsprechend auch anspruchsvoll umzusetzen.

Der Datenschutz ist nicht einfach eine Schutzbehauptung, die wir in unserer Antwort gegeben haben, sondern es ist eben die Knacknuss, wie das Kaspar Vogel und Nicole Holderegger bereits ausgeführt haben. Es besteht eine informationelle Selbstbestimmung, auch von unseren Schulabgängern. Und wenn die das nicht wollen, dann können wir sie nicht dazu zwingen. Und das ist auch gut so, finde ich.

Die Zahl von Jugendlichen, die keine Anschlusslösung hat, ist zum Glück nicht sehr hoch. Trotzdem wäre natürlich ein richtiges Monitoring wünschbar. Und ich bedanke mich schon jetzt für die Unterstützung, wenn es dann in diese Richtung gehen sollte.

Und zu aktuellen Zahlen, Christian Maier, kann ich leider keine genauen Angaben machen. Ich meine, sie seien auf ähnlichem Niveau wie vor Corona, tendenziell noch etwas tiefer. Aber da bin ich eigentlich zuversichtlich, dass das wieder auf eine gleiche Grössenordnung zurückkommt wie vor Corona.

**Parlamentspräsident R. Diener:** Danke an den Stadtrat für den Abschluss bei diesem Geschäft.

Dann ist 21.26 auch abgeschlossen und erledigt.

## 20. Traktandum

### **Parl.-Nr. 2017.146: Antrag und Ergänzungsbericht zum Postulat Ch. Meier (SP), B. Zäch (SP), R. Diener (Grüne), M. Bänninger (EVP) und M. Nater (GLP) betr. Energiewende in Winterthur: Strategie und Vorhaben nach dem Aquifer-Verzicht**

---

**Parlamentspräsident R. Diener:** Antrag und Ergänzungsbericht zum Postulat betreffend Energiewende in Winterthur: Strategie und Vorhaben nach dem Aquifer-Verzicht. Das Wort hat der Erstpostulant Benedikt Zäch.

**B. Zäch (SP):** Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Ergänzungsbericht zum Postulat 2017.146. Wir stellen erfreut fest, dass jetzt auch die ersten beiden Fragen des Postulats zumindest teilweise beantwortet werden und der Stadtrat zudem Elemente für einen Fahrplan der weiteren Entwicklung präsentiert.

Zur Erinnerung – wir haben (und zwar im Jahr 2017!) gefragt:

1. Wie will der Stadtrat die Absenkpfade aus dem Energiekonzept 2050 für den CO<sub>2</sub>-Ausstoss und Nutzung der fossilen Energien bis 2035 bzw. 2050 erreichen? Was ist der Beitrag des Energiecontractings von Stadtwerk Winterthur und wie schätzt der Stadtrat das Potential der Grundwasser-, bzw. Erdwärme ein?
2. Mit welchen konkreten Vorhaben will der Stadtrat die mehrfach bestätigten Ziele mittel- und langfristig erreichen?

Weil wir im ersten Postulatsbericht noch ohne Antworten auf diese Fragen waren, haben wir in der Parlamentsdebatte vom 7. Dezember 2020 einen Ergänzungsbericht verlangt, der einen Aktionsplan bei Wärmeverbänden präsentieren oder Alternativen dazu aufzeigen soll; und dazu gehören unserer Meinung nach, konkrete Massnahmen sowie ein Fahrplan.

Dieser Ergänzungsbericht liegt nun vor. Auch wenn er wiederum viele Vorbehalte anbringt und auf diverse Schwierigkeiten hinweist (und zwar bis buchstäblich zum letzten Satz des Berichts), so wird er doch endlich konkret, wenn es um die Standortbestimmung betreffend Wärmeversorgung geht. Es wird erläutert, in welchen Gebieten Verdichtungen und Ausbauten in den letzten Jahren vorgenommen worden sind und was in der Planung ist.

Wir anerkennen ausdrücklich, dass sich hier etwas tut: Im südlichen Neuwiesenquartier ist ein grösserer Wärmeverbund in konkreter Planung, der Fernwärme aus der KVA nutzen soll, durch den Heiligbergtunnel. Weil der Bericht aber den Planungsstand vom April 2021 (also vor 1,5 Jahren) wiedergibt, wären wir froh, wenn Stadtrat Stefan Fritschi noch ein Update zum aktuellen Stand dieses Projekts geben könnte.

Etwas vager ist die Auskunft im Ergänzungsbericht aber zum nördlichen Neuwiesenquartier zwischen Wülflingerstrasse und Schaffhauser Bahnlinie. Hier fällt zwar das wichtige, das zentrale Stichwort «Mikroverbünde», aber sofort mit der Einschränkung, dass Stadtwerk diese zwar realisieren könne, aber der Entscheid letztlich bei den Liegenschafteneigentümer/-innen liegt. Hier fehlt uns eine proaktive Strategie von Stadtwerk, auf diese Besitzer selbst zuzugehen. Der Bericht kündigt immerhin ein Konzept dazu an. Und unsere Frage ist: Wie ist der Stand dieses Konzepts? Da wären wir auch froh, wenn Stadtrat Fritschi kurz etwas mündlich dazu sagen könnte.

Eine gute Nachricht ist auch, dass im Gebiet Grüze der Wärmeverbund Wasser mit Abwärme aus der Rauchgasanlage der KVA ausgebaut werden soll und eine künftige Erweiterung in Richtung Seen angedacht ist. Und das ist ein sehr sinnvolles Projekt, das eben auch die Effizienz dieses Wärmeverbunds steigert.

Mit Interesse nehmen wir schliesslich zur Kenntnis, dass es in Einzelfällen offenbar möglich ist (es wird das Beispiel der Kantonsschulen Rychenberg und Lee angeführt), Erweiterungen

des Fernwärmenetzes auch über den Perimeter des Versorgungsgebiets P1 hinaus anzulegen. Und da hätten wir auch eine Frage: Gibt es da weiteres Potential für solche Zusatzanschlüsse, zum Beispiel für Wohnüberbauungen, die gerade an der Grenze von P1 sind? Denn immerhin wird in diesem Fall eine 800 Meter lange Leitung gebaut, vom Fernwärmeverbund bis zu den Kantonsschulen.

Leider gar nichts lesen wir zum Potential der Grundwasserwärme beziehungsweise der Erdwärme; das Thema kommt nur an einer einzigen Stelle vor. Das mag daran liegen, dass zum Zeitpunkt des Ergänzungsberichts (April 2021) der Energieplan noch in Arbeit war. Dieser Energieplan liegt nun aber vor und es werden mit E1 und E2 zwei Eignungsgebiete für Grundwasser und Erdwärme ausgewiesen. Vielleicht kann Stadtrat Fritschi auch hier noch mündlich kurz ergänzen, ob es auch bereits aktuelle Planungen in diesen zwei Gebieten E1 und E2 gibt.

Wir reden heute nicht das letzte Mal über das Thema – und wir sind der Meinung, dass wir im Stadtparlament dranbleiben müssen. Wie gesagt, der Bericht ist immer noch voll von Einschränkungen, Erwägungen, Vorbehalten und Punkten, bei denen man sagt, die müssen zuerst erfüllt werden, bis man quasi vorwärtsarbeiten kann. Und ich denke, die Beratung des Energieplans, der eine oder die zentrale Grundlage für die weitere Entwicklung der Wärmeversorgung auf Stadtgebiet darstellt, wird die nächste Gelegenheit dazu sein.

Die SP-Fraktion stellt trotz diesen Einwänden den Antrag auf zustimmende Kenntnis zum Ergänzungsbericht zum Postulat.

**M. Blum (Grüne/AL):** Die Grünen/AL danken dem Stadtrat für den Ergänzungsbericht zum Postulat. Wir müssen leider diesen aber negativ zur Kenntnis nehmen. Während der Postulatsbericht selbst noch ausführliche Auslegeordnungen zu einer möglichen Finanzierung von neuen Wärmeverbunden dargelegt hatte, geht der Ergänzungsbericht auf die konkrete Umsetzungsplanung für neue Wärmenetze (das haben wir vorhin gehört, unter anderem mit Grundwasserwärme) überhaupt nicht mehr ein.

Es wird lediglich und erneut die Problematik der Finanzierung sowie die allenfalls fehlende Rendite, unter anderem wegen zu kleiner Anschlussdichte, moniert. Die heisse Finanzierungskartoffel wurde jedoch nicht angegangen. Lieber redet man erneut von Mikroverbänden, welche Private realisieren sollen, wohlwissend, dass dies völlig unrealistisch ist. Die Rendite ist nämlich auch für Private nicht besser.

Angesichts der jüngsten Entwicklungen (Netto Null bis 2040, neues kantonales Energiegesetz, Publikation neuer Energieplan mit neuen Wärmenetzarealen, Überweisung Motion 2022.27), gilt die Kritik für diesen Bericht, der aus Juni 2021 stammt, erst recht. Denn erst jetzt wird - endlich - sichtbar und transparent, dass auch Stadtwerk sich auf diesen Weg begeben will, beziehungsweise gemerkt hat, dass es sich auf diesen Weg einfach machen muss. Nicht umsonst ist jetzt diesbezüglich eine Masterplanung gestartet worden, welche noch dieses Jahr abgeschlossen sein sollte.

An dieser Stelle können wir nur einmal mehr betonen, wie bisher viel zu lange gewartet, viel zu zögerlich agiert und geplant wurde. Das ursprüngliche Postulat stammt aus dem Jahr 2017. Fünf wertvolle Jahre für die dringenden Handlungsfelder Energiewende und Klimaschutz wurden aufgrund des zögerlichen Agierens des Stadtrats nicht genutzt.

Die für diesen Winter bevorstehende Energiemangellage führt uns drastisch vor Augen, dass es, neben den massiv zu verstärkenden Anstrengungen zur Reduktion des Energieverbrauchs, deutliche Beschleunigung bei den Investitionen für erneuerbare Energien benötigt. Der neue Energieplan und die aktuell laufende Masterplanung Wärmenetze weisen wenigstens für zweiteres nun den Weg. Immerhin.

Spät kommt die Einsicht, spät zwar, aber sie kommt. Schreiben wir das Geschäft ab und schauen wir nach vorne!

**M. Bänninger (EVP):** Wir von der EVP haben das Postulat miteingereicht und auch die Forderung des Ergänzungsberichts mitunterstützt.

Wir halten an der Forderung fest, dass Wärmeverbundsplanungen vorangetrieben werden müssen und begrünnen daher, dass der Stadtrat den Energieplan erstellt hat und dieser aktuell in den vorberatenden Kommissionen diskutiert wird.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass sich Stadtwerk aktiv Gedanken für die Zukunft macht. Auch wird das Thema durch überwiesene Motionsvorstösse weiterverfolgt. Es wäre schön, wenn mit diesen Motionen, die wir überwiesen haben, „Wasser in die Eulach getragen würde“.

Wir fordern Stadtwerk auf, einen aktiven Part einzunehmen in der Energiewende in Winterthur! Das Fachwissen ist bei Stadtwerk vorhanden. Der politische Wille, den die Bevölkerung gezeigt hat bei der Abstimmung Netto 2040 in Winterthur, ist ebenfalls vorhanden. Wir fordern von daher vom Stadtrat, konkrete Planungen voranzutreiben und umzusetzen.

Wir stimmen der Abschreibung zu.

**M. Nater (GLP):** Wieso ist dieses Postulat verfasst worden? Es war, weil die Stadt das Projekt Aquifer im August 2017 wegen einer zu tiefen Rendite ersatzlos gestrichen hat. Zu dieser Zeit sind schon Vorinvestitionen von 865'000 Franken angefallen. Als Gründe für die zu tiefe Rendite wurden die tiefen Ölpreise aufgeführt und dass MuKE n erst im Jahr 2020 eingeführt wird. Also der Grund für die Streichung, damit das nochmals klar ist, war nicht eine negative Rendite, sondern eine zu wenig positive Rendite.

Jetzt haben wir das Jahr 2022. Was hat sich jetzt geändert? Die Öl- und Gaspreise sind stark gestiegen, MuKE n wurde (zwar verspätet) 2021 angenommen und die Stadt soll 2040 klimaneutral sein.

Die neuen Wärmenetze in Winterthur sind jetzt gemäss Bericht immer noch im Planungsstadium. Bei der Streichung im Jahr 2017 wurde auch noch von kleinen dezentralen Wärmeverbänden gesprochen – wo sind diese? Da kann ich anschliessen bei den Fragen von Benedikt.

Der Stadtrat ist aber nun im Ergänzungsbericht konkreter geworden und das ist positiv. Der Neubau von Wärmeverbänden ist geplant und die Erweiterungen sind ersichtlich. Auch der Plan für die Verdichtung der bestehenden 5 Wärmeverbände nehmen wir positiv zur Kenntnis.

Jedoch ist es eben wie vor fünf Jahren die Finanzierung, die gemäss Bericht noch nicht gesichert ist. Und es wird schon jetzt argumentiert, dass der Ausbau länger gehen kann und dass bekannte Einschränkungen wie Ressourcenmangel bei der Planung und bei der Ausführung vorhanden sind. Zusätzlich ist auch noch die Voraussetzung aufgeführt, dass genügend Hauseigentümer bereit sind, sich an die Fernwärme anzuschliessen. Aber ich denke, bei den hohen Ölpreisen, die wir im Moment haben, muss man sich da nicht mehr so viele Gedanken machen.

Fazit: Die Stadt scheint mutlos und will sich zuerst auf alle Seiten absichern, bevor etwas umgesetzt wird. Wir wünschen der Stadt von daher wieder mehr Mut, damit die Häuser in Winterthur in ein paar Jahren mit erneuerbarer, inländischer Energie beheizt werden können.

Wir nehmen den Ergänzungsbericht zur Kenntnis

**R. Heuberger (FDP):** Die FDP hofft sehr, dass mit diesem Bericht die Vergangenheitsbewältigung zum Thema Aquifer und dem Kollateralschaden, den letztendlich Matthias Gfeller mit der Wärmering-Affäre und diversen Energie-Projekten, die in den Sand gesetzt wurden, verursacht hat, dass das endlich abgeschlossen wird.

Wir möchten nach vorne schauen. Es liegt ein neuer Energieplan vor, über den wir alle in den nächsten Monaten, inklusive den daraus resultierenden Massnahmen, hier im Rat und in den Kommissionen intensiv diskutieren werden. Der Masterplan mit den konkreten Umsetzungsvorschlägen wird jetzt ausgearbeitet.

Ehrlich gesagt erachten wir es als wenig sinnvoll, hier im Rat jetzt noch Einzellösungen zu diskutieren oder gar die Antwort des Stadtrats abzulehnen. Wir als Rat müssen das Gesamtbild sehen und dann die richtigen Prioritäten festlegen, um alle vorhandenen Ressourcen bestmöglichst einzusetzen.

Wir freuen uns auf diese Diskussion und stimmen der Abschreibung des Postulates zu.

**A. Geering (Die Mitte/EDU):** Die Mitte/EDU-Fraktion dankt dem Stadtrat für den ausführlichen Ergänzungsbericht zum Postulat und stimmt der Abschreibung zu.

Ich wiederhole an dieser Stelle gerne, was ich schon im Dezember 2020 anlässlich der Behandlung des ersten Berichts sagte: Die Mitte/EDU-Fraktion ist der Meinung, dass Wärmeverbünde einen effektiven und wichtigen Beitrag zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses leisten. Neben Wärme aus dem Boden, dem Grundwasser und Holzfeuerungen sollten dabei auch die Türen für CO<sub>2</sub>-neutrales Gas nicht geschlossen werden. Dies vor allem auch für Spitzenabdeckungen an kalten Wintertagen. Es ist deshalb wichtig, dass die Gas-Hochdruckleitungen nicht zurückgebaut werden.

Und ohne jetzt den Stadtrat in Watte packen zu wollen, denke ich auch, es wäre Zeit, um nach vorne zu schauen und nicht noch weiter in der Vergangenheit von 2017 und weiter zurück zu wühlen.

Links sagt, es ist zu wenig passiert. Rechts sagt, das Problem ist anderswo in der Vergangenheit, beim Stadtrat einer anderen Partei. Ich denke, Fakt ist: Wenn wir schauen, was heute politisch aktuell auf dem Tisch ist, dann haben wir eine Fortsetzung von diesem Ergänzungsbericht, den wir jetzt besprechen, der 2021 geschrieben wurde. Wir haben einen Energieplan in der politischen Diskussion. Und als Teil davon, oder als angekündigten Teil davon, eine Engineering-Studie, die auch wir gespannt erwarten. Und wir sehen, dass der Stadtrat und auch Stadtwerk in diese Richtung weitergehen.

Und wir als Mitte möchten nach vorne schauen, wir sind gespannt, was kommt und möchten das auch mittragen. Und ich denke, es wäre Zeit, die Vergangenheit da ruhen zu lassen.

Es ist für uns, das muss man trotzdem auch sagen, wichtig, dass Wärmeverbünde wirtschaftlich nachhaltig sind. Das ist auch wichtig für die sozialverträgliche Energieversorgung. Eine Querfinanzierung durch den Steuerhaushalt bei den Wärmeverbänden lehnen wir ab. Wir wollen nicht, dass Bewohnerinnen und Bewohner, welche ihre eigene Heizung selbst finanzieren, weil sie vielleicht nicht im Wärmeverbund-Perimeter sind, über die Steuern die Heizungen anderer mitsubventionieren sollen. Entsprechend sind wir froh, dass gemäss dem Bericht die Wirtschaftlichkeit bei Wärmeverbänden auch für Stadtwerk ein wichtiger Parameter ist.

Wir nehmen den Bericht zustimmend zur Kenntnis. Vielen Dank.

**B. Zäch (SP):** Nur eine ganz kurze Replik: Ich stelle fest, dass nur zwei Fraktionsvoten in der Vergangenheit wühlen, nämlich die Mitte und die FDP. Zur Erinnerung: Wir sprechen nicht über die Zeit vor 2017, sondern wir sprechen über die Zeit seit 2017. Und diese Jahre sind in der Verantwortung des jetzigen Departementsvorstehers. Und wir wollen Stefan Fritschi bitten, mutig in die Zukunft zu gehen.

**Stadtrat St. Fritschi:** Ich hoffe, Benedikt Zäch, dass Du nicht enttäuscht bist, aber ich werde Deine 10 Fragen, die Du gestellt hast, heute nicht beantworten können, aus der einfachen Überlegung, dass der Energieplan jetzt in der Kommission zur Diskussion ist. Und der Energieplan, das habe ich auch in den Diskussionen 2021 und vorher gesagt, der ist ganz wichtig für die Planung der weiteren Wärmeverbünde. Man plant diese Wärmeverbünde nicht, bevor man nicht den Masterplan hat und den Energierichtplan. Das macht keinen Sinn. Denn es ist ganz wichtig, dass man diese beiden Planungen hat. Und der Energierichtplan ist jetzt in Diskussion und der Masterplan wird parallel ausgestaltet. Und dieser sagt uns dann, wo wir was planen können.

Es ist so, Grundwasser wird eine Bedeutung haben in Zukunft, das kann ich hier jetzt schon sagen, auch für die Stadt Winterthur. Die Grundwasserwärme werden wir brauchen. Wie, das möchte ich jetzt da noch nicht voraussagen, aber es wird ein wichtiger Teil unserer Wärmestrategie sein.

Die Antwort ist wirklich in einigen Sachen überholt. Und es ist wichtig, dass wir jetzt beim Energieplan und beim Masterplan die genauen Verbünde planen und dann auch wirklich sagen können, wann diese ungefähr stattfinden können.

Ein Teil ist auch schon gemacht worden, das möchte ich da schon noch sagen. Wir haben es im Bericht auch dargelegt, dass wir die letzten fünf Jahre nicht geschlafen oder nichts gemacht haben. Sondern es wurde sehr viel gemacht. Wir haben diverse Wärmeverbünde erweitert und verdichtet und wir haben auch angegeben, wie viele kWh angeschlossen wurden. Und das ist harte Arbeit, das muss ich Euch einfach sagen. Das bin nicht ich, der da Türklinken putzen geht, sondern das sind die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von mir, die das machen. Es ist harte Arbeit, da diskutiert man über jeden Franken, das könnt Ihr Euch gar nicht vorstellen. Da wird also wirklich gekämpft. Und da ist es wichtig, dass wir jetzt höhere Preise haben – wobei der Ölpreis ist auch wieder gesunken und der Gaspreis ist nach wie vor sehr günstig. Also beim Gaspreis ist das leider noch nicht erfolgt, dass man dort auch wirklich Konkurrenz hat zu den Preisen der Wärmeverbünde. Aber der Ölpreis ist sicher höher als 2017.

Und es ist wichtig, dass wir das Energiegesetz haben. Wir haben auch die Bereitschaft und das Commitment des Winterthurer Stimmvolkes, dass man auf den Absenkpfad 2040 setzt. Das sind alles wichtige Voraussetzungen, die im 2017 noch nicht da waren.

Wir haben aber trotzdem – und das müsst Ihr einfach einsehen: Dass wir schneller Erschliessungen machen können, indem wir vom Quartierwärmeverbund Sulzer-Stadtmitte her Leitungen ziehen Richtung Norden, Richtung Neuwiesenquartier - das sind dann die gleichen Leitungen, die dann gebraucht werden können, wenn es dann dort um Grundwasserwärmeverbund geht. Wir kommen so schneller voran, auch mit der Erschliessung Rudolf-Diesel-Strasse, weil wir dort an einen bestehenden Wärmeverbund, an das Fernwärmenetz, anschliessen können, und das danach für die Rauchgasabwärme verwenden können. Wir kommen so schneller voran. Und das ist wichtig, dass wir jetzt schnell vorankommen. Und es geht so schneller, als wenn wir den Grundwasserwärmeverbund zuerst von Grund auf aufgebaut hätten. Das hätte den viel grösseren Zeitaufwand.

Noch kurz zur Frage von Benedikt Zäch, ob alle beantragen können, dass wenn sie neben dem Fernwärmegebiet sind, man auch noch schnell eine Leitung zieht, damit sie auch an das Fernwärmenetz können: Nein, das geht nicht, das geht wirklich nicht. Deshalb machen wir den Energierichtplan, mit dem wir sagen, welche Gebiete Fernwärmegebiete sind und welche nicht.

Und im Fall des Kantons hat der Kanton die ganze Leitung bezahlt, die 800 Meter. Das war eine Millioneninvestition des Kantons. Das hat er bezahlt. Das ist eine Ausnahme. Wir können dort auch nicht die Häuser, die an dieser Leitung nebendran liegen, anschliessen, sondern es ist eine private Energieleitung, bei der der Kanton einwilligen müsste, wenn da noch jemand zusätzlich angehängt werden möchte. Und wir können nicht alle, die an die Fernwärme wollen, an die Fernwärme anschliessen. Das wäre natürlich sehr attraktiv, aber wir haben einfach beschränkte Wärme. Und wir werden nicht Abfall produzieren, nur damit wir genügend Wärme haben für die Zukunft. Da haben wir eine Limite der KVA und die wird auch in Zukunft limitiert bleiben. Und wir können nur so viele mehr anschliessen, wie die Häuser saniert werden, denn die eingesparte Wärme der Häuser kann man als zusätzliche Wärme verkaufen.

Aber sonst danke ich Euch für die Aufnahme und ich bin sicher, dass wir dieses Thema noch einige Male diskutieren werden. Deshalb gehe ich jetzt auf die Fragen, die Benedikt noch gestellt hat, nicht ein. Es sind wirklich Antworten, die im Rahmen der Masterplanung, die anfangs 2023 bei Euch sein sollte in der Kommission, und im Rahmen der Motionsantworten der beiden Motionen, vor allem der Motion zur Grundwasserwärme, die jetzt noch am Laufen ist, kommen. Und dann werden wir sicher einen Schritt weiter und aktualisiert sein.

**Parlamentspräsident R. Diener:** Danke, Stefan.

Es gibt einen Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme von den Grünen/AL, deshalb stimmen wir darüber ab.

Wer den Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme unterstützen möchte, soll das mit Handheben kennzeichnen.

Wer eine normale, eine zustimmende Kenntnisnahme ausdrücken möchte?

Das ist die Mehrheit. Damit haben Sie den Ergänzungsbericht zum Postulat mit zustimmender Kenntnisnahme verabschiedet und es ist erledigt.

## 21. Traktandum

### **Parl.-Nr. 2020.22: Antrag und Bericht zum Postulat F. Künzler (SP) betr. zeitgemässes Strom-Tarif-Modell entsprechend den Produktionszyklen**

---

**Parlamentspräsident R. Diener:** Antrag und Bericht zum Postulat betreffend zeitgemässes Strom-Tarif-Modell entsprechend den Produktionszyklen. Das Wort hat der Postulant Fredy Künzler (SP).

**F. Künzler (SP):** Wir reden hier über ein zweieinhalbjähriges Postulat. Wir haben es vorher schon gehört, ja, es geht sehr lange. Bei Einreichung dieses Postulats gab es Corona erst in China, in der Ukraine war es noch friedlich und eine Energiekrise war nur eines der diversen Szenarien tief in einer Schublade des Bundesamts für Landesversorgung.

Heute ist bekanntlich alles anders, wir steuern auf eine Strommangellage zu. Unsere Bürgerinnen und Bürger müssen nächstes Jahr 35% mehr für den Strom zahlen, und von halbrechts bis Links ist man sich reuig, dass man nicht viel schneller und viel mehr in die Produktion von erneuerbaren Energien investiert hat. Ende 2019 gab es gerade mal 3,21% Solarstrom in der Schweiz, so liest man in der Postulatsantwort.

Man kann sich natürlich zu Recht fragen, wie relevant die Diskussion dieses Postulats noch ist, denn die Debatte über Strompreise ist von der Aktualität überholt worden und die Situation muss sowieso neu beurteilt werden.

Erlauben Sie deshalb nur einige grundsätzliche Bemerkungen. Die Forderung des Postulats entspricht ja einem eher liberalen Gedanken: Wenn von einem Produkt viel vorhanden ist, dann sollte es ja günstiger sein. Wenn wir also von der «Winterstromlücke» reden, dann wäre die vom Postulat vorgeschlagenen Massnahmen keineswegs falsch, da könnten mir sogar die Marktgläubigen von der FDP zustimmen. Dass wir jetzt derartige Verwerfungen am notabene kaum regulierten Strommarkt sehen, das hängt mit den spekulativen Termingeschäften zusammen, und es ist zu vermuten, dass wir demnächst wieder über dieses Thema reden werden müssen.

Am 28. Juni 2022 war in den Tamedia-Zeitungen folgendes zu lesen – ich zitiere: «Die BKW führt den Einheitstarif ein. Der Strom kostet ab 1. Januar 2023 in der Grundversorgung rund um die Uhr gleich viel. Der günstige Nachtтарif wird abgeschafft. Wer die Abwaschmaschine zwischen 21 Uhr und 7 Uhr laufen lässt, wird also dafür nicht mehr speziell belohnt.» Zitat Ende. Man kann dann noch eine längere Begründung für diese Massnahme lesen, und diese deckt sich im Wesentlichen mit dem Ansinnen meines Postulats.

Der Vorschlag des Postulats ist damit also durchaus in Linie mit der Entwicklung bei den Energieversorgern. Die aber doch eher konservativ-ablehnende Antwort des Stadtrats zeigt jedoch die schon öfters kritisierte Grundhaltung bei Stadtwerk einmal mehr: Sehr innovativ ist man an der Unteren Schöntalstrasse nicht unterwegs.

Trotzdem habe ich natürlich zur Kenntnis genommen, dass die Tarif-Zeiten fürs 2023 wenigstens ein bisschen nachjustiert worden sind. So gesehen war mein Postulat auch ein Erfolg. Wir stimmen daher dem Antrag des Stadtrats zu, das Postulat als erledigt abzuschreiben, und nehmen den Unwillen zu mehr Bewegung bei Stadtwerk nicht erfreut zur Kenntnis.

**M. Bänninger (EVP):** Wir von der EVP haben das Postulat von Fredy Künzler mitunterschrieben.

Es ist wirklich fraglich, ob die von Stadtwerk in den letzten Wochen kommunizierte Ausdehnung des Niedertarifs auf den gesamten Samstag sinnvoll ist, oder ob das einfach eine Charmeoffensive in der aktuell hitzigen Diskussion ist.

Ja, wir sind mit dem Stadtrat einig: Der Ausbau der Photovoltaikanlagen ist mit 3% bei weitem nicht dort, wo er sein sollte. Deshalb begrüßen wir auch die Bestrebungen des Kantons und jene des Baudepartements der Stadt Winterthur, für Firmen und Private weitere Anreize im Bewilligungsverfahren bereitzustellen, um diese Quote von Photovoltaikanlagen zu erhöhen, denn das Fortschreiten des Ausbaus durch die öffentliche Hand ist doch - milde gesagt - eher zögerlich und kommt nur sehr schleppend vorwärts.

Ich nehme positiv zur Kenntnis, wie in der Postulatsantwort darauf hingewiesen wurde, dass die Eniwa AG der Stadt Aarau, die Grundidee vom Postulat aufgegriffen und bereits umgesetzt und zwei verschiedene Hochtarif-Zeitfenster «Sommer und Winter» geschaffen hat. Ein Ansatz, der schweizweit durchaus Schule machen könnte.

Schön, dass wenigstens ein Player mutig voranschreitet und Bestehendes neu denkt und gestaltet. Vielleicht werden sie dann irgendwann einmal als Pioniere der zukünftigen Energieversorgung ausgezeichnet. Es möge ihnen gegönnt sein.

Ich nehme die Postulatsantwort des Stadtrates konsterniert zur Kenntnis. Schade, irgendwie macht es den Anschein, dass der Stadtrat in Energiethemen in einer Negativspirale von einer «selbsterfüllenden Prophezeiung» gefangen ist.

Einmal mehr hören wir von Seiten der Exekutive, weshalb und wieso etwas nicht funktioniert, anstelle einer zukunftsgerichteten Sichtweise, wie man etwas funktionierend machen könnte.

**M. Nater (GLP):** Wir von der GLP haben das Postulat mitunterzeichnet, damit geklärt wird, ob alternative Strom-Tarif-Modelle Sinn machen könnten, was ja auch eine liberale Ansicht ist. Uns ist jedoch noch nicht ganz klar, was Fredy Künzler mit einer durchschnittlichen Strombezügerin meint, welche mit dem neuen Tarifmodell nicht mehr zahlen sollte.

Gemäss Bericht können weder Unternehmen noch private Haushalte ihren Stromverbrauch generell saisonal gestalten. Auch die Produktion kann nicht beliebig gesteuert werden, da ja die Sonne und der Wind nur bedingt planbar sind.

Auf der anderen Seite würde sich der Markt an die neuen Tarife anpassen. Gerade Mieter/-innen haben jedoch nicht gross die Möglichkeit, auf dies zu reagieren - was ja wahrscheinlich die durchschnittliche Strombezügerin ist, von der Fredy spricht.

Wir sind wie die Stadt, offen gegenüber neuen Tarif-Strom-Modellen, welche vor allem auch den effizienten Stromverbrauch und den Bau von neuen Photovoltaikanlagen fördern sollen. Wir sehen daher schon Potential für neue Strom-Tarif-Modelle für die Zukunft, dass man dann wirklich auch solche gestalten kann, und damit mehr Möglichkeiten hat, auch für die Kunden, aus denen sie auswählen können.

Wir nehmen die Antwort positiv zur Kenntnis.

**St. Gubler (SVP):** Wir danken dem Stadtrat für seine Antwort zum Postulat.

Wir von der SVP-Fraktion lehnen dieses Postulat ab, da es noch zu früh ist, um die Stromtarife anzupassen.

Die Begründung: Im Moment ist die Produktion von Solarenergie noch immer marginal, Anteil Fotovoltaik an der Stromproduktion 2019 war, wie Fredy auch schon gesagt hat, 3.21%. Und die Produktion von Fotovoltaik wird die Unterdeckung vom Strom im Winter noch verschärfen. Es sollte die momentane Abrechnung beibehalten werden. Zudem wird der grösste Teil dieser Stromproduktion auch gleich von den Liegenschaften selbst gebraucht, welche Fotovoltaikanlagen auf dem Dach haben.

Der Niedertarif wurde seinerzeit eingeführt, damit die privaten Haushalte ihre Stromnutzung auf die Abend-, Nacht- und Wochenendzeiten verschieben, um die Stromnutzung während dem Tag nicht noch zusätzlich zu belasten, da die Energie tagsüber für die Industrie und Gewerbe gebraucht wird und wir eher Strom importieren müssen, während in der Nacht eher eine Überproduktion da ist.

Wer also privat eine Fotovoltaikanlage auf seinem Dach hat, kann so tagsüber, falls die Sonne scheint und kein Schnee auf der Anlage liegt, sein E-Auto, die Waschmaschine oder was auch immer günstig betreiben und nachts, wenn keine Sonne scheint, wie alle anderen vom billigeren Strom profitieren.

Eine Umstellung auf ein anderes Abrechnungssystem kann wieder ins Auge gefasst werden, wenn die Stromproduktion von PV-Anlagen einen bedeutenderen Anteil erreicht.

**M. Blum (Grüne/AL):** Grüne und AL danken dem Stadtrat für den Bericht. Dieser ist informativ und zeigt auf, dass der Stadtrat trotz hochreguliertem Strommarkt einen kommunalen Handlungsspielraum hat, marktgerechte Strompreise festzulegen. Anders als der Stadtrat kommen wir jedoch zum Schluss, dass es in der Verantwortung der Stadt wäre, diesen kommunalen Handlungsspielraum voll auszuschöpfen.

Ich möchte Ihnen unsere Überlegungen dazu schildern: Der erste und dringendste Pfeiler der Energiestrategie ist die Steigerung der Energieeffizienz. Im Gesamten müssen wir bis 2035 gegenüber 2020 pro Person 13% Strom einsparen. Gleichzeitig kommen mit Wärmepumpen und Elektromobilität neue Stromanwendungen hinzu. Wir brauchen deshalb einen massiv suffizienteren und effizienteren Umgang im Bereich der bestehenden Anwendungen und hocheffiziente neue Anwendungen im elektrifizierten Wärme- und Mobilitätsbereich.

Hinzu kommt, dass gleichzeitig auf der Produktionsseite tiefgreifende Veränderungen stattfinden. Hier werden wir aufgrund des Ausstiegs aus der Kernenergie und der Verpflichtung zur Reduktion der Treibhausgasemissionen vermehrt neue erneuerbare Energien ausbauen, die volatil ins System einspeisen werden. Entsprechend müssen wir auch unsere Nachfrage flexibilisieren.

Für die Zielerreichung von sowohl Verbrauchsreduktion und Verbrauchsflexibilisierung ist ein flexibler Markttarif, der Angebot und Nachfrage möglichst transparent abbildet, das volkswirtschaftlich effizienteste Instrument.

Die vom Stadtrat aufgeführten Folgen einer Einführung eines saisonalen Stromtarifs sind nachvollziehbar, jedoch sind sie keine Argumente gegen die Einführung eines flexiblen Tarifs. Ganz im Gegenteil: Sie wären wichtige Hebel zur Erreichung der Energiestrategie.

Dass der saisonale Tarif auch für Industrie-/Gewerbekunden gelten sollte, ist richtig und es gibt keinen Grund, Unternehmen, die nicht in der Lage sind, ihren Beitrag zur Flexibilisierung des Energiesystems zu leisten, indirekt zu subventionieren. Zudem wäre ein höherer Winter tarif ein wichtiger Anreiz, Energiesparmassnahmen wirtschaftlicher zu machen.

Das im Bericht vorgebrachte Argument, dass eine Flexibilisierung des Stromtarifs keine Auswirkung auf das Verhalten der Privatkundschaft hat, halten wir dagegen für nicht gültig. Es wird argumentiert, dass die Stromkosten nur ein kleiner Teil des Budgets sind. Das mag in der Vergangenheit so gewesen sein. Gerade im Moment sehen wir hier eine erste grosse Veränderung auf uns zukommen.

Energie ist ein wertvolles Gut - ob erneuerbar oder nicht-erneuerbar produziert - und das soll sich entsprechend im Preis spiegeln. Und das idealerweise nicht durch einen drastischen Anstieg der Preise wie wir es momentan aufgrund einer Krisensituation erleben, sondern stufenweise durch Abbildung der nationalen Energiestrategie. Denn nur damit haben Unternehmen wie Privathaushalte die Möglichkeit, sich der neuen Realität anzupassen. Dies liegt in der Hand und in der Verantwortung des städtischen Energieversorgungsunternehmens. Stattdessen alles beim zu Alten lassen und dem Postulat, das den Stadtrat aufforderte, ein einfach nachvollziehbares, zeitgemässes Strom-Tarif-Modell vorzulegen, nicht nachzukommen, scheint uns kein weitsichtiges Handeln. Dies insbesondere im Wissen, dass das Energiesystem in den nächsten Jahren komplett transformiert wird.

Ein weiteres vorgebrachtes Argument, dass ein saisonaler Tarif erneuerbare Heizsysteme gegenüber fossilen weniger wirtschaftlich macht, scheint uns ebenfalls aus einer anderen Zeit. Wir sind längst nicht mehr auf dem Stand, dass wir den Umbau hin zu erneuerbaren Systemen in Zweifel ziehen - siehe auch Abstimmung zum kantonalen Energiegesetz - sondern es geht jetzt darum, die erneuerbaren Wärmesysteme möglichst effizient auszulegen und auch mit erneuerbarer Energie effizient umzugehen. Und da spielt das richtige Preissignal eine entscheidende Rolle, gerade im Winter.

Warum der Stadtrat seinen kommunalen Handlungsspielraum bezüglich flexibler Stromtarife nicht wahrnehmen möchte, erschliesst sich uns aufgrund der vorgebrachten Argumente und angesichts der Jahrhundertaufgabe, vor der unsere Gesellschaft steht, nicht. Daher lehnen wir den Antrag auf zustimmende Kenntnisnahme ab.

**I. Kuster (Die Mitte/EDU):** Der Bericht des Stadtrats ist differenziert und zeigt informativ und schlüssig auf, wieso es kein zeitgemässes Stromtarifmodell gibt. Wir sehen aus dem Bericht auch, dass es leider noch nicht so viele Fotovoltaikanlagen gibt, um einen mehr als marginalen Beitrag zu leisten. Vielleicht sollten wir statt einem doch kostspieligen Klimatag in Zukunft dieses Geld doch besser in Fotovoltaikanlagen investieren.

Die BKW wurde mehrmals erwähnt. Meines Wissens gibt es einen Unterschied zwischen Stadtwerk und BKW: Sie haben nämlich viel mehr eigene Stromproduktionen. Was wir brauchen, das ist ein Tarifsysteem, das wettbewerbsfähig ist und die Versorgungssicherheit für die Unternehmen und die Privaten gewährleistet.

Wir verzichten darauf, uns wichtige Punkte des Berichts nochmals aufzunehmen. Lediglich zur saisonalen Anpassung im Privathaushalt kann ich als Fotovoltaik-Besitzerin sagen: Wir probieren ja schon, möglichst viel eigenen Strom zu brauchen. Und ich kann viele Geräte dann laufen lassen beziehungsweise benutzen, wenn die Sonne scheint, also tagsüber, wenn die Sonne scheint. Aber eine saisonale Anpassung ist leider nicht möglich. Kochen, Waschen, Voten schreiben sind jahrein, jahraus notwendig.

Wir nehmen den Bericht des Stadtrats positiv zur Kenntnis.

**M. Gross (SVP):** Ich möchte nur etwas sagen auf Fredy Künzler, denn so faktenfrei argumentieren und so viele Fake News verbreiten in so kurzer Zeit, das ist doch einmalig. Und deshalb einfach ein paar Repliken.

1. Der Markt ist schuld am Strompreis. Ich kann mich nicht erinnern, dass der Markt in Deutschland oder der Schweiz irgendjemandem befohlen hat, ein Atomkraftwerk abzuschalten. Ich glaube, das war die Politik. Normalerweise kann man ja sagen, das ist wegen der Ukraine gewesen. Aber der Strompreis ist vorher schon gestiegen. Also der Markt hat nichts damit zu tun. Weshalb wir zu wenig Strom haben, weshalb es eine Strommangellage gibt, das ist, weil wir einerseits Atomkraftwerke abgeschaltet haben, weil wir noch zwei Millionen mehr Einwohner haben in der Schweiz, die brauchen natürlich alle Strom, und weil wir sonst nichts gemacht haben. Also eigentlich ist diese Energiewende aus Gründen, welche die SP und die Grünen beschlossen haben. Und das will man ja auch, man will ja einen hohen Strompreis – man kann es jetzt nur den eigenen Wählern nicht mehr verkaufen.

2. «Solar und Wind retten uns.» Solar, vor allem im Winter, bringt nichts, praktisch kein Beitrag. Ausser man installiert es über 4'000 Meter über der Wolkengrenze, das ist in Winterthur schwierig. Die Berge könnte man zupflastern... Das kann man machen. Eben, bringt nichts, ist null Prozent Sicherheit. Jedes Solarkraftwerk muss wieder an ein Gaskraftwerk anschliessen, damit man eine Bandenergie hat.

3. Wir haben 2020, so hast Du es gesagt, noch nicht über Strommangellage gesprochen. Ich kann mich erinnern, dass ich da einen Antrag gemacht habe mit Aventron, man solle doch den Strom eher hier produzieren und die 100 Millionen zurücknehmen. Vielleicht hast Du nicht zugehört, aber wir haben hier drinnen darüber diskutiert.

**Stadtrat St. Fritschi:** Einfach zur Korrektur: Es sind nicht 35%, es sind 32%, um die die Strompreise steigen. Das rundet man nicht auf auf 35. Aber das ist eine Kleinigkeit.

Nur weil man etwas nicht macht, heisst das nicht, dass man es nicht will. Und nur weil man etwas nicht macht, weil Fredy Künzler das will, heisst das noch nicht im Umkehrschluss, dass es dann nicht innovativ ist. Diese Folgerung kann man also nicht so ziehen.

Wenn man das jetzt machen würde, was die BKW gemacht, einfach den Niedertarif streichen – ich weiss nicht, ob das die Idee war des Postulanten. Den Niedertarif streichen, das würde einfach heissen, dass man von morgens bis abends sieben Mal in der Woche den Hochtarif hätte. Also das wird nicht das sein, was er unter saisonaler Tarifstruktur verstand.

Es war keine Charmeoffensive, dass wir den Niedertarif am Samstag verlängert haben. Das Hauptargument ist, dass wir die gleichen Zeiten haben wie unser Vorlieferant, die Axpo. Und es ist ganz wichtig, dass wir uns an das halten. Denn wenn wir gegenläufige Tarifwellen machen - das heisst, wenn die Axpo Niedertarif hat, machen wir Hochtarif und umgekehrt – dann sind wir also in einem ziemlichen Risiko. Einem zusätzlichen Risiko, wir wissen, dass die

Stromtarife sonst schon ein Risiko sind. Aber wenn wir dann auch noch die gegenläufigen Zeiten haben als unser Vorlieferant, dann wird es dann sehr gefährlich, dass wir dann da noch ein zusätzliches Risiko haben. Und das könnte dann teuer werden, wenn man in die falsche Richtung vorausschaut.

Etwas muss ich schon noch erwähnen: Alle diejenigen, die eine PV-Anlage haben auf dem Dach – ich glaube, es haben doch alle hier drinnen eine PV-Anlage – ich habe auf jeden Fall eine auf dem Dach. Aber wenn ich die Tarife der Eniwa anschau, dann sind das genau die Zeiten, wo am meisten PV-Anlagen Strom produzieren. Dann hat die Eniwa Niedertarif. Und wir haben auch den Einspeisetarif! Auch der Einspeisetarif muss dann Niedertarif haben, wenn wir der Kundschaft Niedertarif verrechnen. Wir können nicht im Einspeisetarif einen Hochtarif haben, der zu anderen Zeiten ist als das, was man dann als Konsument für den Bezug von Strom auch bezahlt. Also das ist sicher vor auszusehen, dass wenn man einen saisonalen Tarif macht wie die Eniwa, dann hat das einen negativen Anreiz für alle diejenigen, die eine PV-Anlage auf dem Dach haben oder beziehungsweise für genau die wichtigen Leute, die eben eine auf das Dach installieren sollten, weil sie dann zum einträglichsten Moment des Tages am wenigsten erhalten, weil dann der Niedertarif gelten würde.

Wir haben versucht, verschiedene Argumente hineinzupacken. Es ist nicht bei allen gleich gut angekommen. Aber ich hoffe trotzdem, dass das Postulat so einigermaßen akzeptiert wird.

**Parlamentspräsident R. Diener:** Danke, Stefan.

Es gibt einen Antrag der Grünen/AL auf ablehnende Kenntnisnahme.

Wer möchte das unterstützen?

Wer möchte das nicht unterstützen und dem Antrag des Stadtrats folgen?

Das ist die klare Mehrheit. Damit haben Sie das Postulat auch abgeschrieben und erledigt, mit zustimmender Kenntnisnahme.

Wir schliessen ab für heute Abend. Ich wünsche allen einen guten Heimweg. Wir sehen uns am 31. Oktober wieder.

---

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Die 1. Vizepräsidentin:

Der 2. Vizepräsident:

R. Diener (Grüne)

B. Huizinga (EVP)

F. Helg (FDP)